

**Ausgabe 1 - Februar 2017**

15. Jahrgang, Nr. 82

# AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

## **Aufklärung & Rüstung**

*Roman Christof* ~ Airbus Defence and Space: Die Militärmacht Deutschland und ihre Rüstungsindustrie – **1**

*Christoph Marischka* ~ Fraunhofer IOSB: Dual Use als Strategie – **8**

*Andreas Seifert* ~ Strukturwandel nutzen! Konversion von Rüstungsbetrieben ist kein Selbstläufer – **15**

## **Deutschland und die Bundeswehr**

*Claudia Haydt und Jürgen Wagner* ~ Deutsche Rüstungsexporte: Brandbeschleuniger für Konfliktgebiete – **19**

*Christoph Marischka* ~ Ein Dambruch: Abschiebungen in Einsatzgebieten der Bundeswehr – **20**

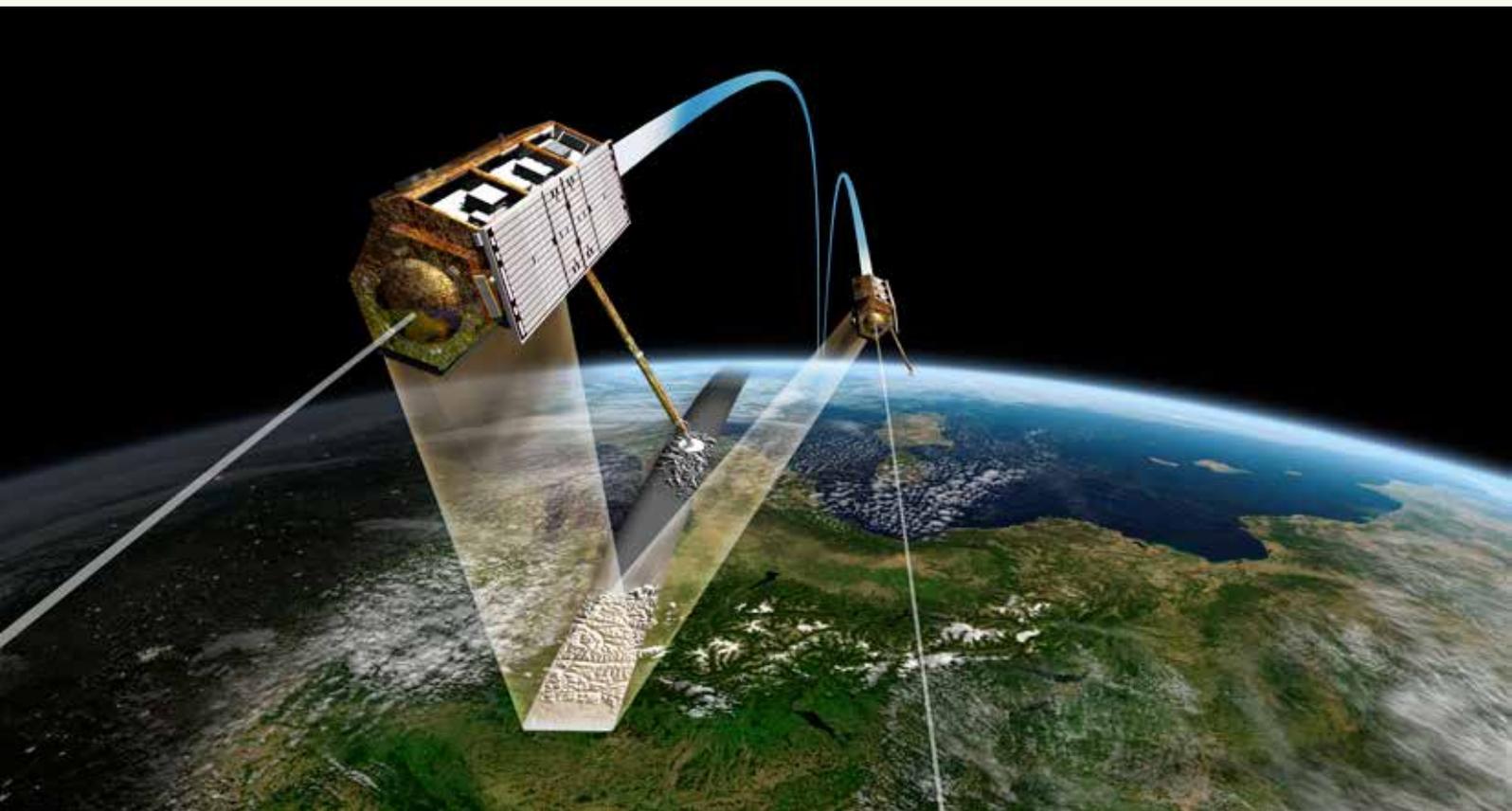
*Michael Schulze von Glaßer* ~ Bundeswehr: Der neue Werbefeldzug – **21**

*Thomas Gruber* ~ Onlineoffensive: Die Bundeswehr im Cyber- und Informationsraum – **31**

## **NATO & EU-Militarisierung**

*Tobias Pflüger* ~ Aufmarsch nach Osteuropa. Größtes Nato-Aufrüstungsprogramm seit dem Kalten Krieg – **33**

*Jürgen Wagner* ~ EUropas „Brexit-Dividende“: Militarisierungs-Aktionsplan und Rüstungshaushalt – **34**



# Editorial:

Das Jahr 2017 begann mit einer der größten Truppenverlegungen seit dem Ende des Kalten Krieges: Über tausend gepanzerte Fahrzeuge und tausende US-Soldat\_innen wurden mit umfangreicher logistischer Unterstützung der Bundeswehr über Norddeutschland nach Polen und in andere osteuropäische Staaten verlegt. Die gute Nachricht ist, dass sich nicht nur in Bremerhaven, wo ein Großteil der Fahrzeuge der Kampfbrigade aus den USA anlandete, sondern auch an zahlreichen Standorten unterwegs spontan und von Unten Protest organisierte (siehe Beitrag von Tobias Pflüger).

„Krieg beginnt hier“, das unterstreichen auch die Heft-Beiträge des Themenschwerpunktes „Aufklärung und Rüstung“ konkret anhand von zwei Akteuren. Mit Airbus Defence & Space hat sich in Deutschland ein Rüstungsunternehmen gebildet, das buchstäblich die Kriege von Morgen vorbereitet und an dem sichtbar wird, wie umfangreich die deutsche Weltraumpolitik von militärstrategischen Zielen geprägt ist. Am Beispiel des Fraunhofer IOSB in Karlsruhe wird dargestellt, wie sich hinter einer vermeintlich zivilen Forschungseinrichtung Wehrforschung verbirgt und wie strategisch militärischer Zugang zu

zivilen Hochschulen und Wissenschaftler\_innen gesucht wird. Bemerkenswert ist daran auch, dass sich hierbei die sog. Sicherheitsforschung und die Grenzsicherung als explizite Katalysatoren für eine Militarisierung der Wissenschaft herausstellen. Ein Grund mehr, die Kämpfe für Bewegungsfreiheit, gegen Überwachung und gegen Militarisierung enger zusammen zu denken und zusammen zu führen. Einen konkreten Anlass hierfür stellen die zunehmenden Abschiebungen in Einsatzgebiete der Bundeswehr – Kosovo, Afghanistan, Mali – dar. Es gibt viel zu tun!

*Die Redaktion*

## Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

**Redaktion:** Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jacqueline Andres, Thomas Gruber, Christoph Marischka, Jürgen Wagner.

**Erscheinungsweise:** Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

**Druck:** Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

**Bezugsbedingungen:** IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

**Bezugsadresse:** Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

**Hinweise zu einzelnen Texten:** Δ Marischka, Dambruch, aktualisierte Fassung eines Artikels in Graswurzelrevolution 615/2017; Δ Gruber, Onlineoffensive erscheint in FIFF-Kommunikation 2/2017; Δ Pflüger, Aufmarsch, erweiterte Fassung eines Artikel, der zuerst in Disput 1-2017 erschien.

**Bildnachweise wie angegeben außer:** Titelbild: DLR (CC BY 3.0, via Wikimedia Commons)

**Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:** Claudia Haydt, Christoph Marischka, Tobias Pflüger, Andreas Seifert und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder. Thomas Gruber und Michael Schulze von Glaßer sind IMI-Beiräte. Die Arbeit von Roman Christof entstand im Rahmen eines Praktikums bei der Informationsstelle Militarisierung.

**Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe:** Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinnen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

## Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

### Unsere Spendenkontonummer bei der

Kreissparkasse Tübingen

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB.

Konto des IMI-Fördervereins:

IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96

BIC: SOLADES1TUB.

### Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203 (Sudhaus)

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)

web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)



# Airbus Defense and Space

## Die Militärmacht Deutschland und ihre Rüstungsindustrie

von Roman Christof

Der Airbus-Konzern, der einerseits wegen seiner Herstellung von Zivilflugzeugen bekannt ist, andererseits Schlagzeilen wegen zahlreicher Pannen bei Großprojekten macht, firmiert als gewinnträchtiges Unternehmen auf einem „Milliardenmarkt“ und wird von der EU-Politik als veritabler Kontrahent zu Boeing im Konkurrenzkampf zwischen Europa und den USA hofiert. Regelmäßig bekunden insbesondere deutsche und französische Politiker, auch wenn sie vor (vorsichtigen) Ermahnungen nicht zurückschrecken, die Wichtigkeit des Unternehmens für Staat und Wirtschaft. Dabei ist neben der zivilen Sparte, die hauptsächlich das öffentliche Image des Konzerns prägt, die Produktion von militärischen Rüstungsgütern wie Kampfflugzeugen, Drohnen etc. das zweite wichtige Standbein des Unternehmens. Diese militärische Sparte des Airbus-Konzerns, Airbus Defence and Space (ADS), wird im Weiteren im Mittelpunkt stehen. An diesem Konzern soll gezeigt werden, wie der deutsche Staat in Kooperation mit seinen europäischen Verbündeten einen Eurochampion im Bereich der Luft- und Raumfahrt etablierte, um über diesen Rüstungsgüter für seine sicherheitspolitische Agenda und kriegerischen Einsätze zu erhalten, die militärpolitisch wie wirtschaftlich in der internationalen Staatenkonkurrenz scheinbar unerlässlich sind. Hierfür sollen kurz die Struktur von Airbus Defence and Space erläutert und einige der wichtigsten Produkte des Unternehmens skizziert werden. Dazu gehören das militärische Transportflug A400M und auch das derzeit geplante Projekt der EU-Drohne, für deren Entwicklung ADS 2016 den Zuschlag bekam. Neben diesen Produkten der Luftfahrt stellt ADS der Bundeswehr auch Satellitensysteme zur Verfügung: das 3D-Höhenmodell TanDEM-X und die Satellitenkommunikation SATCOM. Diese sollen bezüglich der deutschen Raumfahrt im militärischen Bereich und der deutschen Weltraumpolitik erläutert werden.

### 1. Deutschland und die EU auf Weltmachtkurs

Der A400M und die Satellitenprojekte kommen insbesondere dann in den medialen Fokus, wenn Kostensteigerungen und Produktionsprobleme bekannt werden. Einig ist man sich jedoch offenbar darin, dass Deutschland und die europäischen Staaten, die neuerlich wieder ihren Weltmachtanspruch betonen, eine Luft- und Raumfahrtindustrie brauchen, die ihren Bedürfnissen nach militärischen Flugzeugen, Drohnen und Satelliten gerecht wird. „Verantwortung zu leben und Führung zu übernehmen“<sup>1</sup>, so wie das Weißbuch der Bundeswehr von 2016 verlautbaren lässt, macht dann auch deutlich, welchen Maßstäben das Rüstzeug zu genügen hat. Mit dem Duktus von Verantwortung wollen die Politiker mitteilen, dass Deutschland vorne mit dabei sein soll und will, wenn es darum geht, die Welt zu ordnen, in die Konflikte der Welt als überlegene Gewalt einzugreifen und den Beteiligten klar zu machen, wer legitime Rechte oder Ansprüche in der Welt hat und wer eben nicht. Die nationalen Interessen Deutschlands werden zu einem Weltordnungsanspruch erhoben und wenn nötig mit militäri-

scher Gewalt durchgesetzt.

Daraus ergibt sich ein doppelter Auftrag an das Militärprogramm. Durch Beiträge zur NATO soll die eigene Machtposition im Bündnis für eigene politische Zwecke genutzt und deshalb gestärkt werden. Damit sieht die deutsche Politik ihren

weltpolitischen Einfluss jedoch noch nicht angemessen und in vollem Umfang realisiert. Sie will sich von der weltpolitischen Dominanz der USA befreien und strebt seit längerem das Projekt Militärmacht EU an. Neben der politischen Dimension einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehört zu solch einem Vorhaben eben auch eine europäische Rüstungsindustrie.

Dieser Anspruch wird schon seit Jahren recht klar formuliert, zuletzt in der EU-Globalstrategie vom Juni 2016, in der es heißt: „Eine tragfähige, innovative und wettbewerbsfähige europäische Verteidigungsindustrie ist von wesentlicher Bedeutung für die strategische Autonomie Europas und eine glaubwürdige GSVP.“<sup>2</sup>

### 2. Eine Weltmacht schafft sich ihre Rüstungsindustrie: Airbus Defence and Space

Airbus Defence and Space als größter Luft- und Raumfahrtkonzern und zweitgrößter Rüstungskonzern in Europa dient dabei als Produzent für Flugzeuge, Satelliten und Drohnen, die Deutschland und die europäischen Staaten für ihre engagierte Außenpolitik benötigen. Der Konzern ist das Ergebnis eines Umstrukturierungsprozesses von EADS (European Aeronautic Defence and Space) zur Airbus Group, der im Jahr 2014 stattfand und neben ADS die Divisionen Airbus S.A.S (größter Geschäftsbereich, der hauptsächlich Zivilflugzeuge herstellt) und Airbus Helicopter schuf. Mit der Umstrukturierung wurde aus den ehemaligen Geschäftsfeldern von EADS Cassidian, Astrium und Airbus Military ein einheitlicher Bereich für die Weltraum- und Rüstungssparte des Unternehmens, der ca. 20 Prozent des Umsatzes ausmacht. Wesentlich daran beteiligt waren Frankreich und Deutschland, die bereits mit der Gründung von EADS im Jahre 2000 ein Unternehmen (mit-) geschaffen haben, um eine dem eigenen Zugriff unterliegende, schlagkräftige Rüstungsproduktion zu erhalten und damit die militärpolitische Unabhängigkeit gegenüber den USA und ihrer Rüstungsindustrie gewährleisten sollte. Um dies zu realisieren, schien den Staaten eine europäische Kooperation auch in Sachen Rüstung unabdingbar. Mit der Airbus Group wurde nun die erste europäische Aktiengesellschaft gegründet, an der neben Frankreich und Deutschland (jeweils 11,1%) auch Spanien mit 4,3% beteiligt ist (der Rest befindet sich im Streubesitz). Die Folge ist eine in weiten Teilen europäisierte Rüstungsindustrie, d.h. was, wie und wann produziert wird, ist nun Verhandlungsgegenstand der Mitglieder der Bündnisprojekte. Zwar bedeutet dies einerseits eine Beschränkung für die nationalen Akteure, da diese nun in ihren Militärprojekten aufeinander verwiesen sind, jedoch spricht andererseits das Ergebnis für sich: durch den Airbus-Konzern wurde ein ernstzunehmender Teilnehmer auf dem militärischen Weltmarkt geschaffen. Inwieweit sich die einzelnen Nationalstaaten nun in den Projekten durchsetzen können, hängt wesentlich von ihrer Fähigkeit ab, solche Projekte zu finanzieren. Deutschland war von Anfang an einer der wesentlichen Protagonisten

im Vorantreiben einer europäischen Rüstungsindustrie. Durch eine finanzstarke Beteiligung an Projekten wie dem Militärtransporter A400M sicherte sich Deutschland entscheidende Mitsprachrechte bei den europäischen Kooperationsprojekten. „Europa“ und „europäisches Engagement“ gelten hier als Schlagworte, die im Grunde den deutschen Wiederaufstieg, in diesem Falle zur Militärmacht, signalisieren sollen. So gibt auch die Bundesregierung in ihrem Strategiepapier zur Stärkung der Verteidigungsindustrie bekannt, dass „ein Baustein für die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) eine verstärkte ‚Europäisierung‘ der Verteidigungsindustrie“<sup>3</sup> sei, also die militärischen Fähigkeiten über gemeinsame Beschaffungsprogramme gewährleistet werden sollen.

Der Einfluss Deutschlands wird aber nicht nur durch die Finanzierung gesichert. Auch die Ansiedlung des Hauptsitzes in Taufkirchen bei München und vieler Entwicklungs- und Produktionsstandorte in Deutschland zeugen von der staatlichen Beanspruchung des Unternehmens für deutsche politische und wirtschaftliche Zwecke. Zudem profitiert Deutschland durch diesen Standort und zahlreiche eingeflochtene Zulieferbetriebe. Mit mehr als 40.000 Mitarbeiter\_innen<sup>4</sup> und 13 Mrd. Euro Verkaufserlös<sup>5</sup> (2015) ist ADS einer der größten Arbeitgeber im Bereich der Luft- und Raumfahrt. Neben dem Hauptsitz in der Nähe von München zählt auch das Kompetenzzentrum für die militärische Luftfahrt in Manching zu den wichtigsten Standorten. Hier wird das Eurofighter-Programm durchgeführt, einschließlich Endmontage, Systemtests und Testflügen für die Luftwaffe. Außerdem werden dort alle anderen Fluggeräte der Bundeswehr von Airbus Defence and Space gewartet. Die enge Kooperation ist auch dadurch gewährleistet, dass die Wehrtechnische Dienststelle für Luftfahrzeuge und Luftgeräte (WTD 61) der Bundeswehr ihren Sitz ebenfalls in Manching hat. Rüstungsindustrie und Bundeswehr arbeiten dort Hand in Hand.

Der Standort in Ulm ist das Zentrum der Radartechnologie in Deutschland. Hier werden das Bordradar des Eurofighters, Systeme zur Grenzüberwachung, Schiffsradare für die Marine oder auch Radarantennen für Satelliten entwickelt und gefertigt. Neben der Entwicklung und Produktion von Teilen für den A400M, ist Bremen bekannt als Kompetenzzentrum für Raumtransport, bemannte Raumfahrt und Weltraumrobotik. Der Schwerpunkt in Friedrichshafen liegt auf dem Bau von Satelliten und Sonden für die Erdbeobachtung und Navigation. Auch hier wird zu unbemannten Flugsystemen und Aufklä-

rungs- und Überwachungssystemen geforscht. Im September 2016 gab Airbus bekannt, dass der Standort in Friedrichshafen für 43. Mio. Euro erweitert werden soll. „Mit der Investition in den Neubau des ITC wird der Standort zu einem globalen ‚Gravitationszentrum‘ des Satellitenbaus“<sup>6</sup>, so Eckard Settlemeyer, Leiter des Airbus Defence and Space Standortes Friedrichshafen.

### 3. Airbus Defence and Space und die militärische Luftfahrt

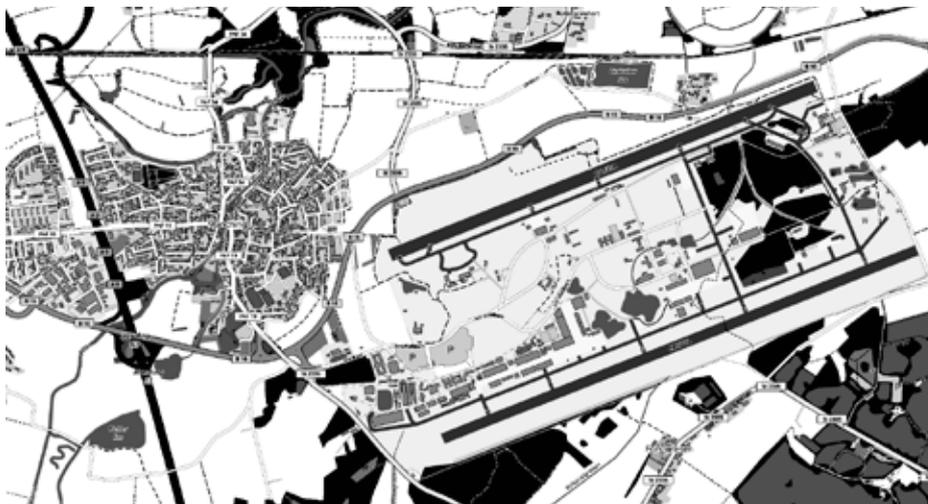
Airbus Defence and Space gliedert sich selbst noch einmal in die Bereiche „Communications, Intelligence and Security“, „Space Systems“ und „Military Aircraft“. Letztere Abteilung ist für die Herstellung von militärischen Flugzeugen bekannt, wie das Mehrzweckkampflugzeug Eurofighter Typhoon, das Seeaufklärungsflugzeug CASA C-295 und das Transport- und Tankflugzeug A330 MRTT. Zu einem der größten und auch teuersten Projekte gehört jedoch der A400M.

#### 3.1. Deutsch-europäische Aufrüstung: A400M

##### 3.1.1 Politische und militärische Relevanz

Das bereits in den 1990ern geplante und dann 2003 offiziell in Auftrag gegebene militärische Transportflugzeug A400M sollte den europäischen Streitkräften ein Flugzeug an die Hand geben, das durch seinen geräumigen Laderaum und die flexiblen Einsatzmöglichkeiten schnelle und effektive Truppenverlegungen möglich macht. Deutschland fühlt sich für „Krisenherde“ und global auftretende Konflikte in der Welt verantwortlich, d.h. die Soldaten und das Kriegsmaterial müssen für die aktive Bekämpfung unliebsamer Staaten und Parteien auch dorthin transportiert werden können. Nötig für diesen strategischen Lufttransport ist eine ganze Flotte von Flugzeugen. In der Bereitstellung eines solchen Transportflugzeuges wollten sich die europäischen Staaten jedoch nicht auf ein amerikanisches oder außereuropäisches Modell verlassen. In einem Gemeinschaftsprojekt von Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Spanien, Türkei und Großbritannien versuchten diese, ein Flugzeug durch ADS produzieren zu lassen, das den einzelnen Nationalstaaten im Alleingang gar nicht möglich gewesen wäre. Dies ist ein ausschlaggebender Grund für die Projektgemeinschaft. Auf deutscher Seite werden derzeit immer noch veraltete, 1968 in Betrieb genom-

mene Transall C-160 für den taktischen Lufttransport benutzt. Dafür sollte der A400M nun Abhilfe schaffen. Der entscheidende Vorteil des A400M ist die Vereinigung dreier Eigenschaften, die bisher von verschiedenen Flugzeugtypen abgedeckt werden mussten: er kann einmal als strategischer Transporter eingesetzt werden, also über weite Distanzen Material und Soldaten verlegen, dann aber auch den taktischen Lufttransport übernehmen, also direkt im Einsatzgebiet Fallschirmspringer und Fracht abwerfen oder auf unbefestigten Pisten landen. Zudem ist es möglich, den A400M zu einem Tankflugzeug umzurüsten. Neben der Finanzierung durch die beteiligten



Airbus und WTD61 auf dem Flugfeld Ingolstadt bei Manching. Quelle: openstreetmap.

Staaten soll der anschließende Export das Projekt profitabel machen. Für den Export rechnen sich die Staaten und ADS gute Chancen aus, da der A400M als „game changer“ im Bereich des Lufttransports auf dem globalen Markt konkurrenzlos sei.<sup>7</sup> Endlich könne man gegen die USA ein Produkt in Anschlag bringen, das diese noch nicht herstellen können. ADS wusste auch, durch den Appell an Deutschland und den Nutzen für den hiesigen Standort das Projekt der deutschen Regierung schmackhaft zu machen: „Durch die bei Programmstart getroffene Vereinbarung zur Arbeitsteilung wird Deutschland als größter Abnehmer der A400M von Erfolgen im Export wesentlich und nachhaltig profitieren.“<sup>8</sup> Unter anderem, weil an der Entwicklung und Produktion mehr als 70 deutsche Luftfahrtunternehmen und Zulieferer beteiligt seien.<sup>9</sup>

### 3.1.2 Praktische Umsetzung

Bereits in den 1980er Jahren wurden von einem Konsortium französischer, deutscher und britischer Luftfahrtunternehmen Studien für die Umsetzung eines militärischen Transportflugzeuges angefertigt. Neben der Neugruppierung der Projektgesellschaft – das britische Unternehmen Lockheed schied aus dem Projekt aus, die spanische CASA kam dazu – war längere Zeit die europäische Ausrichtung der Unternehmung umstritten. Gegenüber anfänglichen Ideen einer Kooperation mit dem ukrainischen Flugzeughersteller Antonow wurde dann der Produktion in europäischer Eigenregie der Vorzug gegeben und diese 2003 endgültig vertraglich besiegelt. Deutschland ist mit 37,2%<sup>10</sup> vor Frankreich (25,5%) in der „internationalen Arbeitsteilung“ der größte Projektteilnehmer. Die zentrale Organisation des A400M-Programms wird in Toulouse, Frankreich, abgewickelt. Daneben sind die wesentlichen Produktions- und Entwicklungsstätten in Deutschland, Spanien, Großbritannien, Belgien und der Türkei.<sup>11</sup> Die einzelnen Komponenten, die in den verschiedenen europäischen und internationalen Standorten produziert wurden, werden dann für die Endmontage nach Sevilla gebracht.

Bei der Herstellung des A400M kam es zu einigen Pannen. Die für 2008 angesetzte Serienproduktion konnte nicht erreicht werden. Auf beiden Seiten wurde die Beendigung des Projekts wegen Problemen durch den erhöhten Bedarf an Finanzmitteln öffentlich nicht mehr ausgeschlossen.

Trotz der hohen Zusatzkosten einigten sich die Staaten und der Luftfahrtkonzern (damals noch EADS) im März 2010 auf die Fortführung des Projekts und die Produktion des Flugzeugs. Die Staaten sollten einer Preiserhöhung um zehn Prozent (etwa zwei Milliarden Euro) zustimmen. Deutschland setzte seine Bestellung von geplanten 60 Maschinen auf 53 herab, wobei die Kosten für die sieben anderen Maschinen in Optionen überschrieben wurden, und verzichtete zunächst auf einige Funktionen, wie die vollautomatische Tiefflugfähigkeit. Im gleichen Jahr 2010 wurde schließlich die erste Serienmaschine in Bremen gebaut. Frankreich bekam drei Jahre später den ersten A400M, der dann 2013 auch seinen ersten Einsatz fliegen durfte: die Maschine transportierte Material für den Kriegseinsatz *Operation Serval* des französischen Militärs nach Mali. 2014 landete dann auch der erste A400M für die Bundeswehr auf dem Flugplatz Wunstorf. Aber nicht nur der Bau des A400M wurde von Airbus übernommen. Auch die Ausbildung des Personals, Logistiker und Piloten in Sevilla am International Training Center (ITC) erfolgt in einem ersten Schritt durch den Rüstungs-

konzern. Nach und nach soll diese dann in den Verantwortungsbereich der Luftwaffe übergehen. Im April 2016 kommt es erneut zu Triebwerksproblemen, einen Monat später treten Risse an der Maschine auf, woraufhin bei allen bisher ausgelieferten Maschinen Teile am Rumpf ausgetauscht werden müssen. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen rügte Mitte 2016 wieder den Airbus Konzern und gab bekannt, dass Deutschland Schadensersatzansprüche geltend machen werde. Neben Kostensteigerungen von mehr als 1,4 Mrd. Euro verzögert sich die Auslieferung bereits um mehr als 9 Jahre. Die überalterten Transall-Maschinen müssen spätestens 2020 ausgemustert werden. Planmäßig soll nun die endgültige Version des A400M 2019 ausgeliefert werden. Bisher sind lediglich fünf Maschinen in der Standardversion in Betrieb.

### 3.2 Die EU-Drohne

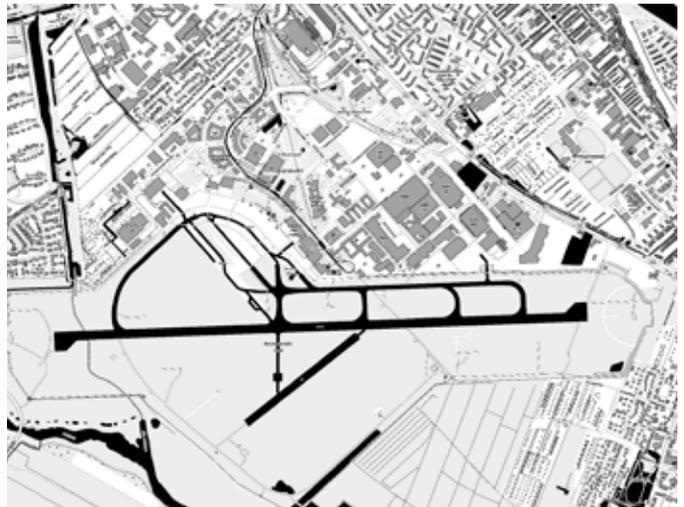
Auch auf dem sich rasant entwickelnden Drohnenmarkt wittert ADS neue Profite. Zwar dominieren bei der Herstellung von Militärdrohnen derzeit die USA und Israel mit Northrop Grumman, General Atomics Aeronautical Systems (Predator) und Israel Aerospace Industries (Heron), doch scheint auch Airbus nun die nötige politische Unterstützung mobilisiert zu haben, um sich mit dem Zuschlag für die EU-Drohne ebenfalls auf diesem Markt zu positionieren.<sup>12</sup> Bereits der letzte Versuch einer Überwachungsdrohne (Euro Hawk) für die Bundeswehr, basierend auf einer Northrop Grumman Produktion, wurde von (damals noch) EADS unternommen. Jedoch scheiterte das Projekt, da die Drohne keine Zulassung für den deutschen Luftraum bekam. ADS soll zukünftig die für die Bundeswehr in Israel stationierten Drohnen des bewaffnungsfähigen Typs Heron TP betreuen. Und auch bei den Aufklärungseinsätzen mit den älteren Drohnen vom Typ Heron I in Afghanistan und im Nord-Osten Malis liefern Mitarbeiter von ADS umfangreiche logistische Unterstützung – selbst im Einsatzgebiet.<sup>13</sup> Die EU-Drohne wird nun jedoch das erste eigenständige Drohnenprojekt von Airbus.



Ludwig Bölkow Campus in Ottobrunn. Quelle: openstreetmap.



Airbus in Immenstaad. Quelle: openstreetmap.



AIRBUS auf dem Flughafen Bremen. Quelle: openstreetmap.

### 3.2.1 Politische und militärische Relevanz

Derzeit setzt die Bundeswehr in Afghanistan und Mali Heron 1 Drohnen zur luftgestützten Überwachung und Aufklärung ein. In Israel sollen zukünftig bewaffnungsfähige Heron TP stationiert werden, die im Grund eine „Überbrückungslösung“ darstellen, bis die EU-Drohne einsatzbereit ist.

Bei den bisherigen Einsatzorten der unbewaffneten Heron I Drohnen handelt es sich um die beiden gefährlichsten Bundeswehr-Missionen. Sowohl in Mali als auch in Afghanistan existieren eine Vielzahl der Bundeswehr feindlich gegenüberstehender bewaffneter Gruppen mit Beziehungen zur ansässigen Zivilbevölkerung, die praktisch eine höhere Bewegungsfreiheit im Einsatzgebiet haben als die Bundeswehr. Deren Bewegungsfreiheit wird u.a. durch Sprengfallen eingeschränkt, deren Standorte und Urheber durch Drohnen mit langer Ausdauer aufgeklärt werden sollen. Außerdem gilt es, die befeindeten Gruppen zu identifizieren, zu beobachten und in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken, wie Verteidigungsministerin von der Leyen hinsichtlich Malis gegenüber der Zeit erläuterte: „Mit kleineren Drohnen könne die Bundeswehr zwar die unmittelbare Umgebung ihres Standortes in Gao überblicken, aber nicht die vielen hundert Kilometer langen Straßen zwischen den Städten in der dünn besiedelten Region... „Es ist in dieser Wüstenregion so: Wer die Straße beherrscht, der kann den Zugang zu einer Stadt ermöglichen oder die Stadt von der Versorgung abschneiden“, sagte von der Leyen in Gao.“<sup>14</sup>

Bei der Diskussion um die Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr kam von Seiten der Bundeswehr und des Verteidigungsministeriums das Ziel zum Ausdruck, Drohnen zukünftig auch zum Konvoischutz und für die Luftnahunterstützung einzusetzen, das heißt, dass Drohnen im Umfeld von Patrouillen vermutete Gegner angreifen und auch in bereits stattfindende Auseinandersetzungen eingreifen sollen.<sup>15</sup> Die Anschaffung von Drohnen mit großer Reichweite ist damit auch ein klares Indiz dafür, dass die Bundesregierung weiter damit rechnet, Truppen in gefährliche und asymmetrische Konflikte wie in Afghanistan zu entsenden, und die Pläne zur Beschaffung bewaffneter Drohnen weisen darauf hin, dass man in diesen zukünftig eine aktivere Rolle bei der Aufstandsbekämpfung einnehmen will.<sup>16</sup>

Problem bei den bewaffneten wie bei den unbewaffneten Drohnen israelischer und US-amerikanischer Hersteller ist jedoch wie bei der Spionagedrohne Euro Hawk, dass die Bundeswehr bislang zur Steuerung auf Kommunikationstechnolo-

gie angewiesen ist, die sie nicht selbst kontrolliert und damit auch nicht sicher sein kann, wer „mithören“ und ggf. auch eingreifen kann. Außerdem erhalten diese keine Zulassung für den nationalen und europäischen Luftraum, weshalb die Ausbildung letztlich nur in Drittstaaten oder eben im Einsatz erfolgen kann.

### 3.2.2 Praktische Umsetzung

Nachdem sich im Mai 2015 die Verteidigungsminister Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Spaniens darauf einigten, eine Definitionsstudie für eine bewaffnungsfähige Langstreckendrohne in Auftrag zu geben, bekam ADS den Zuschlag, eine solche Studie anzufertigen. Das Bundesverteidigungsministerium machte das Verhältnis zwischen ihm und ADS klar: „Aufgrund der deutschen amtsseitigen Führungsrolle wird eine Führungsrolle der Firma Airbus Defense & Space seitens des Ministeriums unterstützt.“<sup>17</sup> Auch im Bereich der bewaffneten Drohnen wollen Deutschland und die europäischen Staaten eine Fähigkeitslücke schließen und sich von den amerikanischen und israelischen Anbietern unabhängig machen. Bundesverteidigungsministerin Ursula von Leyen drückt das so aus: „Europa braucht die Fähigkeiten einer Aufklärungsdrohne, um auf die Dauer nicht von anderen abhängig zu sein. Mir ist durch die NSA-Affäre noch einmal klar geworden, was es bedeutet, wenn man vor zehn bis 15 Jahren technologische Entwicklungen verschlafen hat und heute voller Bitterkeit feststellt, wie abhängig man von anderen ist.“<sup>18</sup>

Die Vorstudie von ADS soll nun zeigen, welche Möglichkeiten eine solche Drohne haben sollte und könnte und mit welchen Kosten die Herstellung verbunden wäre. Bei der Drohne handelt es sich um eine sogenannte „MALE RPAS“, ein unbemanntes, ferngesteuertes Luftfahrzeug („Remotely Piloted Aircraft System“). Als MALE-Drohne (Medium Altitude Long Endurance) hat sie eine lange Einsatzfähigkeit, d.h. sie kann mindestens 24 Stunden in der Luft bleiben und dabei in einer mittleren Flughöhe von bis zu 15.000 Metern Gebiete und Ziele aufklären, aber auch aus der Luft angreifen. Neben dem Einsatz bei Kriegen wie in Afghanistan und Mali, solle die Drohne auch beim Grenzschutz, Katastrophenschutz und bei der Polizei zur Anwendung kommen. Dies ist dann auch möglich, da die Drohne auch für den deutschen Luftraum zugelassen werden soll.

Das multinationale Drohnenprojekt, das von ADS angeführt wird, findet in Kooperation mit dem französischen Unterneh-

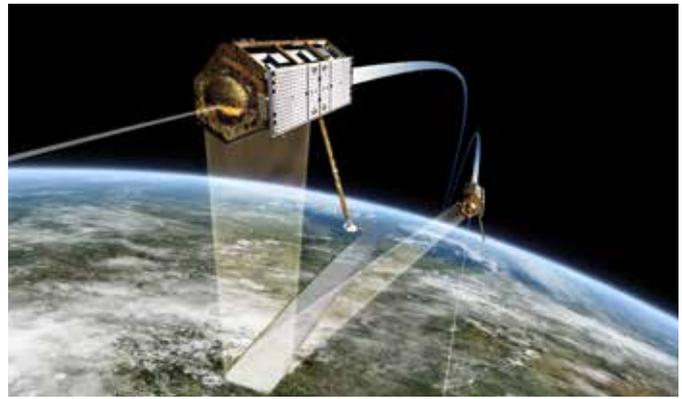
men Dassault Aviation und dem italienischen Alenia Aermacchi statt. Die Kosten für die Definitionsstudie von 83 Mio. Euro tragen die beteiligten Länder. Deutschland wird wegen der federführenden Stellung im Projekt 31% davon übernehmen. Nach diesem ersten Schritt soll 2018 dann in die Entwicklungsphase übergegangen werden. 2025 soll die Drohne serienreif sein.<sup>19</sup> Allein die gesamten Entwicklungskosten werden auf über 1 Mrd. Euro angesetzt.

#### 4. Die Bundeswehr und die militärische Raumfahrt

Der Anspruch Deutschlands, den staatlichen Interessen weltweit Geltung zu verschaffen, also auch in allen Regionen der Welt Soldaten einzusetzen, bedarf eines weltumspannenden Kommunikations- und Aufklärungsnetzes. „Auch im militärischen Bereich sind die satellitengestützten Systeme inzwischen unverzichtbar geworden“<sup>20</sup>, heißt es in der Raumfahrtstrategie der Bundesregierung. Wenn es darum geht, „eine angemessene Rolle in der Weltpolitik [zu] übernehmen“<sup>21</sup> sei eine „verstärkte Nutzung von Weltraumsystemen für national eigenständige Kommunikations- und Aufklärungsfähigkeiten“<sup>22</sup> nötig. Während des Krieges gegen Jugoslawien 1999 wurde Deutschland bereits an die Abhängigkeit von den USA in diesem Bereich erinnert, als diese verweigerten, Aufklärungsdaten in dem von Deutschland gewünschten Maß weiterzuleiten. Ziel war es seitdem umso mehr, selbständige Kompetenzen im Bereich des Weltraums zur Überwachung, aber auch Kommunikation aufzubauen. „Mit den Satellitensystemen SatcomBW und SAR-Lupe wurden hierfür wichtige Meilensteine gesetzt“<sup>23</sup>, heißt es im Raumfahrtprogramm weiter.

Das raumgestützte Aufklärungssystem SAR-Lupe, das seit 2008 umfänglich nutzbar ist, wurde von einem europäischen Konsortium (bei dem auch EADS beteiligt war) unter Führung von OHB-Systems aus Bremen bereitgestellt. Bei SAR-Lupe handelt es sich um Satelliten, die unabhängig von Wetterlage und Tageszeit hochauflösende Radar-Bilder von jedem Punkt der Erde liefern können. SAR-Lupe soll ab 2019 durch SARah ersetzt werden. Die Defizite der Bundeswehr im Bereich der optischen Satellitenaufklärung (die für die bessere Interpretation der Radar-Bilder nötig ist) werden derzeit noch durch Gemeinschaftsprojekte mit anderen Staaten überbrückt. Durch den „Systemverbund SAR-Lupe/Helios II“ hat Deutschland Zugriff auf die optischen und Infrarot-Bilder des französischen Satellitensystems und umgekehrt. Auch bei den Helios-Satelliten war Airbus Defence and Space Hauptauftragnehmer. Neben der SAR-Lupe wird auch Helios II durch leistungsstärkere Satelliten ersetzt. Das französisch-deutsche Projekt CSO (Composante Spatiale Optique) wird vier Satelliten enthalten, wobei einer von Deutschland bezahlt wird.<sup>24</sup> Dafür sollen der Bundeswehr ab 2018 20% der Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Wie bei vielen anderen militärischen Schlüsseltechnologien sollen, so heißt es im Strategiepapier zur Raumfahrt, „wo immer möglich, Synergien mit zivilen Entwicklungen und ‚Dual-Use‘-Technologien“<sup>25</sup> genutzt werden. Wie dies in der Praxis abläuft, lässt sich in Ottobrunn beim Ludwig-Bölkow-Campus besichtigen. Ein Campus, der u.a. die TU München, die Bundeswehr Hochschule und Airbus Defence and Space für die Forschung im Bereich Luft- und Raumfahrt sowie Sicherheitstechnologie an einem Ort zusammenbringt, um die deutsche „Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationsführerschaft nachhaltig zu festigen“.<sup>26</sup> Gemeint ist damit u.a. Grundlagenforschung für Drohnen und die Entwicklung elek-



TanDEM-X. Quelle: DLR (CC BY 3.0, via Wikimedia Commons).

trischer und hybrider Flugantriebe, die aber durchaus auf militärische Anforderungen und Anwendungen ausgerichtet ist. Im Papier zur deutschen Raumfahrt wird dies auch klar gemacht: „Deutschland wird bei der Entwicklung sicherheitsrelevanter Technologien, beispielsweise in der Erdbeobachtung und Satellitenkommunikation, verstärkt Synergiepotenziale der zivilen und militärischen Raumfahrtforschung nutzen.“<sup>27</sup> Wie dies praktisch umgesetzt wird, soll im Abschnitt zu TanDEM-X exemplarisch aufgezeigt werden.

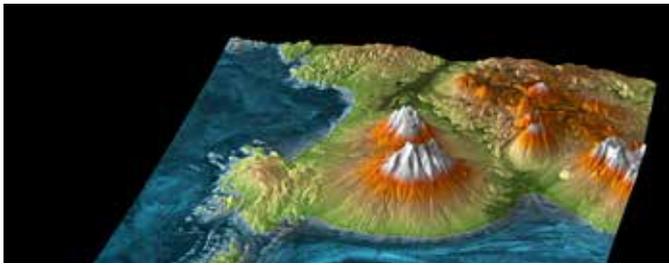
#### 5. Die Satellitenprogramme von ADS

Nach eigenen Angaben gehört ADS zu den „internationalen Top-10 Anbietern für Verteidigung und Weltraum“<sup>28</sup>. ADS produziert neben Telekommunikationssatelliten und Satelliten zur Weltraumerkundung auch die kommerzielle Trägerrakete Ariane, die 2020 in einer neuen Ausführung (mittlerweile Ariane 6) fertiggestellt werden soll. Sie soll den längerfristigen Zugang Europas zum Weltraum garantieren. ADS ist auch ein großer Partner der europäischen Kommission und der ESA (European Space Agency) im Galileo-Projekt. Das Galileo-System – eine europäische Konkurrenz zur amerikanischen Satellitennavigation GPS – soll auch explizit für militärische Zwecke eingesetzt werden und Militäreinsätze der EU unterstützen. Neben dem Satellitennavigations- und Ortungssystem Galileo schmückt sich die Bundeswehr mit ihrer neuesten Anschaffung in Sachen Satellitensystemen: TanDEM-X.

##### 5.1 TanDEM-X

###### 5.1.1 Politische und militärische Relevanz

„Die Bundeswehr wird mit diesem globalen Datensatz in die Lage versetzt, auf die gestiegenen Anforderungen moderner Aufklärungs-, Führungs-, Simulations-, Einsatz- und Waffensysteme der Bundeswehr hinsichtlich Aktualität, Homogenität, Genauigkeit und Abdeckung zu reagieren“<sup>29</sup>, teilte der Geoinformationsdienst der Bundeswehr bezüglich TanDEM-X feierlich mit. Das 3-D Höhenmodell soll auch für die operative Kriegsführung genutzt werden und dient zur Planung von Truppenverlegungen sowie der Zielsuche von Bombardierungen und Überwachungsmissionen. Neben der praktischen Anwendung der Satelliten und der Daten, hat das System auch eine Relevanz insbesondere in der Beziehung zu den USA, da dieses derzeit weltweit konkurrenzlos ist und „in den USA erhebliche Beachtung“<sup>30</sup> findet. So wird auch vermutet, dass das Projekt so schnell vorangetrieben wurde, da die USA dies im Gegenzug zur



Durch TanDEM-X erstelltes Höhenprofil. Quelle: DLR, CC BY 3.0, via Wikimedia Commons

Bereitstellung optischer Satellitendaten forderten. Deutschland hat nach Spiegel-Angaben<sup>31</sup> täglich Zugang zu 1000 hochauflösenden Bildern der „National Geospatial-Intelligence Agency“ (NGA), dem amerikanischen Geheimdienst für geografische Aufklärung. Diese seien besonders wichtig bei Operationen in Übersee, wie denen in Afghanistan. Ohne die Möglichkeit zum Kauf der TanDEM-X Daten drohten die USA, die Bereitstellung dieser Satellitenbilder einzustellen.

### 5.1.2 Praktische Umsetzung

Das vorherige Höhenmodell, Shuttle Radar Topography Mission (SRTM), wurde 2000 in Betrieb genommen. Gegenüber den SRTM-Daten ist der Detailgehalt des TanDEM-X Höhenmodells ungefähr 9 Mal höher.<sup>32</sup> Der Vorteil der Erdvermessung mit Satelliten ist im Allgemeinen ein weltweit durchgehendes und einheitliches Geländemodell ohne Brüche an Ländergrenzen, die aus unterschiedlichen Messverfahren und zeitlich getrennten Messkampagnen entstehen.

Im November 2015 erwarb das deutsche Verteidigungsministerium von ADS (genauer: vom Tochterunternehmen Infoterra GmbH) die Nutzungslizenzen für den Datensatz des Höhenmodells TanDEM-X und einer entsprechenden Editiersoftware.<sup>33</sup> Mit rund 400 Mio. Euro ist die Beschaffung das größte Einzelprojekt in der Amtszeit von Ursula von der Leyen. Aus den Informationen soll im Weiteren durch eine stereographische Auswertung der Radarbilder ein 3D-Höhenmodell des ganzen Globus angefertigt werden. Da das Wirtschaftsministerium dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) vorsteht, konnte dieses bereits auf die Daten zugreifen. Jedoch sieht dieser Vertrag nur die nichtkommerzielle und nationale Nutzung vor. Für die militärische, multinationale Verwendung musste nun nochmals Geld an ADS gezahlt werden. Damit wurden die Daten im Grunde doppelt bezahlt.

Die eigentliche TanDEM-X Mission und die Gewinnung der Daten erfolgte über eine Öffentlich-Private-Partnerschaft zwischen DLR und ADS (seit 2000). Obwohl DLR einen Großteil der Arbeit und Kosten im Projekt übernahm, wurden die exklusiven Vermarktungsrechte für die Daten (WorldDEM) und die Software zur Bearbeitung der Daten an Airbus vergeben. Die Satelliten für TanDEM-X, die insgesamt ca. 85 Mio. kosteten, wurden gemeinschaftlich durch ADS (26 Mio. Euro), jedoch primär durch das DLR (59 Mio. Euro) finanziert. Das DLR entwickelt auch das für die Mission notwendige Bodensegment und ist für Planung und Durchführung der Mission verantwortlich, zudem für die Steuerung der Satelliten und für die Erzeugung des digitalen Höhenmodells.<sup>34</sup> Die Rohmengendaten der TanDEM-X Satelliten seien jedoch für ein Land nicht zu bearbeiten, so das Verteidigungsministerium. Deshalb wurde 2016 ein multinationales Netzwerk namens TReX („TanDEM-X High Resolution Elevation Data Exchange“) aus mehr als 20 Nationen (darunter Norwegen, Belgien, Portugal) unter der Feder-

führung von Deutschland und den USA aufgebaut. Der Beitrag der einzelnen Allianznationen ist die Editierung des kompletten, globalen TanDEM-X Datensatzes, aus dem dann „ein für militärische und zivil-behördliche Bedarfsträger nutzbares, aktuelles, weltweit abdeckendes, homogenes, hochaufgelöstes, digitales Höhenmodell erzeugt“ werden soll.<sup>35</sup>

## 5.2 SATCOMBw – Satellitenkommunikation für die Bundeswehr

### 5.2.1 Politische und militärische Dimension

Mit der Satellitenkommunikation SATCOMBw trieb die Bundeswehr ihre Bestrebungen weiter, eine unabhängige militärische Kommunikationsstruktur für ihre Einsätze zu etablieren. Während sie in den 1990er Jahren noch primär auf Kooperationen mit anderen europäischen Ländern angewiesen war (1990-1997: TriMilSat mit Frankreich und Großbritannien; 1997-1999: MilSatCom mit Frankreich) und mit SatCOMBw Stufe 0 und 1 noch kommerzielle Satellitenverbindungen anmieten musste, verfügt sie mit SatCOMBw Stufe 2 (seit 2009) über eigene Satelliten. Diese erlauben der Bundeswehr, Sprachübertragungen, Daten-, Video- und Multimediaanwendungen verschlüsselt zwischen den verschiedenen Truppen und Einsatzstandorten zu übermitteln. Damit ist die Kommunikation von Amerika bis Ostasien abgedeckt.<sup>36</sup> SATCOMBw „bildet einen wichtigen Schritt zur Umsetzung des Konzepts der vernetzten Operationsführung“, so die Bundeswehr.<sup>37</sup> Auch Evert Dudok, Leiter des Geschäftsbereiches Communications, Intelligence & Security (CIS) von Airbus Defence and Space weiß die von seinem Unternehmen gelieferten Einrichtungen zur Satellitenkommunikation als „unverzichtbares Instrument für moderne Streitkräfte, um Einsatzgebiete mit dem Heimatland zu verbinden und Auslandseinsätze durchzuführen.“<sup>38</sup>

### 5.2.2. Praktische Umsetzung

MilSat Services, ein Tochterunternehmen von Airbus Defence and Space, stellte als Hauptauftragnehmer 2009 und im Folgejahr die beiden Satelliten zur Verfügung. Interessant ist auch bei diesem Projekt die Verflechtung der Bundeswehr mit dem DLR. Dieses ist nämlich für den Betrieb der Satelliten zuständig, die von Thales Alenia Space geliefert werden. Die Kontrollstation der SatCOM Stufe 2 befindet sich in Oberpfaffenhofen auf dem Gelände des Deutschen Raumfahrt-Kontrollzentrums, welches durch das DLR betrieben wird. Solch ein Vorgehen spiegelt die Forderungen der Bundesregierung wieder, die Forschungsinstitutionen vermehrt in den Dienst für hoheitliche und militärische Aufgaben zu stellen.<sup>39</sup> Eine zusätzliche Bandbreite wird vom Unternehmen Intelsat kommerziell erworben. Außerdem stehen der Bundeswehr zwei mobile Kontrollstationen für Auslandseinsätze zur Verfügung. Im März 2016 beschloss die Bundeswehr, den Vertrag für SATCOMBw bis 2022 für 145 Mio. Euro bei ADS zu verlängern.<sup>40</sup>

## 5.3 Militärische Satellitenkommunikation im europäischen Rahmen

Auch auf EU-Ebene wurde durch die EDA (European Defence Agency) eine gemeinsame Beschaffungsvereinbarung namens EU Satellite Communication Market geschlossen.<sup>41</sup> Diese umfasst neben Deutschland, Italien und dem Vereinigten Königreich weitere 14 Mitglieder.<sup>42</sup> Die EDA ist bei diesem

Projekt für die Vertragsabschlüsse und den Kauf der jeweiligen Dienste zuständig. Es handelt sich um eine sogenannte „Pay-per-use solution“, d.h. jedes Land bezahlt für jeden angeforderten Dienst einen bestimmten Betrag. Nach dem ersten Rahmenvertrag 2012 wurde 2016 der zweite vergeben, beide gingen an Airbus Defence and Space. Bisher wurden in diesem Rahmen 43 Aufträge mit einem Volumen von 6,8 Mio. Euro vergeben. Neben zwei zivilen EU-Missionen nutzen derzeit zwei militärische EU-Operationen dieses Angebot. Mittelfristig wird die EU zumindest für ihre militärischen Missionen jedoch auch eigene Kapazitäten zur Satellitenkommunikation aufbauen und ADS hat mit seiner guten Positionierung im EU Satellite Communication Market und seiner politischen Rückendeckung beste Voraussetzungen, hierbei größter Auftragnehmer zu werden.

## 6. Fazit

Mit dem Airbus-Konzern wurde von den führenden europäischen Staaten Deutschland und Frankreich nicht nur ein „global player“ im Bereich der zivilen Passagierflugzeuge geschaffen, der sich auf dem Weltmarkt sehen lassen kann, sondern gleichzeitig durch die militärische Sparte Airbus Defence and Space ein Rüstungsunternehmen mit staatlicher Unterstützung aufgebaut, das Deutschland und seine europäischen Partner mit modernem Rüstzeug ausstattet und teilweise von den USA unabhängig macht. Damit ein Unternehmen auch solche Produkte bereitstellen kann, technologisch wie finanziell, bedarf es einer konkurrenzfähigen Kapitalkraft, die in diesem Fall durch die staatliche Kreditierung gewährleistet wird. Um dem gerecht zu werden, entschieden sich die europäischen Staaten eben im Bereich der militärischen Luft- und Raumfahrt, durch Kooperation und Schaffung eines europäischen Unternehmens die ökonomischen Potenzen zu bündeln, jedoch ohne die nationalstaatliche Konkurrenz aufzuheben. Jede an der Kooperation mitwirkende Nation kalkuliert für ihren militärischen Bedarf die Partner im Umfang ihrer Finanzbeteiligung ein, nämlich als Abnehmer und somit wichtige Stütze der eigenen Rüstungsproduktion. Damit wird nicht nur modernes Rüstzeug für den Staat und seine Kriege hergestellt, sondern zusätzlich ein Hebel für europäisches Wachstum geschaffen, das den eigenen Kapitalstandort stärkt. Die zwei wesentlichen Momente kapitalistischer Rüstungsproduktion sind somit erfüllt: Produktion von militärischen Gütern und das auch noch profitabel. Neben ihrer vernichtenden Gewalt werden sie zusätzlich zum Mittel der Profite der Unternehmen, die vom Staat allemal gewollt und gern gesehen sind. Airbus Defence and Space liefert dafür das beste Beispiel.

An den Produkten von ADS lässt sich zudem exemplarisch der Charakter der Militärmacht Deutschland und ihrer „Interventionsarmee“ ablesen. Das 3-D Höhenmodell des Satellitenprojekts TanDEM-X kartiert den kompletten Globus und unterstützt somit einerseits die Aufklärung sog. „Krisengebiete“ und liefert andererseits Waffensystemen die nötigen Geodaten. In die so aufgeklärten Gebiete können dann mit einer ganzen Flotte des militärischen Transportflugzeuges A400M Truppen und Waffen verlegt werden. Passend dazu wird dann auch die bewaffnete EU-Drohne feindliche Gebiete aufklären und unliebsame Personen und Parteien aus der Luft gezielt angreifen können. So liefert ADS einen entscheidenden Beitrag für die militärische Gewalt der Weltmacht Deutschland und der Europäischen Union.

## Anmerkungen

- 1 Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr 2016, S. 22
- 2 EU-Globalstrategie, [Brüssel](#), 28.06.2016.
- 3 Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland (2015), S. 1
- 4 <https://airbusdefenceandspace.com/careers/>
- 5 <https://airbusdefenceandspace.com/about-us/>
- 6 Airbus erweitert deutschen Standort für Satellitenfertigung, Airbus Defence & Space, [Pressemitteilung](#), 22.9.2016.,
- 7 EADS Public Affairs Germany, EADS: Politikbrief, Juni 2013
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Wieland, Klaus: Der künftige Transporter für die Europäischen Luftwaffen, [Airbus](#), 29.11.2001
- 11 Gutierrez, Alberto (COO Airbus Military): Global Meeting of the A400M Suppliers, [Airbus Military](#), 23.3.2013
- 12 Zur europäischen Drohne ist bereits eine ausführliche IMI-Studie erschienen: Pletsch, Marius: Eine Drohne für Europa, IMI-Studie 2016/01
- 13 Successful First mission in Mali for the German Armed Forces Heron 1 MALE, Airbus Defence & Space, [News](#), 3.11.2016
- 14 Bundesregierung verlegt Heron-Drohnen nach Mali, [Zeit Online](#), 5.4.2016.
- 15 Der neue Drohnenkrieg, [Deutschlandfunk](#), 12.1.2015
- 16 Marischka, Christoph: Stellungnahme für die öffentliche Anhörung des Verteidigungsausschusses zu Drohnen, [IMI-Standpunkt](#) 2014/034
- 17 Deutschland übernimmt Führungsrolle bei europäischer Drohne, [Flugrevue](#), 9.12.2015
- 18 Europäische Drohnen entwickeln. Interview mit Ursula von der Leyen, [bundesregierung.de](#), 2.7.2014
- 19 Europäisches Drohnen-Programm MALE RPAS (Medium Altitude Long Endurance Remotely Piloted Aircraft System) gestartet, Airbus/Dassault/Leonardo, [Pressemitteilung](#) o.J.
- 20 Die Raumfahrtstrategie der Bundesregierung (2012), S. 18
- 21 Ebd., S. 19
- 22 Ebd., S. 19
- 23 Ebd., S. 19
- 24 Sitzung des Deutsch-Französischen Ministerrats in Berlin, Bundesregierung, [Pressemitteilung](#), 31.3.2015
- 25 Die Raumfahrtstrategie der Bundesregierung (2012), S. 19
- 26 <http://www.lb-campus.com/index.html>
- 27 Die Raumfahrtstrategie der Bundesregierung (2012), S. 19
- 28 [http://www.space-airbusds.com/de/das\\_unternehmen/](http://www.space-airbusds.com/de/das_unternehmen/)
- 29 Geoinfoforum (Mitteilungen des Geoinformationdienstes der Bundeswehr), Ausgabe 1/2016, S. 12
- 30 TanDEM-X – exakte Landvermessung aus dem All zusammen mit TerraSAR-X, [dlr.de](#), o.J., S. 2
- 31 Der mysteriöse 475-Millionen-Euro-Deal, [Spiegel Online](#), 27.4.2015
- 32 Geoinfoforum, Ausgabe 1/2016
- 33 Ebd., S. 12
- 34 TanDEM-X – exakte Landvermessung aus dem All zusammen mit TerraSAR-X, [dlr.de](#), o.J.
- 35 Geoinfoforum, Ausgabe 1/2016, S. 13
- 36 <http://www.space-airbusds.com/de/programme/satcombw-comsatbw.html>
- 37 Satellitenkommunikationssystem der Bundeswehr (SATCOM Bw), [deutschesheer.de](#), 27.9.2016
- 38 Mix aus militärischen und kommerziellen Satellitendiensten, [bundeswehr-journal.de](#), 9.6.2016
- 39 Die Raumfahrtstrategie der Bundesregierung (2012), S. 21
- 40 Airbus Defence and Space will operate German military satellite system for the next 7 years, [Airbus](#), 9.3.2016
- 41 EU Satellite Communications Market, [EDA Fact Sheet](#), 27.6.2016
- 42 Österreich, Belgien, Zypern, Finnland, Deutschland, Griechenland, Luxemburg, Italien, Portugal, Rumänien, UK, Serbien, Athena Mechanismus, Missionen EUCAP Niger, EUCAP Mali, EUAM Ukraine, EUCAP NESTOR, EUMM Georgien

# Fraunhofer IOSB: Dual Use als Strategie

von Christoph Marischka

In der Debatte um Militärforschung und militärisch relevante Technologien spielt der Begriff „Dual Use“ eine herausragende Rolle. Analytisch ist er wenig tragfähig, da die meisten, vielleicht sogar alle Technologien sowohl zivile wie auch militärische Anwendungen haben können. Tatsächlich verfolgt die Bezugnahme auf „Dual Use“ meist taktische Zwecke, um im konkreten Fall die militärische Nutzbarkeit ziviler Forschung als unintendiert bzw. unvermeidlich darzustellen oder generell Versuche, militärische Interessen aus der zivilen Forschung - z.B. durch Zivilklauseln - auszuschließen, als nicht realisierbar zurückzuweisen.

Am Beispiel des Fraunhofer Instituts für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (Fraunhofer IOSB) in Karlsruhe und Ettlingen kann jedoch gezeigt werden, dass Dual-Use auch eine Strategie des Militärs und der Regierung darstellt.

Diese Strategie wird zunächst anhand eines einzelnen Dokuments, der Stellungnahme des Wissenschaftsrates zur Neustrukturierung der Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften vom Januar 2007 dargestellt, wobei ersichtlich wird, dass das Bundesverteidigungsministerium treibende Kraft hinter der Fusion von FGAN und Fraunhofer-Gesellschaft war. In einem zweiten Schritt wird anhand der aktuellen Arbeit des Fraunhofer IOSB dargestellt, dass dieses weiterhin eine starke militärische Prägung aufweist und eng mit Rüstung, Bundeswehr und NATO verwoben ist. Zugleich konnte das IOSB, wie von der Bundeswehr vorgesehen, umfangreich an der „zivilen“ Sicherheitsforschung partizipieren. Dies gilt v.a. für Projekte zur Grenzüberwachung bzw. „maritimen Sicherheit“, die jedoch gerade in Zeiten asymmetrischer Kriegführung starke Parallelen zu militärischer Aufklärung und dem Konzept der „Netzwerkzentrierten Kriegführung“ aufweisen. Entsprechend kann am Beispiel des IOSB

auch gezeigt werden, wie Forschung zur Grenzüberwachung der Rüstungsindustrie zugute kommt, militärisch relevante wissenschaftliche Erkenntnisse hervorbringt und junge Wissenschaftler\_innen an militärische Fragestellungen und Technologien heranführt.

## Die Dual Use-Strategie des BMVg anhand der Stellungnahme des Wissenschaftsrates

Im Jahr 2004 wurde der Wissenschaftsrat<sup>1</sup> vom „Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gebeten ..., die Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften e.V. (FGAN), das Fraunhofer-Institut für Informations- und Datenverarbeitung (IITB) sowie das DLR-Institut für Technische Physik (IPT) zu begutachten und Empfehlungen zur künftigen Organisation und Finanzierung dieser Institute vorzulegen.“<sup>2</sup> Vorausgegangen war ein Konzeptionspapier des BMVg „zur Neuordnung der grundfinanzierten Forschung und Technologie im Rüstungsbereich“, an dem sich die Stellungnahme des Wissenschaftsrates orientierte. Es sah unter anderem vor, die FGAN-Institute in die Fraunhofer-Gesellschaft zu integrieren sowie das FGAN-Institut für Optronik und Mustererkennung (FOM) mit dem Fraunhofer-Institut für Informations- und Datenverarbeitung (IITB) zu fusionieren. Ziel war es, die bis dahin strikte Trennung zwischen militärischen und zivilen Forschungsinstituten aufzuheben, da sich diese zunehmend als disfunktional darstellte. So wird u.a. herausgestellt, dass die militärischen Forschungseinrichtungen der FGAN bisher „nur sehr wenige Drittmittel eingeworben“ hätten und dies für sie bislang auch wegen der Grundfinanzierung mit „keinerlei Anreizen verbunden“ sei. Das Bundesverteidigungsministerium erwarte jedoch von diesen Instituten, „verstärkt die Möglichkeiten von ‚Dual-use‘ zu nutzen“ und wollte hierfür „geeignete organisatorische und strukturelle Rahmenbedingungen schaffen.“ U.a. deshalb bot sich eine Integration in die Fraunhofer-Gesellschaft an, da es sich

hierbei „um eine Forschungseinrichtung [handelt], die langjährige Erfahrungen und anerkannte Erfolge bei der Drittmittelwerbung im öffentlichen Bereich und vor allem bei Auftraggebern aus der Wirtschaft aufzuweisen hat“. Dasselbe galt für die angestrebte Fusion des FOM (FGAN) mit dem Fraunhofer IITB. Letzteres habe bereits „Erfahrungen beim Dual-use gesammelt und kann das FOM zukünftig beim Zugang zu zivilen Märkten unterstützen... Vor allem die Arbeiten auf dem Gebiet der Bild- und Signalverarbeitung führen zu zivil und militärisch nutzbaren Ergebnissen.“ Zusammenfassend sollten „die Institute in die Lage versetzt werden, erfolgreich Drittmittel bei zivilen Auftraggebern zu akquirieren. Damit strebt das BMVg eine Stärkung der finanziellen Ausstattung der Institute, einen effizienteren Einsatz knapper Ressourcen, die Nutzung von Synergien und insgesamt eine bessere Integration in zivile Aktivitäten an.“



Sitz des Fraunhofer IOSB (früher FOM) in Ettlingen. Quelle: Wolkenkratzer via Wikipedia (CC BY-SA 3.0).

Tatsächlich ging es dabei nicht nur um die Mobilisierung zusätzlicher finanzieller Mittel, sondern auch um eine engere Verzahnung ziviler Forschung und militärischer Anwendung. Nach Darstellung des Wissenschaftsrates sei die Aufgabe der „wehrtechnischen Institute“, „wissenschaftliche Erkenntnisse zu generieren und zu identifizieren, die wehrtechnisch relevant sind, diese aufzugreifen und auf mögliche militärische Nutzungen zu prüfen“. Da, wie es in einer Fußnote zum Begriff „Dual Use“ heißt, „heute die Technikentwicklung auf vielen Gebieten von der zivilen Technologie angetrieben wird, profitieren nun militärische Forschungen in erheblichem Umfang von zivilen Forschungs- und Entwicklungsergebnissen“. Entsprechend werden den wehrtechnischen Instituten „gemeinsame Forschungsprojekte mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen“ explizit ans Herz gelegt, da sich damit „die Chancen erheblich [erhöhen], an der Entwicklung des wissenschaftlichen Wissens zu partizipieren und wechselseitige Anregungen aus wehrtechnischen und zivilen Forschungskontexten zu gewinnen“.

An der bisherigen Struktur wurde vom Wissenschaftsrat u.a. bemängelt, dass die Arbeiten der FGAN-Institute durch „Vorträge im Rahmen von NATO-Veranstaltungen oder anderen wehrtechnischen Konferenzen“ zwar „unter wehrtechnischen Forschern hoch anerkannt“, aber „[a]ußerhalb dieses Rahmens und in zivilen scientific communities ... die Institute bislang wenig bekannt“ seien. „[D]urch eine Integration in zivile scientific communities“ ließen sich jedoch „die Rahmenbedingungen für eine Steigerung und langfristige Sicherung der wissenschaftlich-technologischen Leistungsfähigkeit der FGAN-Institute erheblich verbessern“. Damit zusammenhängend werden auch bei der „Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“ explizit „Defizite“ benannt und angemahnt, dass diese „deutlich verstärkt“ werden müsste. Weniger explizit wird eine Überalterung des Personals der vom BMVg grundfinanzierten, militärischen Forschungseinrichtungen angedeutet. So wird für das FOM festgestellt: „Von den [24] grundfinanzierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sind 7 Personen unter 40 Jahre alt... 16 Personen sind länger als 15 Jahre im Institut bzw. in den Vorgängerinstituten tätig. Der [sic] Altersstruktur der [sic] projektfinanzierten Personals wird deutlich von älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dominiert... Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind mehrheitlich länger als 15 Jahre im Institut beschäftigt.“ Promotionsstellen gebe es nicht und seit 2002 sei lediglich eine Promotion am Institut abgeschlossen worden. Das IITB hingegen habe „nach eigener Einschätzung hervorragende Voraussetzungen für die Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs“ und gewinne einen wesentlichen Teil seiner Mitarbeiter\_innen „aus dem Kreis der ehemaligen wissenschaftlichen Hilfskräfte und Diplomanden.“ Doch auch hier solle das Personal jedoch perspektivisch verjüngt und kurzfristiger beschäftigt werden.

„Für die von der Bundesregierung angestrebte engere Verzahnung von Verteidigungs- und Sicherheitsforschung“ empfiehlt der Wissenschaftsrat stattdessen die Integration der FGAN-Institute in die Fraunhofer-Gesellschaft. Diese böte „gute Rahmenbedingungen, um die verschiedenen Ziele zu erreichen, die das BMVg mit der Neustrukturierung der FGAN anstrebt. Neben dem Erhalt der Urteils- und Beratungsfähigkeit zielt das BMVg mit der Neustrukturierung der FGAN auf verstärkten Dual-Use und eine verbesserte Dritt-

mitteleinwerbung, auf eine Zusammenführung der grundfinanzierten wehrtechnischen Kapazitäten in einer Organisation und auf eine verbesserte Aufstellung der Institute in Europa.“

## Von der Ressort- zur Dual Use-Forschung

2005 erfolgte die Ressortforschung des Verteidigungsministeriums noch vorwiegend durch die anteilige Grundfinanzierung der Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN, 2005: 26,1 Mio.), des Deutschen Zentrums Luft- und Raumfahrt (DLR, 2005: 29,6 Mio.), des Deutsch-Französischen Forschungsinstituts Saint-Louis (ISL, 2005: 21,8 Mio.) und von vier Fraunhofer-Instituten mit klar wehrtechnischer Grundausrichtung (2005: 30,1 Mio.). Bei letzteren handelte es sich um das Fraunhofer-Institut für Angewandte Festkörperphysik (IAF) und das Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik / Ernst-Mach-Institut (EMI), jeweils in Freiburg, das Fraunhofer-Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen (INT) in Euskirchen und das Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie (ICT) in Pfinztal (bei Karlsruhe).

Die FGAN war zu diesem Zeitpunkt die „einzige Forschungseinrichtung Deutschlands“, die „nahezu ausschließlich wehrtechnische Fragestellungen bearbeitete“. Privatrechtlich organisiert war sie als Verein, bei dessen Mitgliedern es sich „um mittlere bis große, überwiegend auf dem Gebiet der Rüstungstechnik aktive Firmen“ handelte. De facto handelte es sich um militärische Forschungseinrichtungen, von denen zwei (FHR und FKIE) auf einem zusammenhängenden Gelände auf dem Wachtberg bei Bonn und das dritte (FOM) in Ettlingen angesiedelt waren.

Demgegenüber waren die vier o.g. Fraunhofer-Institute bereits zu jener Zeit „auch auf zivilen Forschungsfeldern tätig“, wobei „die Anwendungsorientierung und die Umsetzung in die Praxis klar im Vordergrund“ standen. Eine Sonderrolle nahm das Fraunhofer IITB in Ettlingen ein, das „in größerem Umfang Aufträge für das BMVg“ bearbeitete und „etwa 30 % seiner Erträge durch Aufträge des BMVg“ erwirtschaftete, aber keine Grundfinanzierung aus dem Verteidigungsministerium erhielt.

Die Arbeitsfelder der (ehemaligen) FGAN-Institute waren und sind klar aufgeteilt: Das FHR bearbeitet primär Radartechnologie, wie sie sowohl zunehmend in der Satellitenaufklärung wie auch in zivilen Überwachungsplattformen zur Anwendung kommt. Das FKIE beschäftigt sich demgegenüber mit jenen Informations- und Kommunikationstechnologien, mit denen diese Aufklärungsdaten prozessiert und übermittelt werden und das im IOSB aufgegangene FOM war „auf Forschungen



Die ehemaligen FGAN- und heutigen Fraunhofer-Institute auf dem Wachtberg bei Bonn sind durch das Radon auch aus größerer Entfernung zu erkennen. Quelle: IMI

zur optischen Sensorik und multisensoriellen Datenauswertung spezialisiert“. Dabei beschäftigte es sich „ausschließlich mit wehrtechnisch relevanten Fragestellungen“, sollte „Entwicklungen der Grundlagenforschung ... verfolgen und auf ihre Relevanz für Anwendungen im militärischen Bereich ... analysieren“ und damit „die Forschungsfelder Optronik und Mustererkennung im Verteidigungsbereich“ abdecken.

Das Themenspektrum des Fraunhofer IITB war zu jener Zeit in die drei Teilbereiche „Leittechnik“, „Bildauswertung“ und „Informations- und Kommunikationsmanagement“ aufgliedert. Während die Leittechnik v.a. Regelungs- und Überwachungsprozesse in der industriellen Produktion betrifft, schließen die Arbeiten der anderen Bereiche eng an die Arbeit des FOM an und zielen auf die „Unterstützung des Menschen bei der visuellen Auswertung von Bildinformationen“ bzw. auf die „effiziente Handhabung, Bewirtschaftung und Bereitstellung umfassender Informations- und Wissensbestände in verteilten Systemen“. Insbesondere die Bildauswertung war bereits zu jenem Zeitpunkt auch „für die Aufklärungs- und Waffensysteme der Bundeswehr“ von Bedeutung.

Wichtige erste Schritte „für eine bessere Anbindung des IITB an die akademische Wissenschaft“ wären bereits unternommen worden. So wurde eine gemeinsame Forschungsgruppe „Variable Bildgewinnung und -verarbeitung“ (VBV) des IITB mit der Abteilung „Interaktive Echtzeitsysteme“ der Universität Karlsruhe eingerichtet, die „zu einer fruchtbaren Wechselwirkung zwischen der universitären Forschung an der Universität Karlsruhe und der praxisgerechten Umsetzung am IITB“ führe und „eine wichtige Brücke zwischen dem IITB und der Universität dar[stellt]“. Als besonderen Fortschritt würdigt der Wissenschaftsrat jedoch v.a. das „gemeinsame Berufungsverfahren der Fraunhofer-Gesellschaft und der Universität Karlsruhe (TH)“ 2004, wodurch „[d]er Institutsleiter des IITB ... gleichzeitig den Lehrstuhl für Interaktive Echtzeitsysteme an der Fakultät für Informatik der Universität Karlsruhe (TH)“ besetzt: „Durch die gemeinsame Berufung des Institutsleiters mit der Universität Karlsruhe und die neu gegründete Forschergruppe haben sich die Rahmenbedingungen für die Nachwuchsförderung erheblich verbessert. So kann die Promotion nun an dem Lehrstuhl des Institutsleiters erfolgen...“.



Werbung für das Sicherheitsforschungsprogramm der EU. Das BMVg wollte vorbereitet sein. Quelle: Europäische Kommission (Research.EU Focus 7/2010)

## Die heutige Struktur des IOSB und die Rolle der Wehrforschung

Durch die Fusion des wehrtechnischen FGAN-Instituts FOM und des sowohl im zivilen, wie im militärischen Bereich forschenden Fraunhofer IITB im Jahr 2010 entstand das Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (IOSB) mit den Hauptstandorten Karlsruhe und Ettlingen (bei Karlsruhe). Dabei handelt es sich nun nach eigenen Angaben um „Europas größtes Institut im Feld der Bildgewinnung, -verarbeitung und -analyse“.<sup>3</sup> Während der Personalbestand von FOM und IITB zusammengenommen in den Jahren 2004/2005 noch bei insgesamt etwa 260 Stellen bei einem Budget von knapp 29 Mio. Euro lag,<sup>4</sup> gibt der Jahresbericht 2010/2011 des IOSB einen Personalbestand von über 400 Stellen bei einem Betriebsaufwand von knapp 40 Mio. Euro an.<sup>5</sup> Zu dieser Zeit finanzierte das Bundesverteidigungsministerium das IOSB mit 18 Mio. Euro.<sup>6</sup> Das entspricht im Maßstab der vorangegangenen Finanzierung des FOM und des IITB durch das BMVg. Dem Bericht des Vorstands der Fraunhofer-Gesellschaft von 2015 ist zu entnehmen, dass die an insgesamt sieben, im Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung (VVS) zusammengefassten Instituten stattfindenden, „vollumfänglich vom BMVg finanzierten Tätigkeiten“ 2015 „um 8 Prozent auf 127 Mio. Euro“ angestiegen seien, von denen das BMVg „63 Mio. Euro als Grundfinanzierung und weitere 64 Mio. Euro als Projektförderung bei[steuerte].“<sup>7</sup> Da es sich beim IOSB um eines der größten Institute des VVS handelt und es Anfang 2015 auch dessen Vorsitz übernommen hat, ist davon auszugehen, dass weiterhin zwischen der Hälfte und einem Drittel des Haushalts des IOSB militärisch finanziert wird.

Das Kuratorium des Fraunhofer IOSB besteht (Stand Januar 2017) aus 21 Personen,<sup>8</sup> darunter zwei Vertreter\_innen des BMVg und nur ein Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Daneben ist v.a. die wehrtechnische Industrie stark vertreten, der weltweit siebtgrößte<sup>9</sup> Rüstungsproduzent Airbus sogar durch zwei Personen, daneben Vertreter\_innen des Lenkwaffenherstellers MBDA, des Satellitenherstellers OHB, des Rheinmetall-Konzerns und der ABB AG. Das KIT ist durch zwei Angehörige des Forschungszentrums Informatik im Kuratorium beteiligt. Leiter des Fraunhofer IOSB ist Prof. Jürgen Beyerer, zugleich Inhaber des Lehrstuhls für Interaktive Echtzeitsysteme (IES) an der Fakultät für Informatik am KIT und Vorsitzender des Fraunhofer-Verbundes Verteidigungs- und Sicherheitsforschung (VVS). Das IOSB ist zugleich Sitz des VVS, dessen Geschäftsführerin, Caroline Schweitzer, zur Abteilung Signatorik des IOSB gehört.<sup>10</sup>

Neben der thematischen Gliederung in Abteilungen unterscheidet das IOSB fünf Geschäftsbereiche, die eher an den Märkten orientiert sind, auf denen die Produkte und Dienstleistungen zur Anwendung kommen. Sprecher des „mit zehn beteiligten Abteilungen ... größten“<sup>11</sup> Geschäftsbereichs „Verteidigung“ ist heute Michael Arens, Leiter der Abteilung Objekterkennung. Aktuell listet die Homepage<sup>12</sup> für diesen Geschäftsbereich 14 Forschungsprojekte aus den Abteilungen Objekterkennung („Änderungsdetektion in urbanen Gebieten“, „Bildbasierte Objektlokalisierung“, „Experimentalsystem zur Objekterkennung und Objektverfolgung“, „Hinderniswarnung für Hubschrauber“, „Maritime Zielerkennung und Schutz“, „Semantische Videoanalyse“, „Automatische Erkennung und Verfolgung maritimer Objekte“, „LIDAR Tracker Demonstrator“), Szeneanalyse („Ad-hoc Generierung von Gelände-

datenbasen für Gefechtssimulationssysteme“, „Automatische Unterstützung der Lageerfassung mit Minidrohnen“), Interoperabilität und Assistenzsysteme („Coalition Shared Data Server“), Interaktive Analyse und Diagnose („Digitaler Lagetisch“, „Objektidentifikation RecceMan“) und Videoauswertesysteme („Powder Paint Evaluation Tool“) auf. Diese Liste ist mit Sicherheit nicht vollständig, so nennt etwa der Jahresbericht 2015/2016 zahlreiche „Feldversuche“ der Arbeitsgruppe Signatorik, bei denen Signaturen erfasst wurden, die beim Abschuss von Raketen und Kleinwaffen entstehen.<sup>13</sup> Die Arbeitsgruppe Signatorik war auch am Projekt OMSIS (Onboard Infrared Ship signature Management System) beteiligt, bei dem es in Kooperation mit NATO und der Wehrtechnischen Dienststelle (WTD) 71 bei Eckenförde darum ging, Infrarotsignaturen von Schiffen, kleinen Booten und Kampfschwimmern zu untersuchen und Tarnverfahren zu evaluieren.<sup>14</sup>

Mit Ausnahme der Tätigkeiten der Arbeitsgruppe Signatorik lassen sich die Forschungstätigkeiten im Geschäftsfeld Verteidigung grob folgendermaßen zusammenfassen: Es geht um die Entwicklung und Erprobung verschiedener (aktiver wie passiver) Sensoren auf verschiedenen (unterwasser-, land- und seegestützten, auf bemannten wie unbemannten Flugzeugen und Satelliten) Plattformen und um die Prozessierung der so gewonnenen Daten. Da sowohl Zahl wie auch Auflösung der Sensoren immer schneller zunimmt, wird die automatisierte und autonome Bewertung von Relevanz und Fusion der Sensordaten im Sinne einer kontextsensiblen Situationserkennung sowie am Ende wieder eine dem menschlichen Wahrnehmungsvermögen angepasste Reduktion und optische Aufarbeitung zunehmend wichtiger. Im Ergebnis soll (militärischen) Entscheider\_innen über ein umfassendes und zugleich übersichtliches Lagebild „Situationsbewusstsein“ vermittelt werden. Die Theorie der „Revolution in Military Affairs“,<sup>15</sup> die für aktuelle Strategien und Rüstungsprojekte westlicher Staaten handlungsweisend ist, geht schon länger davon aus, dass diejenige Partei, die in der Lage ist, in Echtzeit die meisten Daten zu prozessieren, auch auf dem Schlachtfeld siegen wird.

Aus dieser holzschnittartigen Sichtweise leitet sich die Doktrin der „Network-Centric Warfare“ oder – im Sprachgebrauch des BMVg – „vernetzten Operationsführung“ ab. Das IOSB gibt den Kerngedanken dieser Doktrin treffend wieder: „Netzwerkzentrierte Kriegführung gewinnt seine Vorteile durch die Fusion unterschiedlicher Informationsquellen in Echtzeit. Moderne militärische Konzepte wie die ‚battlefield awareness‘ erfordern, dass verschiedene Sensoren, darunter bildgebende Sensoren, umfassende Informationen über ein Schlachtfeld [engl.: combat scene] bereitstellen, das zur Unterstützung strategischer Entscheidungen genutzt werden kann. Auf der taktischen Ebene erfordert die Fusion von Bildern unterschiedlicher Kameras, z.B. Infrarotkameras und solche die auf sichtbarem Licht basieren, mit ihren schnell wachsenden Bildgrößen und Framerates viel Rechenleistung. Die Effizienz der Verarbeitung ist entscheidend für zuverlässige und schnelle Entscheidungen.“<sup>16</sup> Kurz gesagt bearbeiten insbesondere die Abteilungen Objekterkennung, Videoauswertesysteme, Szeneanalyse, Interaktive Analyse und Diagnose und Interoperabilität und Assistenzsysteme des IOSB schwerpunktmäßig die hieraus entstehenden Fragestellungen.

## Asymmetrische Kriegführung und Dual Use

Während zahlreiche Projekte des IOSB – nicht nur aus der Abteilung Signatorik – primär darauf ausgerichtet sind, mili-

tärische Schiffe, Fahrzeuge und Waffensysteme zu detektieren und auch das Projekt „Bildbasierte Objektlokalisierung“ im visualisierten Beispiel darauf abzielt, einen kleinen Militärjeep in einer (von Fachwerkhäusern geprägten) Kleinstadt zu identifizieren,<sup>17</sup> spielen sog. „asymmetrische Bedrohungen“ auch in der militärisch finanzierten und inspirierten Forschung eine große Rolle. Wie beschrieben, wird etwa von der Arbeitsgruppe Signatorik nicht nur die Identifikation von Kriegsschiffen untersucht, sondern auch von kleinen Gummibooten und (Kampf-)Schwimmer\_innen. Auch die Abteilung Objekterkennung erforscht längst Aufklärungssysteme, die nicht nur Waffensysteme, sondern auch Einzelpersonen erfassen und klassifizieren sollen. Michael Arens etwa schrieb 2010 für visIT, das Magazin des IOSB, damals noch für die Abteilung Zielerkennung: „Die Umwelterfassung mittels Kameras bietet sich auf vielen Gebieten an. Die Videoüberwachung öffentlicher Bereiche stellt ein prominentes Beispiel aus der zivilen Sicherheitstechnik dar. Im militärischen Bereich finden Kameras beim Schutz von Feldlagern und im mobilen Einsatz Verwendung (Abb. 2). Allen Bereichen gemeinsam ist der Anspruch an die automatische Bildauswertung: für die Erkennung von Bedrohungen jeder Art reicht es nicht aus, Personen zu detektieren. Stattdessen wird erwartet, dass das Verhalten von Personen sowie das Umfeld ein ganzes Bild erzeugen und auf Gefahren hinweisen.“<sup>18</sup> Anwendung findet solche Forschung u.a. in Waffensystemen wie dem BOR-A von Thales, ein Überwachungs-Radar-System, das sowohl stationär als auch auf Fahrzeugen montiert werden kann und nach Herstellerangaben seine Fähigkeiten „sogar auf große Entfernungen insbesondere gegen heutige Bedrohungen (kleine und langsame Ziele wie Personen oder Gummiboote) unter Beweis“ gestellt hätte. „BOR-A ermöglicht eine unverzügliche Erfassung der Situation, indem die Ziele und deren Verhalten präzise auf einer digitalen Karte dargestellt werden. Die Ziele werden automatisch klassifiziert“.<sup>19</sup> Genutzt wird es u.a. von der Bundeswehr in Mali, laut Hersteller Thales jedoch auch von zahlreichen Grenzschutzbehörden.

Zwar ist eine Zuarbeit des IOSB für BOR-A nicht belegbar (eine Zusammenarbeit zwischen IOSB und Thales existiert jedoch, siehe unten); dass das IOSB im Auftrag des Verteidigungsministeriums Forschung für vergleichbare Systeme betreibt, unterstreichen jedoch u.a. das „Experimentalsystem zur Objekterkennung und Objektverfolgung“ und der „LIDAR-Tracker-Demonstrator“. Beim ersten handelt es sich um eine flexible Plattform „zur Untersuchung neuer bildgebender Sensoren, Hardwarearchitekturen und Bildverarbeitungsverfahren“, bei der ein „Schwenk-Neige-Kopf ... die automatische Nachverfolgung eines Objekts mit einer Kamera“ oder verschiedener, leicht austauschender Sensoren Aufklärungssystem BOR-A ermöglichen soll.<sup>20</sup> Beim LIDAR-Tracker handelt



Aufklärungssystem BOR-A von Thales. Quelle: Wikipedia (MKFI).



Steuerungskonsole einer LUNA-Drohne der Bundeswehr.  
Quelle: Wikipedia.

es sich um einen Laserscanner, der es ermöglichen soll, „die Lage (Position und Orientierung) eines bewegten Objektes im Raum stets präzise zu kennen“, und „beispielhaft“ als „Personen-Tracker“ implementiert wurde: „Die vom LIDAR aufgenommene Szene wird in Echtzeit in eine 3D-Punktwolke umgerechnet und darin ein grobes Personenmodell gesucht (hier zylinderförmige Struktur entsprechender Größe). Wird damit eine Person detektiert, wird der SNK so angesteuert, dass die Person bei den nachfolgenden Aufnahmen (Framerate 5Hz) in der Mitte der Szene gehalten wird“.<sup>21</sup> Es ist davon auszugehen, dass die Abkürzung SNK hier den Schwenk-Neige-Kopf des zuvor genannten Experimentalsystems bezeichnet.

Die Fokussierung militärischer Aufklärung auf Einzelpersonen und zivile Fahrzeuge macht die entsprechenden Technologien natürlich für zivile Anwendungen interessanter. Hinsichtlich des „zivilen“ Nutzens militärischer Technologie und der Dual-Use-Strategie des Instituts ist auch das Projekt ABUL (Automatisierte Bildauswertung am Beispiel UAV LUNA) interessant, das in enger Zusammenarbeit mit der Bundeswehr entwickelt wurde. Dabei ging es um die Optimierung der Drohne Luna des Herstellers EMT, die seit dem Jahr 2000 von der Bundeswehr u.a. in Jugoslawien/Kosovo, Afghanistan und nun auch in Mali genutzt wird. Das IOSB lieferte auf den im Einsatz ermittelten Bedarf zugeschnittene Software, die schrittweise in die Bodenkontrollstationen integriert wurde und „eine zielführende Auswertung der UAV-Sensordaten ermöglichen“ soll.<sup>22</sup> Hierzu gehört u.a. die Erstellung von großflächigen Übersichtsbildern, die Erstellung von 3D-Bildern und die automatische Markierung und Verfolgung bewegter Objekte. Im Geschäftsbericht 2010/2011 heißt es dazu: „UAVs werden bisher fast ausschließlich im militärischen Bereich eingesetzt... Der Einsatz im zivilen Bereich wird angestrebt, konnte aber bisher von fast keinem leistungsfähigen System realisiert werden... Eine Ausnahme hierzu bildet das Schweizer UAV-System ADS-95 Ranger, das für den Betrieb im zivilen Luftraum der Schweiz durch die Luftwaffe zugelassen ist und damit Anwendungsbereiche erschließen kann, die der zivilen Sicherheit zugehören.“<sup>23</sup> Entsprechend hat das IOSB im Auftrag der Schweizer Armee sein Videoauswertesystem den Ranger-Drohnen angepasst. Betrieben werden die Drohnen zwar von der Schweizer Luftwaffe von ihren Standorten in Payerne, Emmen und Locarno,<sup>24</sup> sie werden aber regelmäßig auch im Auftrag der Schweizer Polizei und Grenzschutz eingesetzt, etwa um Einbrecher zu suchen<sup>25</sup> oder den „gewerblich organisierten Warenschmuggel“ im Bodenseeraum<sup>26</sup> zu bekämpfen. Als nach der sog. „Schließung der Balkanroute“ zahlreiche Migrant\_innen im italienischen Grenzort Como gestrandet waren, setzte die Schweiz auch hier Drohnen ein, um „Wander-



Mit Radar und Infrarot die Grenzen überwachen: Das System SIVE der spanischen Guardia Civil. Quelle: Autor.

wege und Schmugglerpfade“ zu überwachen – vermutlich vom Standort Locarno aus gesteuerte Drohnen vom Typ Ranger, die mit dem ABUL-System ausgestattet waren.

### Dual Use und die Militarisierung der Grenzüberwachung

Die Verwendung im Kontext militärischer Forschung entwickelter Technologie durch „zivile“ Behörden weist darauf hin, dass die Dual-Use-Strategien Katalysator einer Militarisierung der Inneren Sicherheit sind, was sich insbesondere am Beispiel der Grenzüberwachung weiter ausführen lässt und wo die Institute des Fraunhofer Verbunds Verteidigungs- und Sicherheitsforschung im Zuge der Dual-Use-Strategie umfangreiche Tätigkeiten entwickelt haben. So umfasste das o.g. 7. Forschungsrahmenprogramm der EU unter der Programmlinie Sicherheitsforschung zahlreiche Projekte zur „maritimen Sicherheit“, die klar auf die Überwachung der EU-Außengrenzen abzielten, darunter AMASS und WIMAAS, an denen auch das IOSB beteiligt war. AMASS (Autonomous Maritime Surveillance System) zielte unter Leitung der Rüstungssparte der Carl Zeiss AG (Carl Zeiss Optronics GmbH, 2011 von Cassidian und mittlerweile von Airbus übernommen) in Zusammenarbeit mit den Streitkräften Maltas auf die Entwicklung von Bojen, die „ausgerüstet mit den modernsten akustischen und optischen Sensoren“ eigenständig kleine und mittlere Boote klassifizieren sollen, „den Behörden beispiellose Überwachungsfähigkeiten liefern und sie befähigen soll, schnell die angemessenen Handlungen durchzuführen“.<sup>27</sup> Die Bebilderung der Broschüren und der Webseite des Projekts lässt dabei keinen Zweifel aufkommen, dass es hierbei primär um die Bekämpfung illegalisierter Migration geht, wie sie gegenwärtig v.a. vom Mittelmeer bekannt ist.

Das Projekt WIMAAS zielt unter Leitung des Rüstungsunternehmens Thales insbesondere auf die luftgestützte, weiträumige Überwachung des Mittelmeers mit einem besonderen Fokus auf unbemannte Systeme. Auch hier wird die Bekämpfung illegalisierter Migration explizit in den Vordergrund gestellt.<sup>28</sup> Ergänzt wurden diese beiden Programme durch das Forschungsprojekt DeMarine zur Auswertung von Satellitendaten, das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) über das ebenfalls in der Wehrforschung tätige DLR gefördert wurde. Hier bestand der Beitrag des IOSB in enger Zusammenarbeit mit Astrium (heute ebenfalls Teil der Rüstungssparte von Airbus) im Teilprojekt DeMarine-DEKO (Detection of Artificial Objects) u.a. in der Optimierung des von Astrium bereitgestellten Algorithmus zur Schiffserkennung.<sup>29</sup> Grundlage waren auf modernen SAR-Sensoren basierende Satellitendaten, die von

Astrium bereitgestellt wurden, dessen heutiger Mutterkonzern Airbus Defence and Space 2013 am Bau der zukünftigen, ebenfalls mit SAR ausgestatteten Aufklärungssatelliten der Bundeswehr beteiligt wurde.

Damit war das Fraunhofer IOSB in den Jahren 2008 bis 2011 an drei aufeinander abgestimmten Projekten der „Sicherheitsforschung“ beteiligt, die auf drei Ebenen die Überwachung der Außengrenzen zum Ziel hatte. Aus der parallelen Beteiligung an allen drei Projekten konnte das IOSB einen Mehrwert im Bereich seiner (zuvor militärischen) Kernkompetenzen, der Sensor Data Fusion und Situationsanalyse, gewinnen. Denn die auf den verschiedenen Ebenen anfallenden Datenmengen sollen autonom prozessiert und dann in ein der menschlichen Wahrnehmung angepasstes Lagebild umgesetzt werden. Hierfür hat das Fraunhofer IOSB „im Rahmen der Projekte DeMarine, AMASS und WiMA2S“ eine „Fusionsarchitektur“, das „Objekt-Orientierte Weltmodell“ (OOWM) (fort-)entwickelt. Dieses dient „als Informationsdrehscheibe zwischen Signalverarbeitungsalgorithmen und Situationsanalyseediensten“<sup>30</sup> Eine Abbildung verdeutlicht, zu was die Verarbeitung von Sensordaten durch eine „Verhaltensanalyse“ und „Anomaliedetektion“ von Schiffsbewegungen führt: Das OOWM stellt einen Küstenabschnitt mit verschiedenen, durch Symbole repräsentierten Booten dar, zu einem davon wird in einem Textfeld erläutert: „Probability of Refugees on Board: 76%“.<sup>31</sup>

Diese Form der Situationsanalyse entspricht weitgehend jener, welche die „EU-Grenzschutzbehörde“ Frontex seit dem Jahr 2006 als EUROSUR verfolgt. Dabei handelt es sich um ein „System der Systeme“, das die Aufklärungstechnologie der Einzelstaaten vernetzen und dadurch nationalen Lagezentren sowie der Frontex-Zentrale in Warschau in Echtzeit ein umfassendes Lagebild zunächst aller südlichen Außengrenzen der EU-Mitgliedsstaaten liefern soll. Die Vorstellung einer Überwachung tausende Kilometer entfernter Küstenabschnitte durch vorprozessierte Sensordaten von Satelliten, luft- und boden- bzw. seegestützten Plattformen entspricht vollkommen dem Prinzip der netzwerkzentrierten Operationsführung und stellt damit eine radikale Militarisierung des Grenzschutzes dar.

### Bilderbuchkarrieren – die Zusammenarbeit zwischen IOSB und KIT

An der Forschung des IOSB zum Objektorientierten Weltmodell im Rahmen des EU-Projekts WIMAAS waren offensichtlich auch Angehörige des Instituts für Anthropomatik des KIT beteiligt, wie aus einer gemeinsamen Publikation von Yvonne Fischer (KIT) und Alexander Bauer vom IOSB aus dem Jahre 2010 hervorgeht.<sup>32</sup> Unter dem Titel „Object-Oriented Sensor Data Fusion for Wide Maritime Surveillance“ werden darin anhand eines „illegal immigration scenario[s]“ die Vorzüge der Fusionsarchitektur OOWM beschrieben. Im bereits oben zitierten Beitrag des Magazins „visIT [Zivile Sicherheit]“ 2012



Screenshot der Homepage des Projekts AMASS (<http://www.amass-project.eu>).

wird Fischer bereits als Angehörige der Abteilung Interaktive Analyse und Diagnose (IAD) des IOSB vorgestellt, während ihr Co-Autor in diesem Fall, Michael Teutsch, dem Lehrstuhl für interaktive Echtzeitsysteme am KIT zugeordnet wird.<sup>33</sup> Teutsch wiederum war 2011 an einer Publikation zu den Forschungsergebnissen des Projekts DeMarine-DEKO beteiligt, in der er als Angehöriger des IOSB ausgewiesen wird (anders als seine Co-Autoren, die dem KIT und dem Konzern Astrium, heute Airbus Defence and Space, zugeordnet werden).<sup>34</sup> Aktuell wird Teutsch auf der Homepage des Lehrstuhls für Interaktive Echtzeitsysteme (IES) als wissenschaftlicher Mitarbeiter aufgeführt.<sup>35</sup> Eine seiner jüngsten Publikationen beschäftigt sich mit der „Automatic detection of abnormal vehicle behavior within large-scale aerial video data“ und wurde 2015 anlässlich eines NATO-Symposiums zu „Information Fusion (Hard and Soft) for Intelligence, Surveillance & Reconnaissance“ gemeinsam mit u.a. Yvonne Fischer verfasst.

Fischer, die laut IES-Homepage bis 2007 an der Universität Karlsruhe studiert hatte,<sup>36</sup> promovierte 2015 bei Jürgen Beyerer. Ihre Dissertation über „[w]issensbasierte probabilistische Modellierung für die Situationsanalyse am Beispiel der maritimen Überwachung“ erschien in der vom KIT und Prof. Beyerer herausgegebenen Reihe „Karlsruher Schriften zur Anthropomatik“ und auch in dieser ging es auf der Grundlage militärischer Konzepte von Situationsbewusstsein um die Datenfusion zur automatisierten Klassifizierung von Schiffen mithilfe des am IOSB entwickelten OOWM.<sup>37</sup> Die in der Arbeit modellierten Situationen basierten jedoch auf einem Anomalienkatalog der Wehrtechnischen Dienststelle für Schiffe und Marinewaffen, Maritime Technologie und Forschung (WTD 71) bei Eckenförde, von der auch die Datensätze über reale Schiffsbewegungen stammten, mit denen das Modell evaluiert wurde.<sup>38</sup>

Im selben Geschäftsbericht stellt Fischer als Angehörige der Abteilung IAD im Geschäftsbereich Verteidigung das Projekt „Digitaler Lagetisch“ vor, das im Auftrag mehrerer Bundeswehrstellen durchgeführt wird und bei dem Fischer als Kontaktperson mit Adresse am IOSB angegeben wird.<sup>39</sup> Zugleich wird sie aktuell als „wissenschaftliche Mitarbeiterin“ am Lehrstuhl Prof. Beyerers am KIT vorgestellt.<sup>40</sup> Dessen Homepage führt unter „Mitarbeiter“ als Lehrbeauftragte<sup>41</sup> auch mehrere Angehörige des IOSB auf, darunter den Leiter des Geschäftsfeldes Verteidigung und der Abteilung Objekterkennung, Michael Arens, sowie den stellvertretenden Leiter des IOSB und des Geschäftsbereichs Verteidigung, Jürgen Geisler.

## Fazit: Zur Unkenntlichkeit verwoben - Rüstungsforschung und KIT

Das Fraunhofer IOSB ist engstens mit der Rüstungsindustrie, dem Bundesverteidigungsministerium und der NATO vernetzt, erhält einen beträchtlichen Teil seiner Grundfinanzierung und seiner Drittmittel aus dem Verteidigungshaushalt und führt Forschungsprojekte mit klar militärischer Ausrichtung durch. Dass es zugleich eng mit dem KIT kooperiert und in großem Umfang von den vermeintlich zivilen Projektmitteln aus der Sicherheitsforschung profitieren konnte, ist Ergebnis und Erfolg einer expliziten Dual-Use-Strategie des Bundesverteidigungsministeriums, welche der Fusion des FGAN-Instituts FOM und des Fraunhofer IITB zugrunde liegt. Besonders der Lehrstuhl des Leiters des IOSB, Jürgen Beyerer, am KIT scheint bis zur Unkenntlichkeit mit dem IOSB verwoben zu sein. Es konnte gezeigt werden, dass wissenschaftliche Mitarbeiter\_innen des IES in Drittmittelprojekte des IOSB einbezogen wurden und offensichtlich noch während ihrer Tätigkeit am KIT an Projekten wie dem Digitalen Lagetisch im Auftrag des BMVg beteiligt sind. Am Beispiel mehrerer vom IOSB durchgeführter Projekte zur Grenzüberwachung zeigt sich nicht nur eine enge Zusammenarbeit mit der Rüstungsindustrie und eine durch die Dual-Use-Strategie beförderte Militarisierung der Flüchtlingsabwehr, sondern auch eine geradezu nahtlose Überführung der so gewonnenen Erkenntnisse und Konzepte in die militärische Aufklärung. Kurz gesagt, nimmt das Fraunhofer IOSB weiterhin die Aufgabe eines wehrtechnischen Instituts war, in die durch die enge Zusammenarbeit mit dem KIT auch die zivile Hochschule eingebunden wird: „wissenschaftliche Erkenntnisse zu generieren und zu identifizieren, die wehrtechnisch relevant sind, diese aufzugreifen und auf mögliche militärische Nutzungen zu prüfen. Ebenso sollen neue Technologien auf mögliche Anwendungen im militärischen Bereich geprüft und gegebenenfalls konkrete Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden“.<sup>42</sup>

## Anmerkungen

- 1 Der Wissenschaftsrat wurde 1957 auf politische Initiative von Bund und Ländern gegründet und soll diese seitdem „in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung“ beraten (<http://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns.html>). Neben der allgemeinen Struktur der Hochschullandschaft nimmt dabei die Planung der Ressortforschung durch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen einen großen Stellenwert in der Arbeit des Wissenschaftsrates ein, die sich v.a. in Stellungnahmen und Empfehlungen ausdrückt. Zumindest im letzten Jahrzehnt sind die Positionen des Wissenschaftsrates deutlich neoliberal geprägt.
- 2 Alle Zitate ab hier bis Fußnote 4 stammen aus: Wissenschaftsrat: *Stellungnahme zur Neustrukturierung der Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften* e.V. (FGAN) vom Januar 2007.
- 3 Fraunhofer IOSB: *Annual Report 2015/2016*.
- 4 Wissenschaftsrat 2007.
- 5 „Das Institut in Zahlen“, Fraunhofer IOSB: *Jahresbericht 2010/2011*.
- 6 Ebd.
- 7 Fraunhofer-Gesellschaft: *Bericht des Vorstands* (Lagebericht) 2015, S.25.
- 8 [www.iosb.fraunhofer.de](http://www.iosb.fraunhofer.de), „Das Kuratorium des IOSB“, Stand 07.01.2017.
- 9 So die Einordnung des Stockholm International Peace Research Institute zum Stand 2014 im Jahresbericht 2016: SIPRI: *Yearbook 2016* (Summary).
- 10 „Stabwechsel im Fraunhofer-Verbund VVS“, Pressemitteilung des Fraunhofer IOSB vom 12.04.2015, Stand 16.01.2017.

- 11 Fraunhofer IOSB: *Jahresbericht 2010/2011*, S. 17.
- 12 [www.iosb.fraunhofer.de](http://www.iosb.fraunhofer.de), „Arbeitsgebiete“ im Geschäftsfeld *Verteidigung*, Stand 07.01.2017.
- 13 „Worldwide in Action for Defense and Security“, Fraunhofer IOSB: *Annual Report 2015/2016*.
- 14 NATO Science and Technology Organization: *Technical Report (TR-SET-144): Mitigation of Ship Electro-Optical Susceptibility Against Conventional and Asymmetric Threats*, April 2014.
- 15 Davis, Norman (1996): *An Information-Based Revolution in Military Affairs*. *Strategic Review*, Vol. 24, No. 1.
- 16 Fraunhofer IOSB: *Annual Report 2015/2016* (Übersetzung durch den Autor).
- 17 [www.iosb.fraunhofer.de](http://www.iosb.fraunhofer.de), „Bildbasierte Objektlokalisierung“, Stand 07.01.2017.
- 18 „Bildfolgenbasierte Situation“, in: Fraunhofer IOSB: *visIT 1/2010*.
- 19 Thales: *Ground, Sea & Low Level Air Surveillance Radar BOR-A 550/560*, Stand 07.01.2017, Übersetzung durch den Autor.
- 20 [www.iosb.fraunhofer.de](http://www.iosb.fraunhofer.de), „Experimentalsystem zur Objekterkennung und Objektverfolgung“, Stand 16.01.2017.
- 21 [www.iosb.fraunhofer.de](http://www.iosb.fraunhofer.de), „LIDAR Tracker Demonstrator“, Stand 16.01.2017.
- 22 „UAV-gestützte Grenzüberwachung mit ABUL für die Schweiz“, *IOSB Jahresbericht 2010/2011*.
- 23 „UAV-gestützte Grenzüberwachung mit ABUL für die Schweiz“, *IOSB Jahresbericht 2010/2011*.
- 24 Bundesamt für Zivilluftfahrt BAZL (RPAS Arbeitsgruppe): „Zivile Drohnen in der Schweiz - Eine neue Herausforderung“.
- 25 „Grenzschutz setzt Drohne zur Fahndung ein und wird schon nach 15 Minuten fündig“, [www.watson.ch](http://www.watson.ch) vom 09.11.2014.
- 26 „Schweizer Drohne schreckt Konstanzer Bürger auf“, [www.suedkurier.de](http://www.suedkurier.de) vom 21.8.2014.
- 27 [www.amass-project.eu](http://www.amass-project.eu), „What is AMASS?“, Stand 10.1.2017.
- 28 CORDIS (EU Community Research and Development Information Service): WIMAAS, Stand 10.1.2017.
- 29 Saur, G.; Estable, S.; Zielinski, K.; Knabe, S.; Teutsch, M.; Gabel, M.: *Detection and Classification of man-made Offshore Objects in TerraSAR-X and RapidEye Imagery: Selected Results of the DeMarine-DEKO Project*. In: *Institute of Electrical and Electronics Engineers IEEE: IEEE Oceans, 2011: conference; 6-9 June 2011, Santander, Spain*.
- 30 „Maritime Sicherheit“, *visIT [zivile Sicherheit]*, Fraunhofer IOSB 2012.
- 31 Ebd.
- 32 Fischer, Y. Bauer, A.: *Object-oriented sensor data fusion for wide maritime surveillance*, Paper für die Konferenz *WaterSide Security WSS 2010*.
- 33 „Maritime Sicherheit“, *visIT [zivile Sicherheit]*, Fraunhofer IOSB 2012.
- 34 Saur, G.; Estable, S.; Zielinski, K.; Knabe, S.; Teutsch, M.; Gabel, M.: *Detection and Classification of man-made Offshore Objects in TerraSAR-X and RapidEye Imagery: Selected Results of the DeMarine-DEKO Project*. In: *Institute of Electrical and Electronics Engineers IEEE: IEEE Oceans, 2011: conference; 6-9 June 2011, Santander, Spain*.
- 35 <https://ies.anthropomatik.kit.edu/mitarbeiter.php?person=deutsch>, Stand 16.01.2017.
- 36 <https://ies.anthropomatik.kit.edu/mitarbeiter.php?person=fischer>, Stand 16.01.2017.
- 37 Yvonne Fischer: *Wissensbasierte probabilistische Modellierung für die Situationsanalyse am Beispiel der maritimen Überwachung*, *Karlsruher Schriften zur Anthropomatik Band 23*, KIT Scientific Publishing (Print on Demand) 2016.
- 38 Fischer 2016, „Danksagung“.
- 39 „Interactive Maps for supporting Situation Awareness“, Fraunhofer IOSB: *Annual Report 2015/2016*.
- 40 <https://ies.anthropomatik.kit.edu/mitarbeiter.php?person=fischer>, Stand 16.01.2017.
- 41 <https://ies.anthropomatik.kit.edu/mitarbeiter.php>, Stand 16.01.2017.
- 42 Wissenschaftsrat 2007.

# Strukturwandel nutzen!

## Konversion von Rüstungsbetrieben ist kein Selbstläufer

von Andreas Seifert

Angesichts einer Debatte um Aufrüstung und die „Normalität“ von Auslandseinsätzen mag es anachronistisch wirken, eine aktive Konversionspolitik zu fordern, dennoch gibt es gute Gründe auch dieses Feld im Auge zu behalten. Konversionsdebatten können helfen, bereits gemachte Fehler nicht zu wiederholen und einen Wandel zu einer friedlichen Wirtschaft von Grund auf erfolgreich zu gestalten. Dies gilt insbesondere deshalb, da sich aktuell ein Strukturwandel in der Rüstungsindustrie vollzieht, der genutzt werden sollte, um Arbeitsplätze dauerhaft und unumkehrbar in den Bereich der zivilen Produktion zu überführen. Denn nur wenn diese Ziele verwirklicht werden, kann von einem erfolgreichen Konversionsprozess gesprochen werden.

Unter Konversion wird gemeinhin eine Umwandlung von militärischen Gütern, Flächen und Produktionen in zivile verstanden. Der Beitrag hier beschränkt sich auf die Diskussion der Konversion von Rüstungsbetrieben in zivile Betriebe und vernachlässigt die anderen beiden Bereiche.<sup>1</sup> Die Umwandlung eines Rüstungsbetriebes besteht, im Sinne einer Konversion, in der vollständigen Überführung der Produktion in eine zivile und grenzt sich damit von einer Diversifikation ab, die Teile der Produktion in zivile Bereiche überführt, aber andere weiter auf die Produktion militärischer Güter ausrichtet. Diversifikation, die Einführung weiterer ziviler Produkte in die Produktion, kann aber ein Schritt in die Richtung einer endgültigen Konversion darstellen.

Konversion, die Umwandlung eines Rüstungsunternehmens in einen Betrieb mit ziviler Produktion, ist keine neue Debatte – es gab sie bereits besonders ausgeprägt in zwei Phasen der jüngeren Geschichte, wobei die eine tatsächlich eine Konversion markierte, die zweite aber einen Strukturwandel, der unter dem Schlagwort Konversion versuchte, gesellschaftliche Potentiale zu wecken. Beide Phasen sind jedoch nur bedingt als erfolgreich im Sinne einer friedenspolitisch begrüßenswerten Konversion zu interpretieren, vielmehr zeigen sie beide auf, dass die massiven politischen und wirtschaftlichen Widerstände gegen eine „Zivilisierung“ der Wirtschaft nicht so leicht zu überwinden sind. Dazu lohnt es sich, eine verkürzte Bestandaufnahme zu machen.

### Staatliche und wirtschaftliche Interessen

Der Staat fördert die Rüstungsindustrie auf vielfache Weise, da er deren Produkte (Waffen, Munition, etc.) als eine Grundbedingung seiner Existenz begreift, ohne die jede Form „erfolgreicher“ Machtpolitik nahezu unmöglich ist. Autarkie im Bereich von Ausrüstung für die Armee wird von vielen Staaten als unumgänglich angesehen, um im Krisen-, Verteidigungs- oder Kriegsfall nicht auf andere angewiesen zu sein. Dabei ist das Wissen um die Technologie ebenso wichtig wie die Verfügbarkeit von Waffen selbst – auch Rüstungsforschung ist deshalb immer eng an die eigentliche Produktion gekoppelt. Staaten sind die einzigen Kunden der Rüstungsindustrie und die Debatten um Standorte sind immer auch über-

aus national geführte. So will diese nationale Politik sich „ihre“ Wehrtechnische Basis erhalten und ist deshalb bereit, die Unternehmensgewinne ggf. sogar künstlich hoch zu halten – mit Steuergeldern. Der Staat will Rüstung.

Rüstungsunternehmen haben ein zentrales Interesse, das sie mit vielen anderen Unternehmen eint: Profit. Rüstung ist dabei in besonderer Weise „lukrativ“. Lange Laufzeiten von Verträgen und damit gut planbare Auslastung der Betriebsstätten, kaum Hemmnisse, Kosten an den Auftraggeber (den Staat) weiterzuleiten und weitgehende Monopolstellungen (auf bestimmten Märkten) machen Rüstung zu einem lukrativen Geschäft. Staatliche Exportförderung, Beihilfen zur Forschung etc. sind weitere Anreize, in diesem Feld wirtschaftlich aktiv zu sein. In den Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung spielen Arbeitsplätze nur eine Rolle, indem sie für die Realisierung dieser Profite sorgen – sinkende Gewinne führen zu Rationalisierungen und Stellenabbau, nicht zwangsläufig zu neuen Produkten oder Diversifikationsstrategien. Ethische Bedenken spielen keine Rolle bei wirtschaftlichen Entscheidungen.

Rüstungsunternehmen und der Staat haben kein aktives Interesse an einer Konversion.

### Blick zurück – Konversion bisher

Der Blick in die Geschichte der Konversion in Deutschland und weltweit ergibt ein sehr durchmisches Bild von unterschiedlichen Ansätzen. Man kann nach 1945 zwei große Phasen differenzieren, in denen Konversion und auch die Debatte darüber eine wesentliche Rolle gespielt haben – einmal unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und einmal ab ca. Mitte der 1970er Jahre bis hinein in die 1990er Jahre. Beide Phasen haben zwar das Thema gemein, sind aber durch unterschiedliche Strukturen gekennzeichnet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann weltweit eine Welle, die auf Krieg ausgerichtete Industrie zurückzufahren. Einige der nur zeitweise auf dieses Feld fixierten Firmen konnten auf Produkte zurückgreifen, die sie schon vor dem Krieg herstellten – es waren sozusagen „zivile“ Firmen, die zur Kriegsproduktion verpflichtet wurden – andere wurden durch den Wegfall der staatlichen Aufträge gezwungen, sich einer zivilen Produktion zuzuwenden und haben diese Konversion im Rahmen einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung geschafft. Dabei gab es auch den Zwang zur Konversion durch die Siegermächte bei den Verlierern des Krieges, allen voran in Deutschland und



Konversion von Bombenhülsen zu Haushaltsgeräten. Quelle: Bundesarchiv via Wikipedia.

Japan. In Japan, wo die Fixierung auf das Zivile auch über die Verfassung abgesichert wurde, konnte dies die erneute Ausbildung einer nennenswerten Kriegsindustrie lange verzögern, und die Unterminierung (also die Ausweitung des Rüstungssektors) greift erst jetzt in großem Stil unter der Regierung Abe um sich.<sup>2</sup>

Es ist historisch interessant, dass die „erzwungene“ Konversion in Deutschland nach dem Krieg nur in Teilen gefruchtet hat. Mit Blick auf die Unternehmen zeigt sich, dass sich so manche „verdienten Köpfe“ der deutschen wehrtechnischen Industrie weggeduckt, bzw. munter weiter an ihren Produkten gearbeitet haben. Zerstörung, Demontage und Auflagen haben den Zeitpunkt verzögert, bis die deutsche Waffenindustrie die Produktion wieder aufgenommen hat. Einzelne Ingenieure haben Deutschland verlassen, um woanders an ihren Produkten zu arbeiten – im Dienste der Siegermächte, aber auch auf eigene Rechnung z.B. im faschistischen Spanien Francos. Im Zuge der Verfestigung des Kalten Krieges holte man sie zurück und ließ die Wiederbewaffnung zu einer Materialschlacht für die Hersteller werden. Lukrative, lang laufende Verträge haben auch deutsche Hersteller wieder nach vorn gebracht – sie konnten an die Produktionserfahrungen des Krieges anknüpfen.

Unternehmen, wie Heckler&Koch, deren Chefingenieur in Spanien an der Entwicklung des (späteren) G3 arbeitete, oder Claude Dornier, der in Spanien seine Flugzeuge montieren und weiter entwickeln ließ, kehrten an ihre alten Produktionsorte zurück, sobald die politischen Bedingungen dafür wieder gegeben waren. Die z.T. als Zwischenlösung hergestellten Güter – wie im Falle von Heckler&Koch die Produktion von Werkzeug- und Nähmaschinen sowie von Fahrrädern – wurden alsbald eingestellt. Hieraus kann man lernen, dass Diversifikation und Konversion umkehrbare Prozesse sein können.

Andererseits gab es natürlich auch positive Beispiele wie die 1950 von Claude Dorniers Sohn Peter auf einem Gelände des Flugzeugbauers gegründete Lindauer Dornier GmbH, die auch heute noch erfolgreich Webmaschinen produziert.<sup>3</sup> Wenn man so will, eine überaus geglückte Konversionsgeschichte.

Die Wiederbewaffnung der Bundeswehr hat das ökonomische Fundament für ein neuerliches Engagement in der Rüstung in Deutschland gelegt und die Gedanken an Konversion aus den Köpfen der Unternehmer verdrängt. Tendenzen der deutschen Verteidigungsminister, vor allem von Franz Josef Strauß, auch deutsche Rüstungsunternehmen besonders mit der Bewaffnung zu betrauen, verschafften der Industrie erneut die erhofften Gewinnmargen. Auch der Export war bald nach dem Krieg wieder ein Thema – unter dem Aspekt von Gewinnen aber auch oft, wie im Falle Israels, politisch motiviert. Hier zeigt sich, dass neben dem unternehmerischen Streben nach satten Gewinnen auch ein staatliches Interesse existiert, über eine eigene Rüstungsindustrie zu verfügen. Es ist der Staat, der hier auf Autonomie drängt und die nachteiligen Effekte auszugleichen bereit ist.

Erst die allgemein schrumpfenden Staatskassen der späteren 1970er Jahre haben die jüngeren Ansätze von Konversion hervorgebracht. Unternehmen der Rüstungsindustrie, die in mehreren Runden zu immer größeren Einheiten verschmolzen, versuchten Überkapazitäten abzubauen, bzw. wurden auch oft (von Gewerkschaftlern) zu Diversifikationsstrategien gedrängt, die eine totale Fixierung auf den Waffenmarkt lockern sollten. Rationalisierungen in der Produktion, Reduktion der Abnahme durch die staatlichen Auftraggeber, „bürokratische Hemmnisse“ beim Export und internationale Konkurrenz auf bestimmten Märkten, wie z.B. dem Schiffbau, ließen die

Rüstungsindustrie schon vor dem Fall der Mauer schrumpfen. Strukturwandel ist hierfür ein passender Begriff. Diese zweite Phase, die sich also mit dem abzeichnenden Ende der Ost-West-Konfrontation (also Bedarfsreduktion nach dem Ende des Kalten Krieges) und neuen Kriegstechnologien (höhere Spezialisierung, kleinere Waffen, weniger militärisches Personal) charakterisieren lässt, bedeutete für die betroffenen Firmen, neue Wege gehen zu müssen, um das Überleben zu sichern.

Den tiefen Einschnitt in die Rüstungsindustrie hat die Zeit der Wiedervereinigung erbracht. Der massive Abbau von Militärkapazitäten – die Reduktion der wiedervereinigten Armee auf 185.000 Mann und die damit verbundene drastische Reduktion von Panzern und anderem schweren Gerät in beiden deutschen Teilen hat ganz unmittelbar eine Reduktion der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie gebracht.

Der Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) hat in einer Studie von 2013 die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie auf 81.000 und die im engeren Bereich der Wehrindustrie auf rund 18.000 beziffert.<sup>4</sup> Das ist, gemessen an einer beliebigen Zahl aus den 1970er Jahren, noch gerade mal ein Viertel der ursprünglichen Arbeitsplätze.

Um bei der bereits erwähnten Firma Heckler&Koch zu bleiben, versuchte man auch dort dem drohenden Verfall entgegenzuwirken, indem man neue Felder erschloss: Der Werkzeugmaschinen- und Anlagenbau war ein solcher Versuch. Der Anlagenbauer, der sich natürlich auch auf die Schaffung und Ausrüstung von Waffenfabriken im Ausland stützen sollte, erschloss als Maschinenbauer auch neue Märkte mit zivilen Produkten. Wiederum auch ein Konversionsprojekt, das, nachdem Heckler&Koch von einem Investor gekauft wurde, 1993 schlicht abgestoßen wurde und heute unter dem Namen HK Präzisionstechnik eigenständig ist. Hier ist es gelungen, zumindest einen kleinen Teil der Belegschaft in einen zivilen Arbeitsbereich überzusiedeln. Die Hauptfirma ist als 100prozentiges Rüstungsunternehmen verblieben – eine durchaus auch mit dem Argument einer Bereinigung des Portfolios begründete Maßnahme. Im Laufe des Prozesses wurden mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze ersatzlos abgebaut.

Es war eine Zeit der Zunahme von Konversionsdebatten – unter dem Aspekt, wie die Arbeitsplätze erhalten werden können. Hier könnte man mit den Diskussionen Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er in Ulm um die „Konversion“ der AEG-Telefunken und deren spätere Teil-Integration in die DASA/Airbus bzw. Matra verfolgen, wie man mit vielen guten neuen Produktideen ein Überleben des Standortes sichern wollte. Man sollte dann aber auch einräumen, dass dies nur zu kleinen zivilen Produktlinien führte und weder den massiven Stellenabbau verhinderte, noch damit dauerhafte Lösungen geschaffen wurden. Auch solche Sparten sind längst eingestellt oder verlagert.

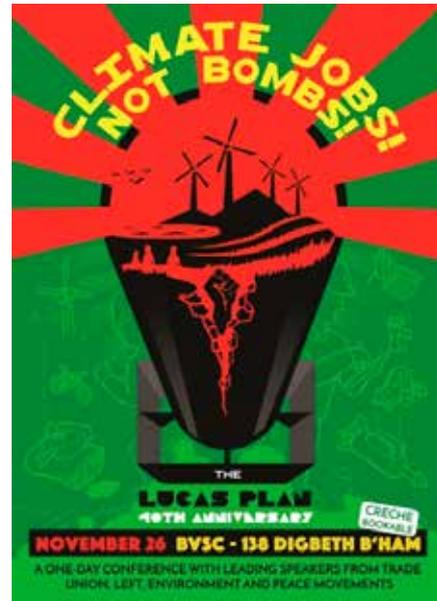
### Vorbild Lucas-Plan

Zum Vorbild haben sich viele die bereits Ende der 1970er Jahre im Vereinigten Königreich geführte Debatten um den sogenannten Lucas-Plan genommen.<sup>5</sup> Hier wurde erstmals der Versuch unternommen, ein von Stellenabbau bedrohtes Unternehmen mit einem von der Arbeiterschaft initiierten Konversionsplan zur nachhaltigen und friedlichen Produktion zu bewegen. Die Firma Lucas Aerospace sah sich damals dem technologischen und ökonomischen Druck ausgesetzt, fast die

Hälfte seiner Arbeitsplätze abzubauen. Lucas ist dabei keineswegs ein reines Rüstungsunternehmen gewesen. Die Arbeiterschaft initiierte einen Prozess, bei dem sie eine ganze Latte neuer Produkte vorschlug, die in Zukunft das Überleben der Firma sichern sollten – sogar mit entsprechenden Kostenrechnungen etc. Das Besondere an diesen Produkten war, dass man sie von vornherein am Nutzen für die Bevölkerung orientieren wollte – also „Nachhaltigkeit“ als zentrales Stichwort einführte. Der Plan wurde von der Unternehmensführung ignoriert, erregte aber international einige Aufmerksamkeit und befeuerte Debatten in der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung auch in Deutschland über die realistischen Chancen von Konversion.

Er scheiterte letztlich an der Ablehnung durch das Management und der mangelnden Bereitschaft der Regierung, Geld für die notwendige Produktentwicklung zur Verfügung zu stellen. Der Vorwurf, die Regierung zahle viel Geld für Rüstungsforschung und für entlassene Arbeiter, steuere aber keinen Cent zur Entwicklung nachhaltiger Produkte bei, ist dabei durchaus spannend. Die Initiatoren des Planes gingen letztlich davon aus, dass ein Unternehmen, das so sehr von staatlichen Aufträgen abhängt, wie ein Rüstungsunternehmen, im Rahmen des Strukturwandels besondere Berücksichtigung auch in der Vergabe staatlicher Gelder finden müsse. Diese Grundannahme prägt auch die Debatten an anderen Orten und wirkt heute bis tief in die Gewerkschaftsbewegung hinein.

Es gäbe noch eine andere, nicht weniger entmutigende Geschichte einer aktiven Konversionspolitik. Das Land Bremen war noch in den 1970er Jahren geprägt von einer großen Werftindustrie und seinem Hafen, und der Strukturwandel in diesen Bereichen hat Bremen hart getroffen. Da hiervon auch die militärisch orientierte Werftindustrie betroffen war, hat sich Bremen auf den Weg gemacht, diese Entwicklung als Konversionsprozess zu moderieren und auch als „nachhaltig“ zu gestalten. Geholfen hat dabei unter anderem ab 1990 die Bremer Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung, die – getragen von Kirchen, Parteien, Gewerkschaftlern und der Wissenschaft – versucht hat, auf die Firmen einzuwirken, in ihren Restrukturierungsprojekten Kriterien wie ökologische Nachhaltigkeit und Friedlichkeit zu berücksichtigen. Unternehmen bekamen in der Folge Geld aus einem staatlichen Fond (EU- und Bundesmittel), wenn ihre Umstrukturierungen die Umwandlung von Rüstungsarbeitsplätzen in zivile vorsahen. 25 Jahre und etliche Millionen Euro für notleidende Unternehmer später muss man allerdings festhalten, dass sich die Zahl der Rüstungsarbeitsplätze nicht wesentlich verändert hat – sie sind nur in anderen Bereichen als früher. Mit Atlas-Elektronik, Lürssen, Rheinmetall Defense Electronics, OHB-Systems und vor allem Airbus und anderen ist der Rüstungsbereich nach wie vor in Bremen vertreten.<sup>6</sup> Auch hier lässt sich also schwerlich von einer Erfolgsgeschichte sprechen. Man kann aber aus ihr lernen, dass staatliche Fördertöpfe kein Garant für das Gelingen von Konversion sind. Vielmehr zeigt sich, dass die unternehmerische Freiheit dazu führt, dass sehr wohl Fördertöpfe, wie in Bremen in Anspruch genommen werden, um kurzfristige Härten abzumildern, aber wenn sich dauerhaft keine entsprechenden Gewinne erzielen lassen, der Verkauf von Firmenteilen oder die Rückkehr zur ehemaligen Rüstungsproduktion das Mittel der Wahl sind. Selbst wenn man die Unternehmer dazu verpflichtet hat, in dem besagten Betrieb keine Rüstung mehr zu betreiben, so gilt das eben für diesen Betrieb und diesen Unternehmer – der nächste Investor oder ein anderes Gelände und schon sind diese Verpflichtungen vergessen.



Flyer zur Lucas-Plan-Konferenz in Birmingham am 26. November 2016. Quelle: [lucasplan.org.uk](http://lucasplan.org.uk)

Zusammenfassend:

- Konversion scheitert in erster Linie am unternehmerischen Selbstverständnis: nur wenn Unternehmer und Management Willens sind, einen Schritt in Richtung Konversion zu tun, hat diese Aussicht auf Erfolg.
- Konversion scheitert an politischen Rahmenbedingungen: höhere, sich stetig steigende Budgets und eine Politik, die in militärischem Engagement den einzig wahren Ausdruck ihres Willens zur Verantwortung erblickt, sind Gift für jeden Konversionsprozess.
- Konversion scheitert an den dadurch geschaffenen ökonomischen Rahmenbedingungen: sie machen es den Unternehmen leichter, am „Rüstungsmarkt“ zu bestehen als an anderen Märkten.
- Konversion scheitert an der Politik auch auf lokalem Level: Politiker setzen sich, zum Teil blind, für den Erhalt von Arbeitsplätzen ein, ohne Alternativen und langfristige Veränderungen zu prüfen.
- Nachhaltige Konversion bedeutet die Abkehr von Rüstungsproduktion: Diversifikation und Teilumstellung sind keine Garantie für eine dauerhaft reduzierte Rüstungsproduktion.

### Blick nach Vorn – Rüstungsmarkt der Zukunft

Die neuen Rüstungsmilliarden der Verteidigungsministerin werden auch unter deutschen Herstellern heiß begehrt sein. Allerdings ist in der „Agenda Rüstung“ durchaus vorgesehen, dass nicht alle Kapazitäten (Stichwort wehrtechnische Basis) in Deutschland als erhaltenswert gesehen werden und man sich vielleicht auch billiger im Ausland eindecken wird. Dies bedeutet, dass nicht der gesamte Etat hierzulande verteilt wird. Hinzu kommen die Pläne zur Konsolidierung des europäischen Rüstungsmarktes – durch Fusionen und Unternehmenszusammenschlüsse soll künftig „effizienter“, also günstiger und wettbewerbsfähiger (sprich: exportfähiger) produziert werden.

Beides wird trotz insgesamt höherer Gelder zu einer weiteren Reduktion der Stellen im Bereich der wehrtechnischen Industrie in Deutschland führen. Der bisher von der Branche angepeilte, sich ebenfalls vergrößernde, Markt der Sicherheitstechnik wird nicht alle diese wegfallenden Arbeitsplätze kompensieren. Je nach Standort, je nach Produkt wird es also auf



Illustration der Rüstungskonversions-Konferenz am 12.11.2016 in München. Quelle: die-linke-bayern.de.

dem bekannten Wege der „Marktbereinigung“ zum Abbau von Arbeitsplätzen kommen – das ist dann keine Konversion.

Neue Technologien werden Firmen auf den (wehrtechnischen) Markt spülen, die heute noch nicht als Rüstungsfirmen wahrgenommen werden. Auch bisher zivile Unternehmen werden in ihrer Diversifikation durchaus auch für die Rüstung oder die Bundeswehr produzieren. Es sind vorerst vielleicht kleine innovative Unternehmen mit sehr eingeschränkten Produktpaletten, die „nur“ die großen Systemhersteller beliefern. Ihre Innovationen verändern die Kriegs- und Waffentechnologien und tragen mit dazu bei, dass sich die uns bekannten Rüstungsarbeitsplätze von einer Branche in die nächste verschieben.

Es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, jungen Startups ethische Kriterien mit auf den Weg zu geben, die das Abdriften in den Rüstungsbereich verhindern. Selbstverpflichtungen von jungen UnternehmerInnen und die Beschränkung von (staatlichen) Starthilfen für zivil ausgerichtete Geschäftsideen sind adäquate Mittel hierzu. Nur wenn es gelingt, ein friedliches Selbstverständnis neuer Unternehmen zu fördern und zu etablieren, gelingt es auch, Rüstung zu begegnen. Angesichts vieler Ausgründungen aus Universitäten und Fachhochschulen sollte auch der Bereich der Forschung immer im Blick friedlicher Strategien sein.<sup>7</sup> Wettbewerbe, die darauf abzielen, neue technologische Potentiale zu wecken und ihre militärische Verwertbarkeit abzuschätzen, sind mit Skepsis zu begegnen.

Konversion muss gefordert werden um darauf hinzuweisen, dass die Verschwendung von Steuergeldern für eine Rüstungsindustrie in Deutschland doppelter Natur ist: Sowohl im Hinblick auf ihre ungeheuerliche Ineffektivität und die Unternehmensgewinne als auch, weil fähige und innovative Mitarbeiter in den Firmen gebunden werden, die an anderer Stelle der Gesellschaft etwas Positives bewirken können, als in maroden Firmenstrukturen auf die nächste Marktbereinigung zu warten. Lieber viele gut bezahlte Stellen in zivilen Betrieben, als wenige hochbezahlte in der Rüstungsindustrie. Konversion muss gefordert werden, weil sie eine Alternative zum schlichten Abbau von Arbeitsplätzen darstellt und die Auseinandersetzung mit zukunftsweisenden Unternehmenskonzepten bedeutet.

Produktdiversifikation ist ein probates Mittel, dem Abbau von Arbeitsplätzen aktiv zu begegnen – aber vielleicht aus friedenspolitischer Perspektive ein zweischneidiges Schwert. Die starke gewerkschaftliche Forderung nach solchen Strategien<sup>8</sup>, immer begleitet von der Forderung nach staatlicher Förderung, übersieht dabei die grundlegenden Mechanismen der Unternehmen, sich am lukrativsten Markt zu orientieren. Werden z.B. mehr Motoren für Traktoren nachgefragt, werden diese produziert, werden erneut mehr Motoren für Panzer nachgefragt, werden diese produziert.

Diversifikation ist dennoch eines der wenigen Mittel, das den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften zur Verfügung steht, in ihren Betrieben der ethisch bedenklichen Rüstungsproduktion zu begegnen. Es ist der erste Schritt, der hin zu einer

„Zivilisierung“ des Unternehmens führen kann. Dabei sollte darauf geachtet werden, möglichst viele Arbeitsplätze in einen solchen Prozess mit einzubeziehen und diesen so dauerhaft wie möglich zu gestalten.

## Konversion beginnt mit einer friedlichen Politik

Bei all dem sollte aber zudem nicht vergessen werden, dass die Bedingungen geschaffen werden müssen, damit Konversion funktionieren kann. Das heißt der Frieden und auch friedliche Konfliktlösungen müssen oben auf die politische Agenda gesetzt werden – mit dem Ziel der Verringerung des Wehretats und nicht seiner Ausweitung. Politisch brauchen wir eine Abrüstungsdebatte.

Der anstehende Strukturwandel in der Rüstungsbranche sollte genutzt werden, Kapazitäten in den großen Rüstungsfirmen abzubauen und die zivilen Unternehmen zu stärken. Staatliche Fördergelder sollten Strukturen vorbehalten bleiben, bei denen zivile Unternehmen entstehen und nicht dazu verwendet werden, Gewinnaufschläge zu kompensieren und umkehrbare Konversionsprozesse zu finanzieren.

## Anmerkungen

- 1 Die Flächenkonversion im Nachgang der Reduktion der Standorte der Bundeswehr konnte teils durchaus erfolgreich gestaltet werden, siehe hierzu beispielhaft: Claudia Haydt, Konversion: Was kommt nach der Bundeswehr?, in: Ausdruck 6/2011, S.11-12. Die Konversion von Rüstungsgütern hat unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eine Rolle gespielt, als z.B. der Mangel an Töpfen und anderen Küchengeräten mit einer Umwandlung nun überflüssig gewordener Stahlhelme abgefangen werden konnte – die Konversion von Panzern hat sich dagegen als weniger erfolgreich entpuppt, siehe hierzu mit einigen Bildbeispielen den kuriosen Eintrag bei Wikipedia zu „Rüstungskonversion“ vom Stand 9.12.2016.
- 2 Der Premier Shinzō Abe arbeitet seit Jahren an der Aufweichung des Artikels 9 der japanischen Verfassung, der die zivile Ausrichtung Japans regelt und die Aufstellung einer Armee unterbindet. Die japanischen Selbstverteidigungskräfte unterliegen vielfältigen Limitierungen. Als einen möglichen Weg, Einsatzfähigkeit und technologische Standards der Armee zu erhöhen, befördert Abe den bewussten Ausbau des Rüstungssektors unter anderem mit der Lockerung bestehender Exportverbote. Es ist dies ein Aspekt der Militarisierung Japans. Siehe hierzu auch Eiichi Kido, Wird Japan zum Kriegsstaat?, in Ausdruck 6/2016, S.22-27 und ders. Japan: 70 Jahre nach Kriegsende, in: Ausdruck 5/2015, S.29-33.
- 3 Die Firma war noch bis zur Fusion mit der DASA in den 1980ern formal Bestandteil des Familienbesitzes und damit auch Bestandteil des militärisch ausgerichteten Dornier-Konzerns und wurde erst dann durch einen Aktientausch vollständig eigenständig.
- 4 Die Studie wurde inzwischen von der Homepage des BDSV (bdsv.eu) entfernt. Siehe den IMI-Bericht hierzu in Ausdruck 1/2013.
- 5 Der Plan aus dem Jahr 1976 wird noch heute als Vorbild benannt und mit einer Konferenz wurde ihm ehrenvoll gedacht. Die Webseite <http://lucasplan.org.uk/> hält neben dem Plan selbst weitere Informationen zum Thema Konversion bereit.
- 6 Einen erschreckenden Blick auf die nun vorhandene Industrielandschaft und über den bremsenden Konversionsprozess bietet der Reader „Rüstungsstandort an der Weser – Produktion, Forschung und Perspektiven“ aus dem Jahr 2012 ([http://www.bremerfriedensforum.de/pdf/Broschuere\\_gesamt.pdf](http://www.bremerfriedensforum.de/pdf/Broschuere_gesamt.pdf))
- 7 Die Durchsetzung von Zivilklauseln an allen Hochschulen ist hier ein erster und notwendiger Schritt.
- 8 Z.B. als gutes Beispiel die Zusammenfassung von Anne Rieger, Weniger Rüstung durch Konversion, in: Friedensjournal 2/2015, S.12-13.

# Deutsche Rüstungsexporte Brandbeschleuniger für Konfliktgebiete

von Claudia Haydt und Jürgen Wagner

Bei den deutschen Rüstungsexporten sind offensichtlich alle Dämme gebrochen. Am 30. November 2016 wurde bekannt, dass der Bundessicherheitsrat in seiner letzten Sitzung Rüstungsexporte in Krisengebiete in Milliardenhöhe genehmigt hatte. Allein nach Algerien wurde ein umfangreiches Arsenal genehmigt: eine weitere Fregatte, 4 Bordhubschrauber, 234 Waffenstationen für schon zuvor gelieferte Fuchspanzer sowie 474 Militär-LKW. Dazu kommen hunderte von Maschinengewehren an Indonesien, mit im Paket: eine halbe Million Patronen. Es wurde Lieferungen an diverse Golfstaaten genehmigt, dazu gehören 41.644 „Artilleriemultifunktionszünder“, die dann in Frankreich zum fertigen „Produkt“ zusammengesetzt und von dort exportiert werden. Diese Zusammenarbeit mehrerer europäischer Staaten bei der Rüstungsproduktion und beim Export senkt offensichtlich in der Praxis die Hürden in der Genehmigungspraxis deutlich.

Die Rüstungsunternehmen, deren Börsenkurse bereits nach der Wahl von Donald Trump nach oben schnellten, können sich auf kräftige Gewinne freuen. Zu den jüngsten Profiteuren gehören unter anderem ThyssenKrupp Marine Systems, Heckler&Koch und Rheinmetall Defence.

Diese Entscheidung ist Teil einer schon länger anhaltenden Entwicklung in Richtung steigender Waffenproduktion und steigender Exporte. Die Anfang des Jahres bekannt gegebenen Werte für das Jahr 2016 ergaben den zweithöchsten Stand an Einzelgenehmigungen aller Zeiten: 6,88 Mrd. Euro. Auch bei den Genehmigungen für Kleinwaffenexporte gibt es keinen Lichtblick: Sie stiegen von 32 Millionen Euro 2015 auf 47 Millionen 2016 deutlich an.

Was die Nachfrage an Munition anbelangt, liegen bislang nur die Zahlen für das erste Halbjahr 2016 vor, die aber auf eine starke Nachfrage hindeuten, die auch bedient wird. Die Nachfrage nach neuer Munition kommt – wenig überraschend – insbesondere aus aktuellen Krisenregionen. So kletterte die Türkei in der Rangliste der Abnehmerländer für Munition im ersten Halbjahr 2016 von Platz 25 auf Platz 8. Angesichts des Bürgerkrieges, den die türkische Armee gegen kurdische Bevölkerungsgruppen im eigenen Land führt, und der Interventionen in Syrien und im Irak ist zwar verständlich, warum in der Türkei die Munition knapp wird; es ist aber vollständig inakzeptabel, dass die Bundesregierung mit Munitionslieferungen die Konflikte in der Region noch befeuert.

Die rechtlichen Vorgaben für Rüstungsexporte aus Deutschland sind restriktiv, zumindest dem Wortlaut der relevanten Gesetze nach. Rüstungsexporte in Spannungsgebiete sind nicht zulässig – es sei denn, die Bundesregierung beschließt explizit eine Ausnahme, weil es in ihrem „sicherheitspolitischen Interesse“ liegt. Welche Abwägungen hierbei genau getroffen werden, erläutert die Bundesregierung nie, denn das zuständige Gremium, der Bundessicherheitsrat, tagt unter absoluter Geheimhaltung. Vieles spricht dafür, dass es der Bundesregierung bei den Exportentscheidungen um geostrategische Erwägungen geht, also um den Versuch, Verbündete unabhängig davon, wie reaktionär oder antidemokratisch sie sind, zu stärken und darüber Einfluss

in wichtigen Regionen zu gewinnen.

Fakt ist jedoch, dass aus dieser „Ausnahme“ in der Zwischenzeit längst die Regel geworden ist. Im Jahr 2016 stehen zum Beispiel die Vereinigten Arabischen Emirate auf Platz 9 der Empfängerländer (86 Mio.). Auf Platz 6 befindet

sich Südkorea, das zusammen mit USA und Japan in der Pazifikregion die Aufrüstungsspirale massiv weiterdreht. Die Lieferung von Bauteilen für U-Boote, Kampfpanzer und Kampfschiffe im Wert von 200 Millionen trägt sicher nicht zur Deeskalation auf der koreanischen Halbinsel bei und befeuert das Wettrüsten und die Spannungen mit dem Norden weiter. Die Lieferungen an das drittplatzierte Saudi-Arabien (über eine halbe Milliarde) besteht unter anderem aus Hubschraubern und diversem militärischen Bodengerät. Saudi-Arabien führt mit aller Härte Krieg gegen den Jemen, destabilisiert durch die Weitergabe von Waffen an unterschiedliche Gruppen von Milizen die ganze Region und setzten Waffen wiederholt gegen demokratische Proteste im eigenen Land und in Nachbarländern ein. Den Spitzenplatz unter den Abnehmern nimmt Algerien ein, das für über eine Milliarde Euro Rüstungsgüter kaufte. Dazu gehören eine Fregatte, Flugabwehrsysteme und Torpedos. Auch wenn Lieferungen an EU- und NATO-Partner formal kein Genehmigungsproblem sind, fällt es doch schwer, die Lieferungen an die USA für etwa über eine Milliarde (Platz 2) als unbedenklich einzustufen.

Eines ist klar: Das Versprechen einer deutlich restriktiven Exportpolitik, mit dem die SPD vor drei Jahren in den Wahlkampf gezogen ist, wurde auf ganzer Linie gebrochen. Die von Sigmar Gabriel vollmundig angekündigte Kommission zur Überprüfung der deutschen Rüstungsexportpolitik lässt weiter auf sich warten – nach dessen Wechsel ins Außenministerium wohl bis zum St. Nimmerleinstag. Die deutsche Rüstungsexportpolitik ist aktive globale Destabilisierungspolitik. Lediglich die Tatsache, dass wir nun früher über diese Missstände informiert sind, kann als kleiner Fortschritt betrachtet werden. Den bitteren Beigeschmack, dieses „Fortschritts“ werden wir wohl nur dann los, wenn wir den Fokus nicht mehr auf Exportkontrolle, sondern auf den Ausstieg aus der Rüstungsproduktion legen. Solange die Waffen produziert werden, finden sie offensichtlich früher oder später immer ihren Weg in die nächsten Kriege.

**Rüstungsexporte: Einzelgenehmigungen in Mio. Euro**

Jahr	Gesamt	Drittländer
2004	3.807	1.655
2005	4.216	1.151
2006	4.189	1.230
2007	3.668	3.141
2008	5.788	2.492
2009	5.043	1.383
2010	4.754	2.298
2011	5.414	2.298
2012	4.704	2.604
2013	5.846	3.606
2014	3.974	2.404
2015	7.500	4.621
2016	6.880	3.690

# Ein Dambruch

## Abschiebungen in Einsatzgebiete der Bundeswehr

von Christoph Marischka

**Heute Afghanistan:** Mitte Dezember 2016 begannen die ersten Sammelabschiebungen nach Afghanistan. Betroffen waren vom ersten Flug 34 Asylbewerber\_innen aus den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg und dem Saarland. Sie wurden mit einer eigens hierfür gecharterten Maschine von Frankfurt nach Kabul gebracht und sind dort von der Flughafenpolizei und Personal der International Organisation for Migration (IOM) in „Empfang“ genommen worden.

Vielleicht war das der Moment, in dem das Asylrecht in Deutschland vollends seine Wirkung verloren hat. Denn in Afghanistan ist die Lage alles andere als sicher: Die Taliban erobern immer weitere Gebiete zurück, auch der IS/Daesh macht sich breit. Bekämpft werden sie von den vom Ausland finanzierten Afghan National Security and Defence Forces (ANSDF), ausgebildet und koordiniert von westlichen Militärs – darunter die Bundeswehr – und unterstützt von ausländischen Spezialeinheiten. Laut übereinstimmender Einschätzung von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International hat sich die Lage seit Anfang 2015 deutlich verschlechtert, nach Angaben der UN ist für 2016 mit mehr zivilen Opfern zu rechnen als je zuvor. Unter den Abgeschobenen waren auch Angehörige von Minderheiten. Im grün regierten Baden-Württemberg wurde ein Konflikt mit dem Koalitionspartner CDU inszeniert. Im letzten Moment wurde ein afghanischer Christ von der Liste der Abzuschiebenden gestrichen, angeblich auf Initiative der Grünen: „Verstehen kann ich es nicht, wie der Innenminister und der Landesvorsitzende einer Partei mit dem C im Parteinamen zehn Tage vor Weihnachten einen Christen nach Kabul abschiebt“, so ein Grünen-Politiker. Andere Personen aus Baden-Württemberg wurden jedoch schonungslos ins Flugzeug gesetzt.

**Zuvor Kosovo:** Tatsächlich dürfte die Positionierung der Grünen in Baden-Württemberg entscheidend für die aktuelle Trendwende in der Abschiebepolitik sein, mit der Populismus und Rechtsnihilismus an die Stelle getreten sind, wo einst ein Grundrecht auf Asyl bestand und internationales Recht seiner Wirkung beraubt wird. Schon während der sog. „Flüchtlingskrise“ hatten die Grünen in Baden-Württemberg Zustimmung zur Einstufung des Kosovo als „sicherem“ Drittland signalisiert – während ihre KollegInnen auf Bundesebene bis auf zwei Ausnahmen zuletzt am 23. Juni 2016 der Verlängerung



Demonstration gegen die Münchener Sicherheitskonferenz 2014. Quelle: Metropolico.org via Flickr.

des Bundeswehreinsetzes im Kosovo zustimmten. In dem Antrag zur Mandatsverlängerung heißt es: „Die internationale Truppenpräsenz KFOR bleibt jedoch zur Aufrechterhaltung eines sicheren und stabilen Umfelds und der Sicherstellung der Bewegungsfreiheit insbesondere im Norden erforderlich.“ Das Mandat umfasst 1.350 deutsche Kräfte, darunter über 500, die zum deutsch-österreichischen Reservebataillon gehören, das bei Eskalation der Lage kurzfristig und robust eingreifen soll.

**Jetzt auch noch Mali:** Menschen in Länder abzuschieben, in denen Krieg herrscht und wo die Bundeswehr selbst mitkämpft, soll zukünftig offenbar zur Regel werden. So bemühen sich gerade mehrere Mitgliedsstaaten auf Ebene der EU um ein Abkommen mit Mali, das neben einer verstärkten Bekämpfung des Schlepperwesens vor allem die einfachere Abschiebung von Menschen nach Mali vorsieht. Quasi zeitgleich kündigte die Bundesregierung an, die bereits etwa eintausend deutschen Kräfte in Mali um weitere 350 zu verstärken. Die Aufstockung beinhaltet im Wesentlichen Kampf- und Rettungshubschrauber für die im Norden des Landes kämpfenden Truppen. Die militärischen Evakuierungshubschrauber, die offenbar im Verbund mit den Kampfhubschraubern zum Einsatz kommen sollen, um Verwundete auch aus noch anhaltenden Gefechten zu bergen, gelten als zentral für die Ausweitung des Aktionsradius der deutschen Truppen im Norden: In der kaum erschlossenen Wüstengegend, in der die Truppen der MINUSMA keine Kontrolle ausüben, gilt die Rettungskette, also die schnelle Evakuierung Verwundeter, als zentral. Denn in Mali handelt es sich um den gegenwärtig robustesten und gefährlichsten Einsatz der Bundeswehr. Weit über 100 Angehörige der MINUSMA-Mission, zu der auch 650 der in Mali eingesetzten Kräfte der Bundeswehr zählen, wurden bereits getötet. Gepanzerte Fahrzeuge der Bundeswehr waren bereits an Gefechten beteiligt, auch das deutsche Feldlager bei Gao, Camp Castor, wurde bereits angegriffen. Der angrenzende Flughafen wurde Ende November 2016 durch einen Anschlag schwer beschädigt und außer Betrieb gesetzt. Die regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) beschreibt die Sicherheitslage im Norden ungeschminkt: „Von Ende 2015 bis September 2016 kam es zu 52 Anschlägen auf MINUSMA; dabei starben 30 Menschen. 52 Todesopfer gab es zwischen Juni und September bei Attacken auf die Armee. Die fünf Regionen des Nordens – Timbuktu, Gao, Kidal, Ménaka, Taoudéni – werden weiter von bewaffneten Gruppen ... kontrolliert... Staatliche Akteure sind bislang nicht in den Norden zurückgekehrt.“

Die Regierung, mit der in Bamako das Abkommen über Rückführungen unterzeichnet wurde, hat also über große Teile des Landes überhaupt keine Kontrolle. Doch selbst im Zentrum und im häufig als „sicher“ bezeichneten Süden wird die Lage immer schlimmer. Noch einmal die SWP: „Alarmierender ist die Tatsache, dass Rechtlosigkeit und Gewalt in Zentral-Mali Fuß gefasst haben. Wo staatliche Präsenz hier überhaupt existiert, ist sie weitgehend symbolisch und auf urbane Zentren beschränkt. Auch im Süden breitet sich Unsicherheit aus... Ausläufer der Krise erreichen auch Nachbarstaaten.“ Dessen ungeachtet hat die Bundesregierung am 6.1.2017 Amadou Ba und Mamadou Drame trotz heftiger Proteste in Deutschland und Mali nach Bamako abgeschoben. Weitere Abschiebungen nach Mali sind geplant.

# Bundeswehr: Der neue Werbefeldzug

## Analyse der „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne und der YouTube-Doku-Serie „Die Rekruten“

von Michael Schulze von Glasfer

Die „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne der Bundeswehr und die YouTube-Serie „Die Rekruten“ setzen seit November 2015 sowohl quantitativ als auch qualitativ neue Maßstäbe bei der Nachwuchswerbung und Öffentlichkeitsarbeit der Armee. Die Auswertung dieser Kampagnen zeigt, dass sie für die Öffentlichkeitsarbeit und zur Nachwuchswerbung ein fahrlässig verzerrtes Bild von der Bundeswehr zeichnen. Die Armee präsentiert sich jungen Leuten als Abenteuerspielplatz mit dem Versprechen zur Selbstverwirklichung. Allgemein wird die Bundeswehr in der Öffentlichkeit im Dienst für „das Gute“ in der Welt gezeigt. Gefahren und Probleme des Soldatenberufs sowie die Interessen deutscher Außen- und Militärpolitik werden dabei systematisch ausgeblendet.

### 1. Ausgangssituation – Rekrutierungs- und Imageprobleme

Die Bundeswehr hat ein Problem. Ihr fehlt der Nachwuchs. Von Januar bis November 2016 waren durchschnittlich nur 9.686 „Freiwillig Wehrdienstleistende“ in der Truppe – eine Zahl, weit entfernt von den 15.000 neuen Rekrutinnen und Rekruten, die für die Bundeswehr das jährliche Optimum darstellen würden. Und so wurde auch das Ziel, am Jahresende 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten vorzuweisen, knapp verfehlt.<sup>1</sup> Das Rekrutierungsproblem wird sich zudem wohl allein schon deshalb weiter verschärfen, da geplant ist, die Bundeswehr unter dem Begriff „Trendwende Personal“ wieder zu vergrößern. Dabei sucht die Armee nicht nur für die Reihen der Mannschaftsdienstgrade neuen Nachwuchs, sondern benötigt vor allem Fachkräfte: Es mangelt vor allem an Ärzten, Psychologen und IT-Kräften. Zudem beklagt die Bundeswehr eine hohe Abbrecherquote junger Rekrutinnen und Rekruten.<sup>2</sup> Wie groß die Nachwuchssorgen der Bundeswehr sind, konnte erst kürzlich in zahlreichen Artikeln über die Ankündigung von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die Truppe in Zukunft auch für Menschen ohne Schulabschluss, ältere Bewerber ab 30 Jahren sowie Menschen ohne deutschen Pass zu öffnen, gelesen werden.<sup>3</sup>

Aber die Bundeswehr hat auch noch ein zweites großes Problem: Ihr mangelt es an Zustimmung für ihre Einsätze. Die regierende Politik versucht schon seit Jahren massiv, die deutsche Bevölkerung für eine militärische Außenpolitik zu gewinnen. Zwar genießt die Armee in der deutschen Bevölkerung ein grundlegendes Vertrauen, bei den Einsätzen der Armee sieht es aber nicht so eindeutig aus. Nur ernsthafte Gründe bewegen die Bevölkerung zur Zustimmung zu Militäreinsätzen: 87 Prozent hielten laut der Umfrage einen Einsatz deutscher Truppen im Ausland sehr wohl für gerechtfertigt, wenn es eine direkte Bedrohung von Frieden und Sicherheit in Europa geben sollte.<sup>4</sup> 82 Prozent fänden einen deutschen Militäreinsatz richtig, wenn dies einen Völkermord verhindern würde. Beides hat aber mit den offiziellen Begründungen der Bundesregierung nichts zu tun, die Militäreinsätze u.a. aus Gründen der Bündnispolitik (Syrien), der Terrorismusbekämpfung (Mali) und zur Stabili-

sierung (Kosovo) durchführt – von den nicht oder nur selten öffentlich kolportierten Gründen wie Rohstoffsicherung ganz zu schweigen.

Bei der seit November 2015 laufenden Werbeoffensive der Bundeswehr geht es also sowohl darum, direkt neuen Nachwuchs für die Truppe zu gewinnen, als auch darum, das Image der Bundeswehr zu verbessern, um die Bevölkerung für die von der Bundesregierung forcierte aktive Militärpolitik zu gewinnen. Dazu lässt das Verteidigungsministerium an der „Heimatfront“ eine in diesem Umfang noch nie dagewesene PR-Kampagne durchführen.

### 2. „Mach, was wirklich zählt“ – Tarnen und Täuschen

Der Slogan der von der Düsseldorfer PR-Agentur „Castenow Communications GmbH“ erdachten Kampagne lautet: „Mach, was wirklich zählt“. „Castenow“ wurde 1992 gegründet, Geschäftsführer sind Dieter Castenow (auch Inhaber), Sabine Castenow sowie Hubert Hundt. Laut Eigenangaben ist „Castenow“ mit seinen 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern heute „eine der erfolgreichsten Employer Branding Agenturen in Deutschland“.<sup>5</sup> Zu den Kundinnen und Kunden der Agentur



Nah dem Hauptbahnhof von Hannover hing im November 2015 ein riesiges Bundeswehr-Transparent.  
Foto: Ralf Buchterkirchen.

gehören etwa der Lebensmittelhändler „Rewe“, das Fast-Food-Unternehmen „McDonalds“, der Fernsehsender „Super RTL“, das Finanzunternehmen „Targobank“ sowie der Buchhändler „Thalia“ – und seit 2015 auch die Bundeswehr, wie „Castenow“ auf seiner Website feierlich verkündete: „Dieser Etatgewinn ist ein ganz besonderer Meilenstein auf unserem Weg zu Deutschlands führender Agentur für Arbeitgeber-Markenführung“, so „Castenow“-Chef-Strategie Hubert Hundt.<sup>6</sup>

Die kreativen Köpfe hinter der „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne scheinen den Ernst hinter dem Soldatenberuf nur schwer zu fassen (oder blenden ihn absichtlich aus). Am 23. Oktober 2016 postete „Castenow“ auf seiner Facebook-Seite zum damals baldigen Start von „Die Rekruten“: „Nächste Woche startet unsere krasse Reality Serie für die Bundeswehr. Riesendank ans ganze Team, alle Unterstützer und einen genialen Kunden.“ Damit scheinen die „Castenow“-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein ähnlich zweifelhaftes Verhältnis zu ihrer Werbung für die Bundeswehr zu haben wie „Zenithmedia“, eine der vorherigen PR-Agenturen der Bundeswehr.<sup>7</sup> Von der PR-Branche wird „Castenow“ für die Bundeswehr-Kampagne mit Preisen überhäuft<sup>8</sup>: Für das zur Kampagne gehörende „Projekt Digitale Kräfte“ bekam man den „Human Resources Excellence“-Award 2016 in der Kategorie „Recruiting-Kampagne“.<sup>9</sup> Bei den „PR Report Awards 2016“ gewann „Castenow“ mit der „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne in der Kategorie „Employer Branding“ und mit dem „Grand Slam“ auch den „Gesamtpreis“.<sup>10</sup>

Das Verteidigungsministerium teilte über die Adressaten der „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne mit: „Kernzielgruppe der Kampagne sind 17- bis 35-Jährige. Des Weiteren sollen aber auch die allgemeine Öffentlichkeit sowie alle Angehörigen der Bundeswehr erreicht werden.“<sup>11</sup> Allein 2015 waren für die Kampagne mindestens 10,6 Millionen Euro aus dem Verteidigungsetat veranschlagt.<sup>12</sup> Nach einer „Mach, was wirklich zählt“-Einstiegskampagne, die im Februar 2016 endete, schlossen sich danach bisher (Stand Januar 2017) drei Unterkampagnen an.

## 2.1 Werbeoffensive: Die Einstiegskampagne

Den Kampagnenstart erläuterte „Castenow“-Geschäftsführer Hubert Hundt auf der Seite der Agentur: „Zum Auftakt der Bundeswehr Arbeitgeberkampagne wird zunächst das Thema Sinnstiftung im Mittelpunkt stehen. Mit provokanten Denkanstößen über Sinn und Vorurteile in unserer Gesellschaft und Arbeitswelt. In einer zweiten Phase fokussiert die Kampagne dann mehr und mehr das Thema Qualifizierung, indem sie die vielfältigen Berufe und Entwicklungsmöglichkeiten bei der Bundeswehr sprichwörtlich enttarnt.“<sup>13</sup>

Transportiert wurden die Aussagen auf über 30.000 großen Werbeplakaten im öffentlichen Raum, fünf Millionen vor allem in Cafés und Diskotheken und Nachclubs ausliegenden Postkarten, Anzeigen in Print-Medien und dem Internet sowie Spots im Fernsehen. Die Kampagne zeichnet sich durch ein einheitliches Motiv-Layout aus Dreiecken in verschiedenen Olivtönen und markante Sprüche aus, wie etwa: „Bei uns geht es ums Weiterkommen. Nicht nur ums Stillstehen.“, „Wahre Stärke findest du nicht zwischen zwei Hanteln.“, „Nur wenn du deine Grenzen suchst, kannst du deine Stärken finden“, „Nach der Schule liegt dir die Welt zu Füßen. Mach sie sicherer.“, „Wie weit kannst du kommen, wenn du an dein Limit gehst?“ – manche der Sprüche waren auch mit passenden Fotos unterlegt. An elf exponierten Orten, wie beispielsweise hinter dem

Hauptbahnhof von Hannover, warb die Bundeswehr auch mit riesigen – etwa 10 mal 20 Meter großen – Gerüstbannern: „Grünzeug ist auch gesund für deine Karriere“, hieß es darauf beispielsweise. In Dresden fährt eine Straßenbahn im Design der „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne und wirbt für den Dienst an der Waffe. Zum Jahrestag der Gründung der deutschen Armee platzierte „Castenow“ ganzseitige Werbeanzeigen in nahezu allen bundesweiten Tageszeitungen. Selbst auf Protest-Aktionen war die Bundeswehr mit einem Plakat-Spruch vorbereitet: „Wir kämpfen auch dafür, dass du gegen uns sein kannst“.<sup>14</sup> Die Werbemaßnahmen im Rahmen der „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne verweisen dabei alle auf die neue Rekrutierungswebsite der Armee: [www.machwaswirklichzaehlt.de](http://www.machwaswirklichzaehlt.de). Im Zeitraum vom 2. November 2015 bis zum 31. Dezember 2015 gab es laut Verteidigungsministerium 830.000 Zugriffe auf die Website, womit man sich sehr zufrieden zeigte.<sup>15</sup> Die „Mach, was wirklich zählt“-Einstiegskampagne endete im Februar 2016 – doch schlossen sich danach bisher (Stand Januar 2017) drei Unterkampagnen an.

## 2.2 IT-Krieger: Projekt Digitale Kräfte

Mit dem „Projekt Digitale Kräfte“ suchte die Bundeswehr neue Informatikerinnen und Informatiker – beispielsweise mit einer kostenlosen „Netzwerk-Party“ vom 30. März bis 1. April 2016 beim „Führungsunterstützungsbataillon 381“ im brandenburgischen Storkow, bei der das populäre Strategie-Videospiel „Command & Conquer“ gespielt wurde. Zum Ablauf der IT-Kampagne schrieb die Armee im März 2016: „Die Bundeswehr wirbt mit einer zweistufigen Kampagne. Mit selbstbewussten Statements zu digitalen Themen im Bundeswehr-Kontext wird das ‚Projekt Digitale Kräfte‘ bundesweit über Print- und Onlinemedien in der ersten Phase sichtbar. In der zweiten stehen einzelne Angehörige der Bundeswehr und ihre IT-Projekte im Mittelpunkt – von der IT im Einsatz über die Administration bis zur Forschung und Entwicklung. Die Anzeigenmotive erscheinen auf Großflächenplakaten z. B. an Ausbildungsstätten und in digitalen Medien, die für die Zielgruppe spannend sind.“<sup>16</sup>

Im Detail bestand die auf 60 Tage angelegte Kampagne aus Anzeigen in 25 Printtiteln, Werbung auf 45 Online-Seiten sowie Großplakaten an knapp 18.000 Plakat-Flächen. Auch auf YouTube und Facebook wurde geworben. Den Auftakt machten Plakate im Umfeld der IT-Messe CeBIT in Hannover.<sup>17</sup> Allerdings – und das verschweigt die IT-Kampagne mit ihren Sprüchen wie „Wie verteidigt du dein Schiff gegen digitale Angriffswellen“ und „Wie können wir Kriegstreiber im Netz deinstallieren?“ – geht es bei den neuen Cyber-Kräften der Bundeswehr nicht nur darum, anfällige IT-Infrastruktur zu schützen und Cyber-Angriffe abzuwehren: Laut der im April 2015 von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ohne die Einbindung parlamentarischer Kontrollgremien erlassenen und kurz darauf geleakten „Strategischen Leitlinie Cyber-Verteidigung im Geschäftsbereich BMVg“ sind auch eigene Cyber-Angriffe durch die Bundeswehr möglich: „Offensive Cyber-Fähigkeiten der Bundeswehr sind als unterstützendes, komplementäres oder substituierendes Wirkmittel anzusehen. Sie haben zum Einen das Potenzial, in der Regel nicht-letal und mit hoher Präzision auf gegnerische Ziele zu wirken, zum Anderen kann diese Wirkung im Gegensatz zu kinetischen Wirkmitteln unter Umständen sogar reversibel sein. Offensive Cyber-Fähigkeiten der Bundeswehr haben grundsätzlich das Potenzial, das Wirkspektrum der Bundeswehr in multinationa-

len Einsätzen signifikant zu erweitern.“<sup>18</sup>

In der 8-seitigen Informations-Broschüre zum „Projekt Digitale Kräfte“ ist von Angriffs-Operationen und offensivem Agieren der Cyber-Kräfte der Bundeswehr dagegen keine Rede.<sup>19</sup> Stattdessen wird die Arbeit als Schutz von eigenen Truppen sowie der Bevölkerung dargestellt – die heiklen Themen des IT-Berufs in der Bundeswehr sprach die „Mach, was wirklich zählt“-Unterkampagne nicht an.

### 2.3 Im Dienst der Bundeswehr: Sportlerinnen und Sportler

Der IT-Kampagne schloss sich gleich eine weitere an: Im Rahmen der Olympischen Sommerspiele im August 2016, die in Rio de Janeiro stattfanden, versuchte die Bundeswehr junge Leute zu rekrutieren: In Fernsehspots und auf Plakaten warb die deutsche Armee mit ihren Sportsoldatinnen und -soldaten als „Offizieller Ausbilder von Vorbildern“.<sup>20</sup> Man schicke über einhundert Athletinnen und Athleten nach Rio, so die Aussage der Werbekampagne. Im Internet tauchten auf den Portalen großer Medien Bundeswehr-Werbeposter mit Sprüchen wie „Wir kämpfen für die Freiheit. Und für Medaillen“ und „Wir machen Karrieren. Und Olympia-Sieger“ auf. Zudem wurden von der Armee große Werbeanzeigen in Tageszeitungen geschaltet. Die eigentliche Aufgabe der Bundeswehr – von der Politik vorgegebene Ziele mit militärischen Mitteln durchzusetzen – wurde in der Kampagne komplett verschwiegen. Das Sportsoldaten-Programm der Bundeswehr wurde lediglich als Werbeträger genutzt, um junge Leute in die bewaffnete Truppe zu holen – von 177.308 aktiven Soldatinnen und Soldaten sind lediglich 827 Dienstposten von Armee-Sportlerinnen und -Sportlern besetzt (< 5 Prozent). Militärkritikerinnen und -kritiker machten unter dem Slogan „Die Bundeswehr ist kein Sportverein“ auf die Täuschung aufmerksam.<sup>21</sup>

Das war aber kein Einzelfall: Das Verteidigungsministerium kündigte im Rahmen der Olympia-Kampagne der Bundeswehr an, die Sportsoldatinnen und -soldaten bald noch intensiver in die Personalwerbung einzubinden: „Die Arbeitgeberkampagne zu den Olympischen Sommerspielen ist der Beginn, die Sportförderung der Bundeswehr personalwerblich intensiver zu nutzen. Nach der nationalen Kampagne werden die Karrierecenter der Bundeswehr auf regionaler Ebene Kooperationen mit den Spitzensportlern fortsetzen, um dieses Element für die Personalgewinnung erfolgreich umzusetzen.“<sup>22</sup> Die Bundeswehr will also auch in Zukunft mit Sportlerinnen und Sportlern für den Dienst an der Waffe werben – dies ist zwar im Grunde nicht neu, in der Quantität und Qualität aber sehr wohl.<sup>23</sup>

### 2.4 Trotzdem bewaffnet: Sanitätspersonal gesucht

Eine weitere „Mach, was wirklich zählt“-Unterkampagne stellte ab September 2016 den Sanitätsdienst ins Zentrum. Seit die Bundeswehr zunehmend im Ausland eingesetzt wird, spielt Sanitätspersonal eine immer wichtigere Rolle. Da die Ärztinnen und Ärzte sowie Sanitätserinnen und Sanitätser deshalb sehr häufig in den Auslandseinsatz müssen, ist es für die Bundeswehr nicht einfach in dem Bereich Leute zu finden: Es fehlen 300 Ärztinnen und Ärzte und 460 Pflegekräfte.<sup>24</sup>

Am 30. September 2016 startete die Bundeswehr deshalb ihre neue Kampagne zur Rekrutierung von Sanitätspersonal. In einer Pressemitteilung hieß es dazu von Seiten der Bundeswehr: „Mit provokanten Sprüchen wie ‚In der Pflege brauchst

du Zeit. Keine Stoppuhr.‘ und ‚Wir suchen keine Götter in Weiß. Wir suchen Helden in Grün.‘ bricht die Bundeswehr in der Personalwerbung erneut mit Klischees. Die Fortsetzung der Arbeitgeberkampagne thematisiert das herausfordernde Spannungsfeld, in dem sich die Soldatinnen und Soldaten des Sanitätsdienstes der Bundeswehr befinden. Sie vereinen Soldaten- und Heilberuf in einer verantwortungsvollen Rolle.“<sup>25</sup> Für die Kampagne wurden laut der Pressemitteilung Anzeigen im „Deutschen Ärzteblatt“ und weiteren Fach- und Publikumsmedien geschaltet und Großplakate im Umfeld von Krankenhäusern, Gesundheitseinrichtungen und Bildungseinrichtungen des Gesundheitswesens gebucht.

Was die Bundeswehr-Werbung verschwiegen, war der Konflikt, dem die Sanitätserinnen und Sanitätser im Einsatz ausgesetzt sind: Die Arbeit wirft Fragen um die Einhaltung des hippokratischen Eids bzw. der modernen „Genfer Deklaration des Weltärztebundes“ auf: Einerseits sollen die Sanitätserinnen und Sanitätser Menschen helfen und sogar das Leben retten – damit warb die Bundeswehr in ihrer Kampagne –, andererseits ist auch das Sanitätspersonal selbst bewaffnet und kann bzw. soll sogar auf Befehl Menschen körperlichen Schaden zufügen. Zwar ist der Sanitätsdienst in der Bundeswehr offiziell ein „waffenloser Dienst“, leichte Waffen zur Selbstverteidigung wurden aber schon lange getragen – und mittlerweile werden Sanitätserinnen und Sanitätser der Bundeswehr selbst an schweren Waffen ausgebildet.<sup>26</sup> Neben der Waffen-Problematik muss auch die Frage gestellt werden, ob das Sanitätspersonal der Bundeswehr im Auslandseinsatz auch verletzten Feinden zur Hilfe kommt. Immerhin stehen die Bundeswehr-Sanitätserinnen und -Sanitätser logischerweise auf einer Seite militärischer Konflikte und sind eben keine neutralen Helfer, wie etwa die von Nichtregierungsorganisationen. Auch die Sanitäts-Kampagne der Bundeswehr ist also durchaus kritikwürdig.



Foto: Michael Schulze von Glaßer.

### 3. „Die Rekruten“ – Bundeswehr als Doku-Soap

Ein weiterer Ableger von „Mach, was wirklich zählt“, der allerdings vollkommen anders als die Einstiegs-, IT-, Olympia- und Sanitätspersonal-Kampagne konzipiert ist und nochmals neue Maßstäbe in Sachen Bundeswehr-Werbung setzte, folgte Ende 2016: „Ab November wird draußen gespielt“, unter anderem mit diesem Spruch und dem Bild des Zimmers eines scheinbar videospielenden Jugendlichen machte die Bundeswehr im Oktober 2016 auf ihre anlaufende YouTube-Doku-Soap „Die Rekruten“ aufmerksam – eine für die deutsche Armee neue Form der Armee-Werbung, die vor allem in ihrer Reichweite neue Maßstäbe setzte.<sup>27</sup> 12 Wochen lang gab es auf dem Kanal „Die Rekruten“ auf dem Internet-Videoportal YouTube täglich um 17 Uhr ein neues etwa fünf Minuten langes Video. In der Selbstbeschreibung des Kanals heißt es: „Wind und Wetter spüren, Herausforderungen bestehen, Kameradschaft erleben, an Grenzen gehen und seine Stärken finden. In ‚Die Rekruten‘ begleiten wir 12 junge Menschen auf ihrem Weg durch die Grundausbildung der Bundeswehr. Und du bist hautnah dabei – mit täglich einer neuen Folge auf YouTube [...]. Du siehst sie vom ersten Antreten bis zur feierlichen Vereidigung und darüber hinaus. Dabei wollen wir ein authentisches Bild der Bundeswehr zeigen – mit Kameradschaft, Siegen, aber auch Niederlagen und Scheitern. Unsere Rekruten sind alle echt, haben sich ganz normal bei der Bundeswehr beworben und sind keine Schauspieler.“<sup>28</sup>

Produziert wird „Die Rekruten“ laut Serien-Trailer von „Parow Pictures“. Das ist allerdings nur eine Anspielung auf die mecklenburg-vorpommerische Kaserne, in der die Serien spielt. Eigentlicher Produzent ist das Kölner Medienunternehmen „special interest GmbH“ – kurz „spin TV“. Auftraggeber für „Die Rekruten“ ist laut Website des Unternehmens die „Castenow Communications GmbH“.<sup>29</sup> Auch fünf Werbeclips des „Projekts Digitale Kräfte“ wurden von „spin TV“ hergestellt.<sup>30</sup> Andere Produktionen der Kölner Filmproduktionsfirma sind beispielsweise „Goodbye Deutschland! Die Auswanderer“ (VOX), „red! Stars, Lifestyle & more“ (Pro7), „Teenager Stories“ (RTL2) und „Promi Beef Battle“ (Pro7MAXX).<sup>31</sup>

Flankiert wurde die 1,7 Millionen Euro teure Serie<sup>32</sup> mit eigenen Social-Media-Auftritten auf Instagram (knapp 35.000 Follower), Facebook (knapp 43.000 Follower) und SnapChat. Zudem gab es bei Serienstart passende Radiowerbung und Großplakate im öffentlichen Raum: 6,2 Millionen Euro ließ sich die Bundeswehr die Werbung für „Die Rekruten“ kosten – ein Mehrfaches der eigentlichen Produktionskosten der Serie.<sup>33</sup> Es gab sogar mit „Die Rekruten“-Werbung bedruckte Pizzaschachteln: „Ab jetzt wird die Ernährung umgestellt“, war darauf zu lesen.<sup>34</sup> Das in die YouTube-Serie investierte Geld hat sich nach Worten aus dem Verteidigungsministerium aber gelohnt: „Mit der Serie über die Grundausbildung auf Youtube haben wir offenbar einen Nerv getroffen“, resümierte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen einen Monat nach Serienbeginn: „Seit dem Start der Serie haben wir 40 Prozent mehr Zugriffe auf unsere Karriereseiten.“<sup>35</sup> Laut der YouTube-Analyse-Website „SocialBlade“ wurden die Bundeswehr-Videos auf dem „Die Rekruten“-Kanal über 29 Millionen-Mal aufgerufen.<sup>36</sup> Der Kanal zählt knapp 270.000 Abonnentinnen und Abonnenten, die dadurch die neusten Videos auf dem Kanal angezeigt bekommen. Bei der Karrierehotline seien mit der Serie laut Bundeswehr-Angaben ein Viertel mehr Anrufe eingegangen. Auch Dirk Feldhaus, Beauftragter für die Kommunikation der „Arbeitgebermarke Bundeswehr“, zog im

Dezember 2016 eine positive Bilanz: „Es ist uns gelungen, die Bundeswehr zum Pausengespräch auf vielen Schulhöfen in Deutschland zu machen“.<sup>37</sup> Die YouTube-Serie ist explizit auf sehr junge Leute zugeschnitten. So heißt es in der Pressemitteilung des Verteidigungsministeriums zu „Die Rekruten“: „Sie holt die Jugendlichen in ihrer Welt ab und die Zuschauer durchleben aus erster Hand die persönlichen Höhen und Tiefen der Protagonisten mit.“<sup>38</sup>

Wie geschickt die Marketing-Serie gemacht ist – wie auch kritische Themen angesprochen, aber nur oberflächlich und nur mit Argumenten im Sinne der Bundeswehr belegt, behandelt werden –, zeigt sich beispielhaft in einer „Die Rekruten“-Folge über das bei Soldatinnen und Soldaten durch Erlebnisse in Einsätzen ausgelöste „Posttraumatische Belastungssyndrom“ (PTBS). In der im November 2016 veröffentlichten Folge wird die so genannte „PushUp-Challenge“ vorgestellt: Eine aus den USA stammende Aktion, bei der Soldatinnen und Soldaten, aber auch Zivilistinnen und Zivilisten, in Gedenken an die an PTBS erkrankten Kameradinnen und Kameraden 22 Liegestütze machen. Denn 22 traumatisierte US-Soldatinnen und Soldaten nehmen sich statistisch gesehen jeden Tag das Leben. Den Zuschauerinnen und Zuschauern von „Die Rekruten“ wird damit Kameradschaft mit befreundeten Truppen vermittelt und die Bundeswehr kann sich als fürsorglicher Arbeitgeber präsentieren. In der Realität ist der Umgang des deutschen Militärs mit kranken Soldatinnen und Soldaten höchst umstritten: Die Anerkennung einer posttraumatischen Störung durch den Einsatz ist bei der Bundeswehr nicht leicht.<sup>39</sup> Und das bei einer allgemein steigenden Zahl<sup>40</sup> an PTBS erkrankter und daher hilfsbedürftiger Soldatinnen und Soldaten.<sup>41</sup>

Zwar nimmt die Bundeswehr das Thema immer ernster und hat 2010 beispielsweise ein eigenes Traum-Therapie-Zentrum aufgebaut, die dort durchgeführte Behandlung ist aber umstritten. So protestiert seit Jahren die „Neue Gesellschaft für Psychologie“ (NGfP<sup>42</sup>) gegen den Umgang von Verteidigungsministerium und Bundeswehr mit PTBS-kranken Soldatinnen und Soldaten. Der Verband stört sich vor allem daran, dass kranke Armee-Angehörige nur nach Vorgabe des Militärs behandelt und lediglich wieder einsatzbereit gemacht werden sollen.<sup>43</sup>

Bei der „PushUp-Challenge“ wird – und genau dies ist bei der gesamten „Die Rekruten“-Serie festzustellen – Militär als entpolitisiertes Raum dargestellt: Natürlich ist die Armee nur ein ausführendes Organ der Politik, dennoch müssen politische Sichtweisen, die Soldatinnen und Soldaten beim Dienst mittragen müssen, thematisiert werden – gerade in einer Serie, die laut Eigenangabe vermitteln will, wie es in der Bundeswehr ist. So könnte mit dem Bedauern von an PTBS erkrankten Soldatinnen und Soldaten auch die Forderung nach weniger Auslandseinsätzen einhergehen – in „Die Rekruten“ wird das Thema hingegen genutzt, um gleich den ersten Kontakt junger Menschen mit PTBS mit positiven Argumenten zu unterfüttern. Statt zu verhindern, dass Armee-Angehörige traumatisiert werden, wird nur gezeigt, wie Soldatinnen und Soldaten mit der Krankheit umgehen – kameradschaftlich und damit positiv. Dass die steigende Zahl an PTBS erkrankter Soldatinnen und Soldaten mit einer bestimmten Politik einhergeht, diese Verbindung wird nicht gezogen.

Die „PushUp-Challenge“-Folge von „Die Rekruten“ wurde über 600.000-Mal aufgerufen. Selbst der sonst oft schweigsame YouTube-Besitzer „Google“ nahm zum Erfolg der Bundeswehr-Serie Stellung. Markus Hinz, Sales Director von „Google Germany“, ließ sich in einer Bundeswehr-Presse-

mitteilung zitieren: „Die Bundeswehr hat mit ‚Die Rekruten‘ einen äußerst erfolgreichen YouTube-Kanal gestartet und eindrucksvoll bewiesen, dass sie verstanden hat, was Inhalte für YouTube-Nutzer relevant macht. Die rege Diskussion um die Serie spricht für sich. Der Kanal ist einer der am schnellsten wachsenden Branded Channels der letzten Jahre.“<sup>44</sup> Wie viel Geld „Google“ der Bundeswehr-Kanal eingebracht hat, ist nicht bekannt. Zwar ist die Erstellung eines YouTube-Kanals kostenlos, für „Branded Channels“, die dem Nutzer noch mehr Optionen bieten, wird jedoch schon Geld verlangt. Dabei fließt ein Teil des Geldes allerdings auch gleich in die Bewerbung des Kanals – auch ein Grund für die rasche Verbreitung von „Die Rekruten“. Bereits drei Wochen nach Serienstart resümierte die Bundeswehr: „Mehr als 40.000 Kommentare zeugen von einer regen Diskussion; 28.845.000 Minuten Wiedergabezeit insgesamt seit Start; Täglich knapp 1 Millionen Views insgesamt auf dem Kanal; Alle Folgen sind bisher in den so genannten ‚YouTube Trends‘ gelandet, die nicht nur die Zugriffe messen, sondern auch Kommentardichte sowie Verlinkungen. Die meisten Folgen landeten sogar auf Platz 1 der deutschen ‚YouTube Trends‘.“<sup>45</sup>

„Die Rekruten“ sollte ursprünglich im Januar 2017 enden, Mitte Januar 2017 wurde allerdings bereits angekündigt, im Frühsommer solle es eine Fortsendung geben. Außerdem sollen sich aufgrund der Popularität von „Die Rekruten“ auch vier private TV-Sender für das Konzept einer Reality-Show über den Alltag junger Bundeswehr-Soldatinnen und -Soldaten interessieren.<sup>46</sup> Ob sich die Bundeswehr darauf einlässt – und wenn ja, wie die Konditionen aussehen –, ist noch nicht bekannt.



Die Werbung für die Bundeswehr-YouTube-Serie ist ästhetisch an Serien großer Produzenten wie „Netflix“ angelehnt. Screenshot: Michael Schulze von Glaßer.

#### 4. Mit Budget zum „Erfolg“ – die PR-Agentur „Castenow“

Wie hoch der von „Castenow“ ergatterte Bundeswehr-Kampagnetat insgesamt ist, geht aus den Veröffentlichungen der PR-Agentur, der Bundeswehr und des Verteidigungsministeriums nicht hervor. Auf Nachfrage des Linken-Bundestagsabgeordneten Norbert Müller gab Markus Grübel (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, die Kosten der gesamten „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne mit 10,6 Millionen Euro an.<sup>47</sup> Zumindest „Die Rekruten“ kann darin allerdings nicht einberechnet gewesen sein, da allein die Bewerbung der YouTube-Serie, wie bereits erwähnt, 6,2 Millionen Euro und die Produktion nochmals 1,7 Millionen Euro gekostet haben.<sup>48</sup> Schaut man sich den gesamten Haushalt für Nachwuchswerbung der Bundeswehr an, wird es noch verwirrender: So waren 2014 im Verteidigungshaushalt 30 Millionen Euro für die Werbung eingestellt, die auch fast ausgeschöpft wurden.<sup>49</sup> 2015, 2016 und 2017 waren bzw. sind es jeweils 35,3 Millionen Euro (die in den vergangenen Jahren auch ausgegeben wurden). Die 10,6 Millionen Euro für die „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne könnten also gleichmäßig auf 2015 und 2016 aufgeteilt worden sein. Doch wo sind die 7,9 Millionen Euro Gesamt-Mehrkosten für „Die Rekruten“? Und was passiert mit dem hohen Etat 2017, wenn das Geld für die „Castenow“-Kampagne mutmaßlich aufgebraucht ist? Zudem gibt es – das sei hier nur am Rande erwähnt – seit 2015 den jährlichen „Tag der Bundeswehr“, der ebenfalls Kosten – 2015 waren es beispielsweise 2,7 Millionen Euro<sup>50</sup> – verursacht. Die Kosten für die Bundeswehr-Nachwuchswer-



Der Dienst in der Armee nur ein Spiel? Ernsthaft behandelt wird der Soldatenberuf weder in „Die Rekruten“ noch in der Serienwerbung. Screenshot: Michael Schulze von Glaßer.



Mutmaßlich aufgrund der ergatterten Bundeswehr-Aufträge ist die PR-Agentur „Castenow“ aus Düsseldorf auf Wachstumskurs und sucht neues Personal. Screenshot: Michael Schulze von Glaßer

bung und -Öffentlichkeitsarbeit sind höchst intransparent – das ist allerdings schon lange so.<sup>51</sup>

Ob sich die finanzielle Investition des Verteidigungsministeriums lohnt – ob die „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne von „Castenow“ wirklich die erhofften Rekrutinnen und Rekruten bringt –, muss sich erst noch zeigen. In einer Antwort auf eine kleine Bundestagsanfrage zog die Bundesregierung im Mai 2016 ein erstes positives Fazit der Kampagne – und setzt die Zielgruppe dabei sehr jung an: „Erste Ergebnisse der Kampagne wurden im Rahmen einer repräsentativen Umfrage des Allensbach Instituts Anfang Februar 2016 evaluiert. Dabei wurde deutlich, dass bei der Schwerpunktzielgruppe der 16 bis 29 Jährigen eine hohe Aufmerksamkeit (45 Prozent) und eine sehr hohe Erinnerung (74 Prozent) der Kampagne erreicht wurden. Im Ergebnis ist die Bundeswehr für Frauen und Männer nahezu gleichermaßen ein attraktiver bis sehr attraktiver Arbeitgeber. Dieses Ergebnis wird durch die Studie ‚Trendence Schülerbarometer 2015‘ gestützt, bei der sich die Bundeswehr im Ranking der beliebtesten Arbeitgebermarken Deutschlands auf dem zweiten Rang platzieren konnte. Daneben zeigt eine Ende des Jahres 2015 durchgeführte TNS EMNID-Studie gegenüber dem Jahr 2014 einen 10-prozentigen Anstieg des Anteils der Bevölkerung, der das Ansehen des Soldatenberufs als sehr oder eher hoch bewertet.“<sup>52</sup>

Die konkreten Rekrutinnen- und Rekruten-Zahlen sprechen allerdings eine weniger positive Sprache: Zumindest 2016 war die Zahl der „Freiwillig Wehrdienstleistenden“ mit 9.686 neuen Soldatinnen und Soldaten im Jahresdurchschnitt, wie bereits am Text-Anfang erwähnt, weit entfernt von der angestrebten Rekrutinnen- und Rekrutenzahl. 2015 waren im Durchschnitt 9.964 in der Armee.<sup>53</sup> Andererseits seien von den im März 2016 offenen 700 militärischen und zivilen Stellen als IT-Administratorinnen und Administratoren im Dezember 2016 bereits 67 Prozent besetzt.<sup>54</sup> Jedoch – daran sei an

dieser Stelle nochmals erinnert – kündigt die Verteidigungsministerin im Dezember 2016 an, die Altersgrenze von 30 Jahren für die Einstellung in den Mannschaftsdienstgraden bei IT-Kräften und dem Sanitätspersonal fallen zu lassen und „die körperlichen Anforderungen an die jeweilige Verwendung in den Hintergrund treten“ lassen zu wollen.<sup>55</sup> Zudem sollen laut Ursula von der Leyen „in Ausnahmefällen“ auch Bürger aus anderen EU-Staaten in die Bundeswehr eingestellt werden können – eine wirkliche Entspannung der Personalsituation scheint die „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne also noch nicht gebracht zu haben. Der „Bedarf“ nach „erfolgreicher“ Rekrutierung ergibt sich aber gerade in Betracht einer neueren Entwicklung, auf die Oberstleutnant Harry Fegert vom Karrierebüro der Bundeswehr am Berliner Bahnhof Friedrichstraße in einem Interview über „Die Rekruten“ mit dem WDR-Fernsehen aufmerksam macht: „Wir sind es gewohnt gewesen in den letzten Jahren, dass die Bundeswehr tendenziell eher kleiner wird. Das ist anders – wir sind dieses Jahr größer geworden. Das heißt wir haben einen höheren Personalbedarf gehabt und das wird sich in den nächsten Jahren auch – Stichwort ‚Personaltrendwende‘ – fortsetzen. Und wir werden als Größenordnung etwa 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl im Bereich der Streitkräfte – d.h. Soldatinnen und Soldaten – suchen, aber auch im Bereich der zivilen Angestellten und auch Beamtinnen und Beamten.“<sup>56</sup> Bis 2023 sollen 6.900 neue Dienstposten geschaffen und besetzt werden – die Militärs wollten sogar 14.300 neue Stellen.<sup>57</sup> Die Herausforderung, die Posten zu besetzen, ist für die Bundeswehr groß – so groß, dass sie die Einstellungsvoraussetzungen und damit die Qualität des Personals immer weiter herabsetzt.

Trotz der fraglichen Nachhaltigkeit kann die ganze von „Castenow“ konzipierte Kampagne – vor allem die YouTube-Serie – schon allein aus Gründen der Reichweite von der Bundeswehr als Erfolg bewertet werden. Die Zahl der vor allem jungen Menschen, die durch die Kampagne mit dem Thema „Bundeswehr“ konfrontiert wurden, ist – wie gezeigt – enorm. Wo andere Werbekampagnen der Armee aufgrund unzureichender Konzeptionierung sogar abgebrochen werden mussten<sup>58</sup>, kommt die „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne höchstprofessionell daher.

## 5. Diametrale Unterschiede – Realitätscheck vs. Schöpfungsberei

Allgemeine Kritik an der „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne und ihren Ablegern – der „Projekt Digitale Kräfte“- , der Olympia- und der Sanitätspersonal-Kampagne – kommt aus der Wissenschaft. Marco Krüger, wissenschaftlicher Mitarbeiter am „Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften“ an der Universität Tübingen, stellte im Februar 2016 beispielsweise seine medienwissenschaftlich-politische Analyse der bis dahin gelaufenen „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne der Bundeswehr in einer Sitzung der „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder“ (Kinderkommission) im Berliner Bundestag als geladener Experte vor Vertreterinnen und Vertretern aller vier Bundestagsfraktionen vor: „[Es] werden Informationen gegeben, die nur teilweise korrekt sind, die zumindest in der Wissenschaft stark umstritten sind“, so der Wissenschaftler.<sup>59</sup> Und weiter: „Es wird dazu noch eine Konstruktion der Alternativlosigkeit geschaffen: Also es gibt den Krisenherd – man könnte jetzt abwarten oder zum Militär gehen und den Krisenherd löschen. Zivile Bearbeitungsmechanismen werden dabei komplett außeracht gelassen.“ Die

„Mach, was wirklich zählt“-Werbung suggeriere den jungen Menschen, dass sie die Welt direkt verbessern könnten: „Es ist tatsächlich hoch umstritten, ob Militäreinsätze – und wenn ja, welche Militäreinsätze – tatsächlich Krisenherde nachhaltig lösen.“ Dabei hätte die Bundeswehr für ihre Werbung laut Marco Krüger andere Möglichkeiten gehabt: „Die Kampagne ist mit über 10 Millionen Euro relativ gut ausstaffiert, hat also auch im öffentlichen Diskurs auf der einen Seite eine sehr hohe Wirkung und eine sehr hohe Geltung. Auf der anderen Seite versäumt sie es aber, wirklich fundiert Inhalte zu bringen – weder auf Plakaten noch auf Postkarten. Aus einer medienwissenschaftlichen Sicht ist das eigentlich Problematische, dass die Folgemedien, wie z. B. die Website, auch sehr oberflächlich bleiben. Sie verbinden eine Mischung aus Berufsausbildung, die die Bundeswehr ja zweifelsfrei leistet, mit Sport, mit Betätigung, verschweigt aber komplett den militärischen Aspekt der Bundeswehr.“<sup>60</sup>

Stattdessen stelle sich die Armee als persönlicher Helfer der jungen Zielgruppe dar: „Die Bundeswehr präsentiert sich als Lösung für Probleme und Defizite, die junge Menschen in ihrem Lebensabschnitt des Heranwachsenden gerade empfinden könnten“, kritisierte Krüger in der Kinderkommissions-Sitzung. Als Alternativkonzept schlug er inhaltliche Abendveranstaltungen der Bundeswehr vor. Zudem müsse es eine inhaltliche Auseinandersetzung mit militärkritischen Stimmen geben: „Die Bundeswehr scheut sich scheinbar in ihren Werbestrategien ein Stück weit vor dieser Auseinandersetzung.“ Wenn die Bundeswehr Werbung betreiben müsse, müsse diese auch ernst sein, so der Appell von Marco Krüger vom „Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften“.

Dass dem nicht der Fall ist, zeigt sich etwa an der – vorgegebenen – Liberalität von „Die Rekruten“: Die Bundeswehr betont bei der Vorstellung der Serie immer wieder, dass ein authentisches Bild der Armee gezeichnet werde: „Es gibt kein Skript. Das Skript ist unser Ausbildungsplan. Das Skript sind die Rekruten selbst, wie sie ihre Grundausbildung erleben“, so Dirk Feldhaus, Kampagnenleiter der Bundeswehr in einem Beitrag des NDR-Medienmagazins „Zapp“.<sup>61</sup> Auch die anderen Unterkampagnen von „Mach, was wirklich zählt“ ziehen die Soldatinnen- und Soldatenberuf auf die persönliche Ebene und stellen einzelne Armee-Mitglieder in kurzen Texten auf der Website und in Videos kurz vor. So könnte der Betrachter bzw. die Betrachterin meinen, einen umfassenden Einblick in die Armee zu bekommen – dieser ist aber natürlich gelenkt: Von der Bundeswehr bzw. „Castenow“ wurden die präsentierten Soldatinnen und Soldaten gezielt ausgewählt – negative Worte über ihren Arbeitgeber verlieren sie nicht und Video-Schnitt ist natürlich selektiv. Und so sind von den 12 Rekrutinnen und Rekruten, die in der Serie als Haupt- und Nebenakteure zu Wort kommen, auch alle volljährig<sup>62</sup> – dabei machen Minderjährige in der Armee etwa 10 Prozent aus, eine der Rekrutinnen bzw. einer der Rekruten hätte, rein statistisch gesehen, also erst 17 Jahre alt sein müssen (zu diesem Thema weiter unten mehr). Auch der Ort, an dem die Serie gedreht wird, wurde angesichts vieler Berichte über marode Bundeswehr-Gebäude<sup>63</sup>, genauestens ausgewählt: „Die Marinetechnikschule in Parow ist die modernste Schule der Marine“, heißt es auf der Website der Marine.<sup>64</sup> Bei einem im „Zapp“-Bericht gezeigten Pressetermin zur Vorstellung der Serie fragte der NDR bei den jungen Bundeswehr-Protagonistinnen und Protagonisten nach, welche Rolle Tod und Verwundung unter ihnen spielen und ob dies in der Serie thematisiert werde. Rekrutin Anna-Lena Drafke dazu: „Natürlich wird darüber gesprochen mit den Ausbil-

den. Es wird darüber gesprochen, wenn wir allein auf Stube sind. Zurzeit sprechen wir nur darüber wenn die Kameras aus sind.“<sup>65</sup> Rekrut Lukas Keitel erklärt es in dem Beitrag etwas anders: „Wir Kameraden reden auf jeden Fall untereinander und hin und wieder ist auch die ein oder andere Kamera dabei, aber es ist nicht unsere Entscheidung, was für Szenen wirklich reingeschnitten werden in die Serie und was nicht.“<sup>66</sup> Auch gerade die Grundausbildung der jungen Leute zu zeigen, ist eine sicherlich naheliegende, aber dennoch abgewogene Entscheidung: Vielen Soldatinnen und Soldaten gilt die Zeit der Grundausbildung als die Angenehmste in der Armee – der eigentliche, langjährige Dienst in der Armee sieht aber ganz anders aus. So wird der Dienst in der Bundeswehr in „Die Rekruten“ einseitig positiv dargestellt.

Dabei ist die Stimmung in der Armee schlecht, wie der Wehrbeauftragte des Bundestags immer wieder in Berichten festhält. Im „Bericht des Wehrbeauftragten 2015“ stellte Hans-Peter Bartels (SPD) fest, dass die Probleme in der Bundeswehr sehr tiefgehend sind: „Überbordende Bürokratie und fehlende Flexibilität sind Probleme, die in vielen Bereichen und auf allen Ebenen der Bundeswehr vorzufinden sind. Sie bringen nicht nur massive Effizienzverluste mit sich, sondern bremsen die Motivation der Soldatinnen und Soldaten und führen bisweilen zu Frustration des Einzelnen. Damit eng zusammen hängen auch der zum Teil praktizierte Führungsstil und die degenerierte Fehlerkultur in der Bundeswehr. Die Ursachen hierfür liegen zu einem großen Teil nicht in einzelnen Personen begründet, sondern sind strukturbedingt angelegt, unter anderem durch die Praxis der Bundeswehr, das Spitzenpersonal bereits nach zu kurzer Stehzeit in die nächste Verwendung zu versetzen.“<sup>67</sup>

Dies ist wohl auch ein Grund, warum der „Deutsche Bundeswehrverband“ in Befragungen immer wieder feststellt, dass ein Großteil der befragten Soldatinnen und Soldaten sehr unzufrieden ist. Von den unter 45.040 Umfrage-Teilnehmerinnen und Teilnehmern 2012 – alles Mitglieder des „Bundeswehrverbands“ – fühlten sich nur 3,9 Prozent von der Politik unterstützt.<sup>68</sup> Nur 6,2 Prozent der Mitglieder gaben an, dass ihnen von den politisch Verantwortlichen Sinn und Zweck von Auslandseinsätzen ausreichend vermittelt wurden. Und nur 34,2 Prozent der Mitglieder (19,8 Prozent der Berufssoldatinnen und -soldaten, 34,9 Prozent der „Soldatinnen und Soldaten auf Zeit“) würden ihnen nahestehenden Personen – etwa den eigenen Kindern – den Dienst in den Streitkräften empfehlen, 58,6 Prozent würden dies laut der Umfrage des „Deutschen Bundeswehrverbands“ nicht tun.

Mittelfristig könnte die Zahl unzufriedener Soldatinnen und Soldaten sogar noch steigen – verursacht durch die „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne: „Castenow“ zeichnet ein Bild von der Bundeswehr, das so nicht zu halten ist. Junge Menschen werden mit Versprechungen und Vorstellungen in die Armee gelockt und treffen dort früher oder später auf die realen Verhältnisse in der Bundeswehr. Die „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne stellt die Bundeswehr „stylish“ und „cool“ dar. Die Aufmachung der Werbematerialien, der Fernsehspots und der YouTube-Serie sind sehr modern und für junge Leute ansprechend gestaltet – Inhalte und auch die Realität werden aber kaum vermittelt und der Soldatinnen- und Soldatenberuf, der eben kein ziviler Beruf ist und der zahlreichen, kritischen Besonderheiten<sup>69</sup> unterliegt, nur oberflächlich bis gar nicht präsentiert.

Kritik, z. B. an „Die Rekruten“, kommt in diesem Zusammenhang sogar teils aus Armee-Kreisen – etwa vom politisch

rechts einzuordnende ehemaligen Soldaten Sascha Stoltenow. Der Offizier der Reserve ist heute, nach 12 Jahren bei der Bundeswehr, Kommunikationsberater und befasst sich speziell mit „Corporate TV“. Auf seinem Blog urteilt er über die Bundeswehr-YouTube-Serie: „Die Entscheidung von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, diese Serie produzieren und senden zu lassen, ist verantwortungslos.“<sup>70</sup> Die in der Serie gezeigten jungen Soldatinnen und Soldaten seien „mediales Kanonenfutter in von der Leyens Dschungelcamp“. Er könne nur alle aktiven Angehörigen der Truppe warnen, bei einer solchen Art von Werbung mitzumachen. In einem Interview mit dem WDR-Fernsehen konkretisiert er seine Kritik: Die Serie zeige zwar gut, wie die Bundeswehr-Grundausbildung funktioniert, aber „der Ernst der militärischen Ausbildung wird quasi immer durch den Gegenschnitt konterkariert.“<sup>71</sup> Die YouTube-Serie „hat immer ein bisschen was von Abenteuercamp für junge Leute – und das ist das Grundprinzip dieser Serie und über dieses Problem kommt man nicht hinweg.“ Stilistisch sei „Die Rekruten“ dabei durch den Einsatz von Fish-Eye- und Drohnen-Kamera-Aufnahmen sehr modern und für junge Menschen ansprechend.

Dies ist allerdings von den Entscheiderinnen und Entscheidern im Verteidigungsministerium natürlich genau so gewollt – es liegt aber auch an der Struktur des Vorgehens, die Aufgabe der Nachwuchs- und Image-Werbung an eine externe Agentur zu vergeben: Die „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne ist Werbung externer PR-Profis, die das Innenleben der Armee nur unzureichend kennen – allerdings auch gar kein Interesse daran haben, es abzubilden. Allerdings wäre es dem Verteidigungsministerium bzw. der Bundeswehr als Alternative sehr wohl möglich gewesen, eine eigene Kampagne zu konzipieren, die mehr auf Inhalte setzt – immerhin ist die PR-Abteilung der Bundeswehr in den letzten Jahren extrem ausgeweitet worden.<sup>72</sup>

Natürlich handelt es sich bei „Mach, was wirklich zählt“ um eine Werbekampagne, die dem Selbstzweck dient, zu werben – also ein positives Bild zu vermitteln, um neue Rekrutinnen und Rekruten sowie ein positives Image in der Bevölkerung zu gewinnen. Dennoch gehen die PR-Darstellungen von „Castenow“ zum realen Dienst an der Waffe diametral auseinander. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen verantwortet diese Täuschung durchaus bewusst mit: „Gerade weil der Soldatenberuf kein Beruf wie jeder andere ist, müssen wir uns noch mehr als andere Arbeitgeber anstrengen, junge Menschen für eine Karriere bei der Bundeswehr zu interessieren“, zitiert eine Pressemitteilung ihres Ministeriums sie zu „Die Rekruten“.<sup>73</sup> Seitens der Bundeswehr betreuen Dirk Feldhaus, seit 2014 Beauftragter für die Kommunikation der „Arbeitgebermarke Bundeswehr“ und seitens des Bundesministeriums der Verteidigung Jens Flosdorff, ein enger Vertrauter Ursula von der Leyens, der schon zu ihrer Zeit als Ministerin vom „Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ sowie später als Bundesministerin für „Arbeit und Soziales“ ihr Sprecher war,<sup>74</sup> die „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne.<sup>75</sup> Gerade von staatlichen Institutionen wie dem Verteidigungsministerium und der Bundeswehr könnte man einen fairen Umgang mit besonders jungen Leuten verlangen – so lautet eine konkrete Kritik an der von der Bundeswehr bzw. dem Verteidigungsministerium zu verantwortenden „Castenow“-„Mach, was wirklich zählt“-Kampagne und „Die Rekruten“.

Eine andere Kritik, die auch gegen andere schon erfolgte Bundeswehr-Werbekampagnen vorgebracht wurde, die durch das Ausmaß und die Konzeption der aktuellen Kampagne aber

noch lauter wird, ist die nach der ausgewählten – sehr jungen – Zielgruppe. Wie bereits an mehreren Stellen gezeigt, ist die Werbung der Bundeswehr sehr auf Minderjährige ausgerichtet. Und so ist auch die Zahl von Minderjährigen, die von der Bundeswehr an der Waffe ausgebildet stark steigend: Waren es 2011 noch 689<sup>76</sup>, verdoppelte sich die Zahl 2012 nahezu auf 1.202 junge Soldatinnen und Soldaten und lag Ende 2016 sogar bei 1.576 – einem neuen Höchststand.<sup>77</sup> In der Öffentlichkeit und auch auf politischer Ebene stößt diese Rekrutierungspraxis, die es der Bundeswehr erlaubt, schon 17-Jährige an der Waffe auszubilden, zunehmend auf Kritik. Besonders mit Kinderrechten wird dabei argumentiert.

Warum die Bundeswehr überhaupt schon 17-Jährige rekrutiert, erklärte Christian Nachtwey vom Bundesministerium der Verteidigung am 27. Januar 2016 in der „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder“ (Kinderkommission) des Bundestags in Berlin: „Es geht [...] darum, den Interessierten am Ende der Schulzeit ein Angebot zu machen, denn eventuell entstehende Überbrückungszeiten sind dazu geeignet, jemanden zu einer anderen Entscheidung kommen zu lassen und einen anderen Arbeitgeber zu wählen, der möglicherweise für ihn günstiger ist, der ihn schneller einstellt, der ihm schneller die Möglichkeit eröffnet, eine Ausbildung zu beginnen und das erste Geld zu verdienen. Um in dieser Konkurrenzsituation auch ein adäquates Angebot machen zu können, halten wir an der Praxis, auch 17-Jährige rekrutieren, ansprechen und ihnen ein Angebot machen zu können, fest.“<sup>78</sup>

Gleich in drei Sitzungen befasste sich die Kinderkommission des Bundestags, die dem „Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ beigeordnet ist, 2016 mit dem Themenkomplex „Minderjährige und Militär“. Die Sitzungen mündeten im September 2016 in einer im Konsens von allen (!) Mitgliedern des Ausschusses – von jeder im Bundestag vertretenen Fraktion ist ein Abgeordneter bzw. eine Abgeordnete stimmberechtigtes Mitglied – verabschiedeten Stellungnahme. Darin fordern die Politiker u.a.: „Die Anhebung des Mindestalters für den Dienstbeginn von Soldat\_innen auf 18 Jahre. [...] Die vollständige Umsetzung der Empfehlungen des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes an die Bundesrepublik Deutschland. [...] Ein Verbot von Werbung für die Bundeswehr, die an Minderjährige gerichtet ist.“<sup>79</sup>

## 7. Fazit: Der neue Werbefeldzug der Bundeswehr

Werbeplakate, Anzeigen in Zeitungen und Online-Medien, Werbespots im Fernsehen, eine neue Rekrutierungs-Website und eine eigene Doku-Soap auf YouTube: Die „Mach, was wirklich zählt“ ist die größte und professionellste Werbekampagne, die das Verteidigungsministerium jemals durchgeführt hat. Auch wenn sich die Rekrutinnen- und Rekrutenzahl mehr als ein Jahr nach Beginn der Kampagne im November 2015 noch nicht erhöht hat, so ist zumindest ein Image-Effekt absehbar: Die Bundeswehr will sich in der Bevölkerung – und auch bei den Wählerinnen und Wählern von morgen – positiv in Szene setzen. Mit der sehr „stylistischen“ – aber inhaltsarmen – „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne, könnte ihr dies tatsächlich gelingen. Dabei präsentiert „Castenow“, die PR-Agentur hinter der Kampagne, ein Bild von der Bundeswehr, das nicht der Realität entspricht: Kritische Aussagen kommen nicht vor oder werden nur oberflächlich abgehandelt.

Daneben muss auch der Versuch der Regierung kritisiert werden, die öffentliche Meinungsbildung in Fragen der Sicher-

heitspolitik durch die „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne zu beeinflussen: Die Werbung zeichnet ein Bild helfender deutscher Soldatinnen und Soldaten im In- und Ausland – keins, das die eigentlichen – und in Strategiepapieren wie dem „Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Rolle der Bundeswehr“ des Verteidigungsministeriums oder den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ klar umrissenen – Motive der Bundesregierung hinter Militäreinsätzen zeigt. Die Werbekampagne ist dabei aber nur ein weiterer – wenn auch bedeutender – Schritt in einer größeren Strategie<sup>80</sup>: 2015 hat die Bundeswehr mit ihren etwa 90 hauptamtlichen und knapp 300 nebenamtlichen Jugendoffizieren über 115.000 Schülerinnen und Schüler erreicht.<sup>81</sup> Die Bundeswehr ist jedes Jahr auf dutzenden Jobmessen präsent, um Nachwuchs zu werben und präsentierte sich auch mit Karriere- und Info-Trucks auf Marktplätzen und bei Großveranstaltungen. Auch Jugendevents wie die „Bundeswehr Olympix“, bei denen mehrere hundert Jugendliche in einer Kaserne Fun-Sport machen, oder auch die „Bw-Musix“, ein Jugendorchester-Wettbewerb, fanden 2016 zur militärischen Nachwuchs-Gewinnung statt und werden fortgeführt. An über eine Millionen junge Leute ab 16 Jahren hat das „Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr“ in Köln 2016 Werbeprospekt verschickt – die Adressen bekam die Armee von den Meldebehörden.<sup>82</sup>

Militärwerbung hat mittlerweile ein kaum mehr zu überblickendes Ausmaß angenommen. Dabei stehen Kampagnen wie „Mach, was wirklich zählt“ einer sachlichen Auseinandersetzung über Sicherheitspolitik und den Dienst in der Armee im Weg. Es bedarf daher dringend einer politischen Debatte über die Außendarstellung der Bundeswehr: Mit welchen Mitteln und auf welche Art und Weise diese stattfinden soll, denn das Verteidigungsministerium selbst scheint bei der Militärwerbung keine Grenzen zu kennen.



Eine Langfassung dieses Beitrages ist auch als IMI-Studie erschienen und kann auf [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de) heruntergeladen werden.

## Anmerkungen

- 1 Wiegold, Thomas: Bundeswehr-Personalstärke im November: Jahresziel noch nicht erreicht, in: [www.augengeradeaus.net](http://www.augengeradeaus.net), 16. Dezember 2016.
- 2 N. N.: Rheinische Post: Von der Leyen „unzufrieden“ mit Abbrecherquote im freiwilligen Wehrdienst, in: [www.presseportal.de](http://www.presseportal.de), 19. Juli 2016.
- 3 N. N.: Bundeswehr - Bewerber ohne Schulabschluss sollen Chance erhalten, in: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 1. Dezember 2016.
- 4 N. N.: Umfrage zu Auslandseinsätzen – Deutsche lehnen stärkeres Engagement in der Welt ab, in: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 20. Mai 2014.
- 5 N. N.: Markenführung und Employer Branding, in: [www.castenow.de](http://www.castenow.de).
- 6 N. N.: Castenow gewinnt die Bundeswehr, in: [www.castenow.de](http://www.castenow.de), August 2015.
- 7 Petra Gnauerth von „Zenithmedia“ antwortete gegenüber dem NDR-Magazin „Panorama“ auf die Frage, ob die zu der Zeit von der Agentur erstellte Bundeswehr-Werbung nicht über die negativen Seiten des Soldatinnen- und Soldatenberufs hinwegtäusche: „Wenn Sie einen Schoko-Riegel bewerben, dann sagt Ihnen auch keiner, dass Sie davon fett werden können, wenn Sie da fünf Kilo davon essen – das ist im Prinzip genau das gleiche, das weiß man.“, Benkhelouf, D./Halasz, G.: Bedingt einsatzbereit – Der Bundeswehr gehen die Soldaten aus, in: [daserste.ndr.de](http://daserste.ndr.de), 31. März 2011.
- 8 N. N.: PRR AWARDS 2017 // CASTENOW DOPPELT AUSGEZEICHNET, in: [www.castenow.de](http://www.castenow.de).
- 9 N. N.: Gewinner 2016, in: [www.hr-excellence-awards.de](http://www.hr-excellence-awards.de).
- 10 N. N.: Shortlist der PR Report Awards 2016, in: [www.prrreportawards.de](http://www.prrreportawards.de).
- 11 Bundestags-Drucksache 18/6846.
- 12 Ebenda.
- 13 N. N.: Bundeswehr Arbeitgeberkampagne – Castenow startet Bundeswehr Arbeitgeberkampagne im November, in: [www.castenow.de](http://www.castenow.de), November 2015.
- 14 Nachdem es am 9. November 2015 – kurz nach Start der „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne – einen Farbanschlag auf das „Karriereberatungsbüro“ der Bundeswehr am Berliner Bahnhof „Friedrichstraße“ gab, stellte die Bundeswehr etwa einen Aufsteller mit dem Plakat vor das Büro, um den Protest zu antizipieren.
- 15 Bundestags-Drucksache 18/8505.
- 16 N. N.: Pressemitteilung des Presse- und Informationszentrum Personal der Bundeswehr (Nr. 3/2016) – „Projekt Digitale Kräfte“, Köln, 16. März 2016.
- 17 Einer der bei der IT-Kampagne von der Bundeswehr verwendete Werbeslogans lautete „Deutschlands Freiheit wird auch im Cyberraum verteidigt“ und lehnte sich damit an ein umstrittenes Zitat des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck (SPD) an: „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“ (Berlin, 4. Dezember 2002).
- 18 Meister, Andreas: Geheime Cyber-Leitlinie: Verteidigungsministerium erlaubt Bundeswehr „Cyberwar“ und offensive digitale Angriffe, in: [www.netzpolitik.org](http://www.netzpolitik.org), 30. Juli 2015.
- 19 N. N.: Projekt Digitale Kräfte – Entwickle die Bundeswehr der Zukunft, in: [www.bundeswehrkarriere.de](http://www.bundeswehrkarriere.de).
- 20 N. N.: Bundeswehr startet TV Kampagne zu Olympia für die Arbeitgeberkampagne, in: [www.castenow.de](http://www.castenow.de).
- 21 N. N.: Ja zu Olympia! Nein zu Militärfestspielen!, in: [www.militaerfestspiele.de](http://www.militaerfestspiele.de).
- 22 N. N.: Neuer TV-Spot: Offizieller Ausbilder von Vorbildern, in: [www.bmvv.net](http://www.bmvv.net), 7. Juli 2016.
- 23 Vgl. Schulze von Glaßer, Michael: An der Heimatfront – Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr, Köln 2010, Seite 228ff.
- 24 N. N.: Pressemitteilung des Presse- und Informationszentrum Personal der Bundeswehr, 26. September 2016.
- 25 Ebenda.
- 26 N. N.: Kampfsanitäter? Grundsatzurteil zum Kriegsdienstverweigerungsrecht, in: [www.ndr.de](http://www.ndr.de), 5. Mai 2012.
- 27 Thiels, Christian: Millionenschwere Werbekampagne der Bun-

### 30 Ausdruck Februar 1/2017

- deswehr – Hauptsache Show?, in: [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 26. Oktober 2016.
- 28 N. N.: Die Rekruten – Beschreibung, in: [www.youtube.de](http://www.youtube.de).
- 29 N. N.: Die Rekruten, in: [www.spintv.de](http://www.spintv.de), Oktober 2016.
- 30 N. N.: Industrie - Berufswege bei der Bundeswehr, in: [www.spintv.de](http://www.spintv.de), März 2016.
- 31 N. N.: Produktionen, in: [www.spintv.de](http://www.spintv.de).
- 32 Hanfeld, Michael: Bundeswehr-Serie „Die Rekruten“ – Ich glaub’, mein Schwein pfeift, in: [www.faz.net](http://www.faz.net), 4. November 2016.
- 33 Hanfeld, Michael: Bundeswehr-Serie „Die Rekruten“ – Ich glaub’, mein Schwein pfeift, in: [www.faz.net](http://www.faz.net), 4. November 2016.
- 34 Thorwarth, Katja: Weg von der Pizza – hin zu den „Rekruten“, in: [www.fr-online.de](http://www.fr-online.de), 4. Januar 2017.
- 35 N. N.: Youtube-Serie – Reality-Doku „Die Rekruten“ hat „offenbar einen Nerv getroffen“, in: [www.berliner-zeitung.de](http://www.berliner-zeitung.de), 5. Dezember 2016.
- 36 N. N.: Die Rekruten, in: [www.socialblade.com](http://www.socialblade.com), 18. Dezember 2016.
- 37 N. N.: Bundeswehr wertet Youtube-Serie als Erfolg, in: [www.horizont.net](http://www.horizont.net), 15. Dezember 2016.
- 38 N. N.: Pressemitteilung des Presse- und Informationszentrum Personal der Bundeswehr (Nr. 17/2016) – „Ab November werden die Tage länger“ – Bundeswehr startet Youtube-Serie „Die Rekruten“, Köln, 24. Oktober 2016.
- 39 Stark, Jürgen: Ehemaliger Bundeswehrsoldat packt aus - Ein Leben mit dem posttraumatischen Belastungssyndrom, in: [www.focus.de](http://www.focus.de), 7. April 2015.
- 40 Kahl, Christian: PTBS-Statistik der Bundeswehr zeigt mehr Neuerkrankungen, in: [www.bundeswehr-journal.de](http://www.bundeswehr-journal.de), 18. Mai 2015.
- 41 Ein weiteres Beispiel ist der Umgang mit am Radar eingesetzten Soldaten. Diese waren bis in die 1980er-Jahren oft Radargeräten die eine hohe Röntgenstrahlung abgaben, ausgesetzt. Viele der Soldaten erkrankten an Krebs, ihre Kinder trugen Missbildungen davon. Dennoch verwehrte die Bundeswehr bzw. das Verteidigungsministerium vielen der Soldaten eine Entschädigung: N. N.: Radarsoldaten – Bundeswehr verwehrt Entschädigung, in: [www.br.de](http://www.br.de), 18. März 2015.
- 42 Bei der NGfP handelt es sich um eine Vereinigung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Psychologie (und von ihr nahestehenden Wissenschaften) sowie von Praktikerinnen und Praktikern.
- 43 Bialluch, Christoph/Bruder, Klaus-Jürgen/Hein, Jörg: Stellungnahme zur Psychotherapie von Soldaten, in: [www.ngfp.de](http://www.ngfp.de), 9. März 2014.
- 44 N. N.: „Die Rekruten“ bricht YouTube-Rekorde – Mehr als 200.000 Abonnenten zwei Wochen nach Serienstart!, in: [www.bundeswehrkarriere.de](http://www.bundeswehrkarriere.de), 16. November 2016.
- 45 Ebenda.
- 46 Gebauer, Matthias: „Die Rekruten“ – TV-Sender buhlen um Bundeswehr-Reality-Show, in: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 1. Dezember 2016.
- 47 Bundestags-Drucksache 18/6846.
- 48 Hanfeld, Michael: Bundeswehr-Serie „Die Rekruten“ – Ich glaub’, mein Schwein pfeift, in: [www.faz.net](http://www.faz.net), 4. November 2016.
- 49 N. N.: Bundeshaushaltsplan 2014, Einzelplan 14 - Bundesministerium der Verteidigung.
- 50 Bundestags-Drucksache 18/4525.
- 51 Vgl. Schulze von Glaßer, Michael: An der Heimatfront – Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr, Köln 2010, Seite 24f.
- 52 Bundestags-Drucksache 18/8505.
- 53 Wiegold, Thomas: Im Auge behalten: Personalstärke der Bundeswehr (Nachtrag: fast 15.000 minus in drei Jahren), in: [www.augengeradeaus.net](http://www.augengeradeaus.net), 11. Januar 2016.
- 54 N. N.: Neues Personal für die Bundeswehr – Leyen will Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss einstellen, in: [www.tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de), 1. Dezember 2016.
- 55 N. N.: Bundeswehr – Bewerber ohne Schulabschluss sollen Chance erhalten, in: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 1. Dezember 2016.
- 56 N. N.: Wie die Bundeswehr um Nachwuchs kämpft, in: [www.wdr.de](http://www.wdr.de).
- 57 Gebauer, Matthias: Neues Bundeswehrmodell – Mehr Soldaten, mehr Pausen - und mehr Nerds, in: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 10. Mai 2016.
- 58 Reimann, Anna: Werbung für die Streitkräfte – Bundeswehr blamiert sich mit Frauen-Kampagne, in: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 2. Oktober 2014 und N. N.: Online-Panne – Bundeswehr stoppt umstrittene Frauen-Kampagne, in: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 3. Oktober 2014.
- 59 Müller, Norbert: Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) – Wortprotokoll der 38. Sitzung, Berlin 2016.
- 60 Ebenda.
- 61 Bouhs, Daniel/Groth, Stefanie: YouTube-Offensive: Bundeswehr will Nachwuchs erobern, in: [www.ndr.de](http://www.ndr.de), 2. November 2016.
- 62 N. N.: Die Rekruten – Die Rekruten, in: [www.bundeswehrkarriere.de/dierekruten/rekruten](http://www.bundeswehrkarriere.de/dierekruten/rekruten).
- 63 Hemicker, Lorenz: Marode Bundeswehr-Kasernen – Wehrbeauftragter fordert Milliarden für Sanierung, in: [www.faz.net](http://www.faz.net), 2. Januar 2015.
- 64 N. N.: Marinetechnikschule (MTS), in: [www.marine.de](http://www.marine.de), 23. Juni 2016.
- 65 Bouhs, Daniel/Groth, Stefanie: YouTube-Offensive: Bundeswehr will Nachwuchs erobern, in: [www.ndr.de](http://www.ndr.de), 2. November 2016.
- 66 Ebenda.
- 67 Bartels, Hans-Peter: Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten – Jahresbericht 2015 (57. Bericht), Bundestags-Drucksache 18/7250.
- 68 N. N.: Rundum zufrieden ist bloß noch eine Minderheit, in: [www.dbwv.de](http://www.dbwv.de), 10. März 2012.
- 69 So sind in Artikel 17a des deutschen Grundgesetzes Einschränkungen der Meinungs-, Petitions- und Versammlungsfreiheit sowie der Freizügigkeit festgelegt. Hinzugefügt sei der Hinweis, dass Soldatinnen und Soldaten nicht wie bei zivilen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern kündigen können.
- 70 Stoltenow, Sascha: Kanonenfutter für von der Leyens Dschungelcamp, in: [www.bendler-blog.de](http://www.bendler-blog.de), 3. November 2016.
- 71 N. N.: Wie die Bundeswehr um Nachwuchs kämpft, in: [www.wdr.de](http://www.wdr.de).
- 72 Schulze von Glaßer, Michael: Meinungsmacher Militär, in: [www.telepolis.de](http://www.telepolis.de), 3. März 2015.
- 73 N. N.: „Die Rekruten“ bricht YouTube-Rekorde – Mehr als 200.000 Abonnenten zwei Wochen nach Serienstart!, in: [www.bundeswehrkarriere.de](http://www.bundeswehrkarriere.de), 16. November 2016.
- 74 N. N.: PR – Die neuen Pressesprecher, in: [www.mediummagazin.de](http://www.mediummagazin.de), Ausgabe 1+2/2010.
- 75 Bartl, Marc: Nach dem Start von „Die Rekruten“: Wie sich die Bundeswehr gegen Kritik an ihren YouTube-Filmen wehrt, in: [www.kress.de](http://www.kress.de), 14. Dezember 2016.
- 76 Bundestags-Drucksache 18/7459.
- 77 N. N.: Zahl minderjähriger Soldaten erreicht Höchststand, in: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 10. November 2016.
- 78 Müller, Norbert: Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) – Wortprotokoll der 37. Sitzung, Berlin 2016.
- 79 Müller, Norbert: Stellungnahme der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder zum Verhältnis von Militär und Jugend in Deutschland, Berlin, September 2016.
- 80 Einen – mittlerweile nicht mehr ganz aktuellen – Überblick darüber geben meine beiden Bücher: Schulze von Glaßer, Michael: An der Heimatfront – Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr, Köln 2010 und Schulze von Glaßer, Michael: Soldaten im Klassenzimmer – Die Bundeswehr an Schulen, Köln 2012.
- 81 Döring: Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2015, Berlin 2016.
- 82 Pauli, Ralf: Bundeswehr wirbt gezielt Jugendliche an – Militärpost an Minderjährige, in: [www.taz.de](http://www.taz.de), 21. November 2016.

# Onlineoffensive

## Die Bundeswehr im Cyber- und Informationsraum

von Thomas Gruber

Die Gefährdung der Zivilgesellschaft durch Attacken im Cyberraum war im vergangenen Jahr ein äußerst präsent Thema in der deutschen Presse. Die Angriffsszenarien reichten dabei von einer wirtschaftlichen Bedrohung durch „Hackerangriff[e] auf [...] deutsche Banken“<sup>1</sup> bis hin zu einer existenziellen Gefahr für das Individuum „durch Cyber-Angriffe [...] [auf] Krankenhäuser oder die Energieversorgung“<sup>2</sup>. Oft sind die Herkunft und die Intention der Attacken unbekannt – militärische Einheiten bestimmter Staaten oder Staatenbündnisse könnten geopolitische Interessen verfolgen, nationale Geheimdienste könnten Spionage betreiben oder kriminelle Organisationen könnten privatwirtschaftliche Akteur\_innen anvisieren. Diese Unsicherheit eignet sich allerdings gut für den Aufbau und die Festigung von Feindbildern; die Sprache wird dabei suggestiver: „Warnung vor russischen Cyberattacken: Angriffsziel Deutschland“<sup>3</sup> oder „Massiver Hacker-Angriff auf Thyssen-Krupp - waren es Chinesen?“<sup>4</sup>

### Bundeswehrstrukturen für den Cyberkrieg

Dieses Klima der Verunsicherung und der Bedrohung nutzen auch die Bundesregierung und das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg), um die Ausweitung von militärischen Befugnissen im Cyberraum und die dementsprechende Aufrüstung der Bundeswehr zu rechtfertigen. Im April 2016 gab Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen bekannt, die Struktur der Bundeswehr bis April 2017 um einen eigenen Organisationsbereich zum Cyber- und Informationsraum (CIR) zu ergänzen.<sup>5</sup> Das Kommando des CIR wird in Bonn Hardhöhe, dem Hauptsitz des BMVg, angesiedelt sein und soll 13.700 vorhandene Dienstposten befehligen. Die Aufgabenbereiche bestehen neben der Administration, Organisation und Bereitstellung von IT-Struktur vor allem in den verschiedenen Aspekten der Kriegsführung im Cyber- und Informationsraum. So sollen unter den neuen Organisationsbereich beispielsweise die psychologische Kriegsführung („operative Kommunikation“), die Störung feindlicher und Sicherung eigener Kommunikationsnetze („elektronische Kampfführung“), die Vernetzung und technische Ausstattung der Kriegseinheiten („Führungsunterstützung“) sowie Angriff und Verteidigung im Cyberraum („Cyber-Operationen“) fallen. Neben den bereits bestehenden Stellen werden außerdem 300 neue geschaffen, von denen 230 auf die Führung des Organisationsbereiches, 40 auf den Fachbereich „Cybersicherheit“ und 20 auf die Verbesserung von Cyber-Operationen entfallen.

Um die Funktionalität des neuen Organisationsbereiches gewährleisten zu können, fehlt der Bundeswehr allerdings vor allem eines: qualifiziertes Personal. Denn während der Verteidigungshaushalt jährlich immer großzügiger ausfällt, muss nach Wegfall der Wehrpflicht erheblich nachgeholfen werden, um das deutsche Militär als attraktiven Arbeitgeber darzustellen. Die Bundeswehr steigt mit riesigen Werbekampagnen, Kompromissbereitschaft und mit starkem Fokus auf ihre Zielgruppen in den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt ein. Im Falle

des Cyber- und Informationsraumes sind diese Bemühungen beispielsweise am Projekt „Digitale Kräfte“ erkennbar, das mit 3,6 Millionen Euro Finanzierung<sup>6</sup> einen großen Teil der 12,5 Millionen Euro schweren Werbekampagne „Mach, was wirklich zählt“<sup>7</sup> der Bundeswehr aus-

macht. Mithilfe von großflächigen Plakataktionen, Netzwerk-Sessions, auf Karrieremessen und in Jobcentern sollen IT-affine Personen, Gamer\_innen und „Nerds“<sup>8</sup> für eine Bundeswehr-Karriere begeistert werden. Dabei ist das Ziel, die Bundeswehr als moderne Arbeitgeberin mit Möglichkeiten zum Quereinstieg ohne starre Hierarchien darzustellen sowie das angehende Personal durch rührselige nationalistische Aussagen und gute Bezahlung ideologisch und finanziell an sich zu binden. Eine weitere Taktik der Nachwuchsgewinnung, die die Bundeswehr schon in anderen Fachbereichen erfolgreich einsetzt, ist die Anwerbung von Studierenden. An der Bundeswehruniversität München entsteht zu diesem Zweck beispielsweise der Masterstudiengang „Cyber-Sicherheit“, der ab 2018 jährlich 70 Absolvent\_innen für eine anschließende Bundeswehrlaufbahn liefern soll.<sup>9</sup> In diesem Rahmen wird die Bundeswehruniversität um ein Forschungszentrum zur Cybersicherheit, 11 neue W3-Professuren und knapp 70 neue Stellen im Mittelbau und dem wissenschaftsstützenden Personal ergänzt. Neben der Neugewinnung von Personal sieht das BMVg außerdem die Gründung einer „Cyber-Reserve“ vor, die aus ausscheidenden Berufs- und Zeitsoldat\_innen, Freiwilligen Zivildienst\_innen oder Seiteneinsteiger\_innen aus MINT-Berufen besteht und die Schlagkräftigkeit des CIR erhöhen soll.

### Deutsche Strategien im Cyberkrieg und Darstellung in der Öffentlichkeit

Mit dem Organisationsbereich Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr entsteht also ein neuer militärischer Akteur, der auf den deutschen Arbeitsmarkt drängt. Wie sieht aber die operative Strategie des CIR aus? Welche Einsatzgebiete gibt es? Die Aufgaben der deutschen Streitkräfte im Cyber- und Informationsraum werden in der öffentlichen Darstellung meist auf defensive Aktionen beschränkt – es gelte, der Verteidigung von „Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“ zu dienen. Zur Entwicklung wirksamer Verteidigungskonzepte müssten zwar auch Cyberattacken erforscht und verstanden werden, diese würden aber keinem Angriffszweck dienen. Sollte zur Landesverteidigung doch einmal eine offensive Nutzung der Cyber-Konzepte vonnöten sein, so seien diese laut Katrin Suder, der zuständigen Staatssekretärin des BMVg, wie jeder andere militärische Angriff der Bundeswehr auch durch ein Mandat des Bundestages zu legitimieren.<sup>10</sup> Diese Versuche, damit auch im Cyber- und Informationsraum über eine deutsche Politik der militärischen Zurückhaltung zu sprechen, wirken aufgrund der militärischen Strategiepapiere und des tatsächlichen Vorgehens von Bundeswehr und BMVg nahezu lächerlich. Während öffentlich ausufernd über das destruktive Potential von Cyberangriffen berichtet wird, die noch dazu nur schwer nachzuverfolgen sind, sind ebendiese Eigenschaften natürlich auch äußerst interessant für das deutsche Militär. Und so wird im Weißbuch der Bundeswehr 2016 zum Thema Cyber- und Informationsraum von „offensive[n] Hochwertfähigkeiten, die es zu beüben und weiterzuentwickeln gilt“<sup>11</sup> gesprochen.



Nord-Eingangsbereich der Bundeswehr-Universität München. Quelle: High Contrast via Wikimedia

Wie diese „Hochwertfähigkeiten“ verwendet werden, zeigt beispielsweise die seit kurzem bekannte Attacke der Gruppe Computer Network Operations, die im CIR zukünftig zum Zentrum Cyber-Operationen ausgebaut wird<sup>12</sup>: Bereits im Jahr 2015 attackierten deutsche Soldat\_innen das afghanische Mobilfunknetz, um an Informationen zu einer Geiselnahme zu gelangen. Da dieser Einsatz weder ein Bundestagsmandat hatte, noch öffentlich gemacht wurde, ist zu vermuten, dass bei weitem nicht alle offensiven Cyberaktionen durch die vorgesehenen Kontrollinstanzen gehen. Außer im Rahmen eines Militäreinsatzes soll die Bundeswehr auch verstärkt in die zivile Kommunikation eindringen. Im Abschlussbericht zum Aufbaustab des CIR ist diesbezüglich von einer verstärkten Zusammenarbeit des BMVg mit dem Bundesministerium des Inneren (BMI) die Rede, in deren Rahmen „gemeinsam ein neues Verständnis über die intensivere Kooperation und auch Beitragsfähigkeit der Bundeswehr [...] auch in Friedenszeiten“<sup>13</sup> entwickelt werden soll. Nach den militärischen Publikationen ist außerdem der Begriff der Landesverteidigung ein äußerst biegsamer: So seien nicht nur militärische Attacken ein Grund für ein Eingreifen der Bundeswehr, sondern auch Wirtschaftsspionage oder Rekrutierungsbemühungen terroristischer Gruppierungen in sozialen Netzwerken. Gleichzeitig, so wird allerdings betont, sollen die sonst für solche Aufgaben zuständigen Polizeien und Geheimdienste nicht in ihren Kompetenzen beschnitten werden, sondern eine „Überlappung“ mit den Arbeitsbereichen der Bundeswehr stattfinden.

## Bewertung und Bedeutung

Die Darstellung von Seiten des Staates und der Bundeswehr behandelt Cyberattacken auf staatliche Institutionen oder privatwirtschaftliche Unternehmen wie militärische Angriffe auf das eigene Land. So bekommen Probleme der IT-Sicherheit oder allenfalls kriminelle Aktionen wie Wirtschaftsspionage und Eigentumsdelikte im Cyberraum schnell eine militärische Bedeutung.<sup>14</sup> Die Zivilgesellschaft wird dabei als zu schüt-

zendes Objekt vereinnahmt, um auf dieser Grundlage das bestehende Wirtschafts- und Herrschaftssystem im Cyberraum zu verteidigen. Zu diesem Zweck werden der Bundeswehr erhebliche finanzielle und personelle Kapazitäten sowie weitreichende Befugnisse im Cyber- und Informationsraum zur Verfügung gestellt. Da die Bundeswehr dabei in einem vorwiegend zivil genutzten Raum agiert, wird empfindlich in die digitale Privatsphäre einzelner Personen oder Personengruppen

eingegriffen. So gerät die Zivilgesellschaft auch im virtuellen Raum zunehmend ins Kreuzfeuer staatlicher und militärischer Akteur\_innen.

Die aktuellen Versuche, mit der sich die Bundeswehr neben Polizeien und Geheimdiensten Verfügungsgewalt im Cyber- und Informationsraum verschaffen will, können als zusätzliches Alarmsignal für zivilgesellschaftliche Akteur\_innen verstanden werden. Ob Privatpersonen, aktivistische Gruppen oder politische Vereinigungen – es gilt sowohl, eigene kritische Daten zu schützen, als auch den virtuellen Raum gegen staatlichen und militärischen Angriff zu verteidigen und wieder zivil zu vereinnahmen.

## Anmerkungen

- 1 Hackerangriff auf dreizehn deutsche Banken, [faz.net](#), 5.1.2017.
- 2 Die Bundeswehr sucht IT-Spezialisten für den Krieg im Cyberspace, [sueddeutsche.de](#), 5.1.2017.
- 3 Warnung vor russischen Cyberattacken: Angriffsziel Deutschland, [tagesschau.de](#), 5.1.2017.
- 4 Massiver Hacker-Angriff auf Thyssen-Krupp - waren es Chinesen?, [derwesten.de](#), 5.1.2017.
- 5 Abschlussbericht Aufbaustab Cyber- und Informationsraum, [pdf](#), 5.1.2017.
- 6 Folien CIR, [pdf](#), 5.1.2017.
- 7 “Mach, was wirklich zählt”: So viel kostet die Bundeswehr-Werbung, [fr-online.de](#), 5.1.2017.
- 8 Abschlussbericht CIR, S. 32.
- 9 Größtes Forschungszentrum für Cyber entsteht, [unibw.de](#), 5.1.2017.
- 10 Mandatierung, Attribution und offensive Fähigkeiten? Anhörung zur Bundeswehr im „Cyberraum“, [netzpolitik.org](#), 5.1.2017.
- 11 Weißbuch der Bundeswehr 2016, [pdf](#), S.93, 5.1.2017.
- 12 Entführte Deutsche Bundeswehr-Hacker knackten afghanisches Mobilfunknetz, [spiegel.de](#), 5.1.2017.
- 13 Abschlussbericht CIR, S. 37.
- 14 Kai Denker: Die Erfindung des Cyberwars, in: *WeltTrends* 113, S. 17-21.

# Aufmarsch nach Osteuropa

## Größtes Nato-Aufrüstungsprogramm seit dem Kalten Krieg

von Tobias Pflüger

Das militärische Gerät der 4.000 Soldaten starken 3. Kampfbrigade der 4. Infanteriedivision der US-Armee wird derzeit via Bremerhaven nach Polen und in andere osteuropäische Staaten verlegt. Die meisten dieser Kriegswaffen werden per Bahn, einige aber auch auf bundesdeutschen Straßen transportiert. Es handelt sich um 446 gepanzerte Kettenfahrzeuge sowie 907 Radfahrzeuge mit 650 Anhängern. Mit dabei sind auch 87 Kampfpanzer, 144 Schützenpanzer und 18 Panzerhaubitzen, das teilte das EUCOM (Europäisches US-Oberkommando in Stuttgart) in einer Pressemitteilung mit. „Es wird das modernste Gerät sein, was die Armee anzubieten hat“, so die US-Armee.<sup>1</sup>

Die Logistik des Kriegswaffen-Transports führt die Bundeswehr durch, zentraler Ort dazu ist die in Garlstadt zwischen Bremen und Bremerhaven, aber in Niedersachsen befindliche Logistikschule des Heeres. Die Bundeswehr bezeichnet sich in diesem Zusammenhang als „Servicepartner“ der US-Armee und teilt stolz mit, dass die Bundeswehr „bei dieser US-Operation den norddeutschen Raum als logistische Drehscheibe für den Transport von über 4.000 US-Soldatinnen und Soldaten mit ihren Fahrzeugen und ihrer Ausrüstung“ nutzt. „Deutschland hat als Drehscheibe eine besondere Bedeutung, diese wollen wir wahrnehmen.“ Die Bundeswehr „stellt für die US-Armee Lagerkapazität und Betriebsstoffe, Unterkunft und Verpflegung, Instandsetzung, Transport- und Umschlag, Anlagen und Einrichtungen der Bundeswehr, Feldjägerunterstützung sowie die Transportsicherung innerhalb Deutschlands bereit.“<sup>2</sup>

Die Dimension der Truppenverlegung wird deutlich, wenn man sich anschaut, was da per Bahn transportiert wird. Es sind ca. 900 Eisenbahn-Waggons mit Kriegsmaterial, das von Bremerhaven nach Polen verbracht wird, „umgerechnet“ ein Zug mit ca. 10 bis 14 km Länge. Dazu kommen noch ca. 600 Frachtstücke, die ebenfalls per Bahn vom Truppenübungsplatz Bergen-Hohne nach Polen transportiert werden. Und es gibt ca. 40 Fahrzeuge, die direkt auf der Straße von Bremerhaven nach Polen fahren.

Das Ganze nennt sich „Atlantic Resolve“, ist aber keine Übung oder ein Manöver, sondern es handelt sich um eine permanente Verlegung des US-Kriegsgerätes nach Osteuropa. Nach 9 Monaten soll die gesamte Kampfbrigade durch eine neue Brigade ausgewechselt werden. Warum diese Rotation der Kampftruppen? Offiziell hat dies militärische Gründe, doch dahinter steckt auch, dass die NATO-Russland-Akte (von 1997) explizit ausschließt, dass „substantielle Kampftruppen dauerhaft stationiert“ werden. Genau dies geschieht aber derzeit, die Rotation ist dabei nur Trickserei.

Und: es ist auch nicht die einzige Truppenverlegung, die 2017 vonstatten gehen wird. Auch noch im Januar fand die Militäroperation „Bison Drawsko“ statt. Im Rahmen dieser Militäroperation wurde eine niederländische Brigade ebenfalls via Bremerhaven nach Polen bewegt. Kurz darauf folgte die permanente Stationierung der 1.800 Soldaten starken 10. Heeresfliegerkampfbrigade (10th Combat Aviation Brigade) aus dem US-Bundesstaat New York. Es handelt sich dabei

um eine Kampfhubschrauberbrigade mit 10 Chinook- und 50 Blackhawk-Hubschraubern. Neues Hauptquartier der Einheit wird das mittelfränkische Illesheim, stationiert werden sollen die Kampfhubschrauber in Lettland, Rumänien und Polen. Die Obama-Administration hatte für

diesen Truppenaufmarsch noch das Budget für die Truppenpräsenz in Europa im Rahmen der 2014 gestarteten European Reassurance Initiative (ERI) auf insgesamt 3,4 Milliarden US-Dollar vervierfacht.

Auch die Bundeswehr wird ab Februar bis zu 500 Soldaten mit 26 Panzern und etwa 170 weiteren Militärfahrzeuge in Litauen dauerhaft stationieren. Nach Ansicht der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen sei diese Maßnahme „genau angemessen“ und „defensiv“.<sup>3</sup>

Die jetzige Truppenverlegung der NATO-Staaten hat auch etwas mit konkreten Kriegsszenarien zu tun. Ein zentrales Kriegsszenario ist die so genannte „Lücke von Suwalki“, die die NATO entdeckt haben will. Was hat es damit auf sich? Das Grenzgebiet zwischen Polen, Litauen und Kaliningrad, in der Nähe der polnischen Stadt Suwalki, sei bei einer militärischen Auseinandersetzung der NATO-Staaten mit Russland nicht von der NATO zu halten, deshalb sei eine dauerhafte Stationierung von umfangreichen NATO-Truppen in den baltischen Staaten vonnöten. Entsprechend kommt als Begründung für die Truppenverlegung „Stärke zeigen“, „Abschreckung gegenüber Russland“ etc.

Politisch wurde diese Truppenverlegung beim NATO-Gipfel im Juni 2016 in Warschau beschlossen. Die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung hat diesen Beschluss explizit mitgetragen. Der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) zeigte sich dennoch „besorgt“ ob dieser Aufrüstung. Friedensgruppen und DIE LINKE organisierten gleich zu Beginn des Jahres 2017 Protestdemonstrationen und -kundgebungen unter anderem in Bremerhaven, direkt bei den Fährschiffen mit dem ausgeladenen Kriegsgerät, Kloster Lehnin (beim dortigen Truppenübungsplatz der Bundeswehr, der als Zwischenstation genutzt wurde für die Truppenverlegung), in Frankfurt (Oder), Fürstenwalde und anderen Orten.

Offiziell heißt es, die NATO-Aufrüstung sei eine Konsequenz aus der Ukraine-Krise. De facto läuft damit eine heftige Aufrüstungsspirale, auch Russland stationiert immer mehr Truppen an seiner Grenze, aber innerhalb Russlands. „Das Ergebnis ist das größte Nato-Aufrüstungsprogramm seit dem Kalten Krieg“, heißt es in einem Pressebericht.<sup>4</sup> Diese Aufrüstung und diese Truppenverlegungen müssen gestoppt werden. Die Militärtransporte und die logistische Unterstützung durch die Bundeswehr für diese Aufrüstung werden weiter gehen, hoffentlich die Proteste dagegen auch.

### Anmerkungen

- 1 USA verlegen Kampfbrigade nach Osteuropa, [Die Welt](#), 31.3.2016.
- 2 900 Eisenbahnwaggons von Bremerhaven nach Polen, [Presseportal](#), 13.12.2016.
- 3 Deutschland treibt Aufrüstung im Osten an, [n-tv](#), 26.10.2016.
- 4 Bundeswehr schickt 26 Panzer nach Litauen, [n-tv](#), 14.12.2016.

# EUropas „Brexit-Dividende“

## Militarisierungs-Aktionsplan und Rüstungshaushalt

von Jürgen Wagner



Was die außen- und sicherheitspolitischen Schlussfolgerungen aus den Großereignissen Brexit (23.6.2016) und US-Wahl (8.11.2016) anbelangt, singen derzeit fast alle politischen Entscheidungsträger von demselben Blatt. Mit dem bevorstehenden Austritt Großbritanniens verlasse ein militärpolitischer „Blockierer“ in Kürze die Union, weshalb in der Außen- und Sicherheitspolitik durchaus eine „Brexit-Dividende“ zu erwarten sei, so etwa die Meinung von Uwe Optenhögel, dem Direktor des Europa-Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel, die aber derzeit unisono zu vernehmen ist.<sup>1</sup>

Tatsächlich ließ man nicht viel Zeit verstreichen, um schnell Nägel mit Köpfen zu machen: Bereits einen Tag nach dem britischen Referendum, am 24. Juni 2016, gaben die Außenminister Deutschlands und Frankreichs, Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault, mit ihrem Ruf nach einer massiven Militarisierung der Europäischen Union die Richtung vor. Nun könnten und müssten endlich lange geplante, bislang aber von Großbritannien blockierte Vorhaben in die Praxis umgesetzt werden. Diese Kernforderung wurde in der Folge dann auch von der EU-Globalstrategie (28.6.2016), dem zweiten deutsch-französischen Papier, diesmal der Verteidigungsminister Ursula von der Leyen und Jean-Yves Le Drian (12.9.2016), und von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Europäischen Union (14.9.2016) erhoben. Schließlich trafen sich die Staats- und Regierungschefs auf ihrem – informellen, weil Großbritannien nicht eingeladen wurde – Ratstreffen in der slowakischen Hauptstadt, wo sie sich mit der sogenannten Bratislava-Agenda darauf verständigten, bis zum 60jährigen Jubiläum der Unterzeichnung der Römischen Verträge im März 2017 einen detaillierten Plan zur Militarisierung der Europäischen Union vorzulegen.<sup>2</sup>

Die Wahl Donald Trumps verleiht diesen Ambitionen zusätzlichen Rückenwind: Seine Drohung, die Verbündeten sicherheitspolitisch im Regen stehen zu lassen, sollten sie nicht mehr Geld in den Rüstungssektor pumpen, dient hierzulande als willkommener Anlass, den Ausbau des Militärapparats als regelrechten Sachzwang darzustellen. Auf dieser Grundlage legte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini Mitte November 2016 einen Implementierungsplan für die EU-Globalstrategie vor, der ein ambitioniertes Einsatzspektrum und daraus abgeleitet ein größeres militärisches Anforderungsprofil und die Forderung nach einer „besseren“ Finanzierung des EU-Militärapparates enthielt. Diese – noch relativ vagen – Vorschläge wurden anschließend vom EU-Rat gebilligt, woraufhin die EU-Kommission Ende November 2016 einen „Europäischen Verteidigungs-Aktionsplan“ vorlegte, den sie nicht unbescheiden, aber leider wohl zutreffend, als „bahnbrechend“ bezeichnete. Dies gilt vor allem für den von der Kommission vorgeschlagenen „Europäischen Verteidigungsfonds“, der aus zwei Komponenten bestehen soll: einem schon länger ins Auge gefassten Rüstungsforschungshaushalt sowie dem „Kronjuwel“ des Aktionsplanes, einer Art EU-Beschaffungshaushalt. Noch in diesem Jahr sollen die Modalitäten des Fonds vollständig ausgearbeitet werden, mit dem die Rüstungsfinanzierung auf EU-Ebene in eine völlig neue Dimension vorstoßen würde.

### Brexit + Trump = EU-Weltmacht?

Wie gesagt, eigentlich hören sich aktuell nahezu alle EU-Entscheidungsträger mehr oder weniger gleich an. Geradezu trotzig äußerte sich etwa die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini unmittelbar nach der Wahl Donald Trumps, nun müsse zum großen Sprung nach vorn ausgeholt werden: „In den kommenden Monaten und Jahren – man kann sogar sagen: in diesen Stunden – wird es eine zunehmende Nachfrage nach Europa geben von unseren Nachbarn und unseren Partnern in der Welt. Die Forderung nach einem von Prinzipien geleiteten globalen ‚Sicherheits-Dienstleister‘ wird wachsen. Die Forderung nach einer Supermacht, die an mehrseitige Bündnisse und Zusammenarbeit glaubt.“<sup>3</sup>

Fast genauso klingt auch eine „Entschließung zur Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“, die das Europäische Parlament am 14. Dezember 2016 verabschiedete: „Das Europäische Parlament [...] betont, dass die EU ihre Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten stärken muss, da sie ihr volles Potenzial als Weltmacht nur nutzen kann, wenn sie ihre einzigartige ‚Soft Power‘ im Rahmen eines umfassenden EU-Ansatzes mit ‚Hard Power‘ kombiniert“.<sup>4</sup> Pflichtschuldig bedienten sich die Parlamentarier hier einer Wortwahl, die exakt so bereits von Kommissionschef Juncker in seiner bereits erwähnten Rede zur Lage der Europäischen Union in die Debatte eingespeist worden war: „Mit zunehmenden Gefahren um uns herum reicht Soft Power allein nicht mehr aus. [...] Europa muss mehr Härte zeigen. Dies gilt vor allem in unserer Verteidigungspolitik. Europa kann es sich nicht mehr leisten, militärisch im Windschatten anderer Mächte zu segeln oder Frankreich in Mali allein zu lassen. Wir müssen die Verantwortung dafür übernehmen, unsere Interessen und die europäische Art zu leben zu verteidigen.“<sup>5</sup>

Auch die Journaille wollte sich da nicht lumpen lassen – „herausragend“ war in diesem Zusammenhang der von nicht weniger als zehn Zeit-Redakteuren gezeichnete Artikel „Weltmacht! Echt jetzt?“, in dem es heißt: „Nach der Wahl Donald Trumps erkennen die Europäer, dass sie künftig selbst ihre Interessen durchsetzen und ihre Sicherheit garantieren müssen – und was dem noch alles im Wege steht. [...] Europa muss nicht ‚Weltmacht‘ werden im amerikanischen Sinne, mit Flugzeugträgergruppen, die stählern durch alle Weltmeere pflügen. [...] Europa hat Interessen in Afrika, in einem Teil von Asien (Syrien! Afghanistan!) und an all seinen Außengrenzen, vom Balkan bis Marokko, vom Atlantik bis tief ins südliche Mittelmeer. Hier Mitverantwortung zu übernehmen, weit über den eigenen Kontinent hinaus – auch das ist Weltmacht. Regional begrenzte Weltmacht ganz gewiss, aber auch zum Glück. Aber für eine ziemlich große Region.“<sup>6</sup> In aller Bescheidenheit will man also „nur“ eine „regional begrenzte Weltmacht“ werden, was allerdings mehr mit den Realitäten zu tun hat als mit allzu großer Zurückhaltung. Schon lange ist es im Strategiediskurs Konsens, dass die EU erst die regionale Vorherrschaft in ihrem sogenannten Nachbarschaftsraum erringen muss, bevor sie

ernst zu nehmende Weltmachtambitionen artikulieren kann.<sup>7</sup>

Wie auch immer, die Richtung war jedenfalls klar vorgegeben: Weltmacht durch Militarisierung! Wie bereits erwähnt, blieb darüber hinaus aber zunächst Vieles im Unklaren. Die meisten genannten Papiere gaben zwar ehrgeizige Ziele aus, blieben aber reichlich vage, wie diese dann konkret umgesetzt werden sollen. Vor diesem Hintergrund stellt der „Implementierungsplan Sicherheit und Verteidigung“, den die EU-Außenbeauftragte Mogherini am 14. November 2016 vorlegte, einen weiteren wichtigen Zwischenschritt bei der Konkretisierung der EU-Militarisierungsagenda dar.<sup>8</sup>

## Mogherinis Implementierungsplan

Schon die unter Mogherinis Ägide verfasste EU-Globalstrategie (EUGS) vom Juni 2016 gab das ehrgeizige Ziel aus, die Union müsse „autonome“ – also ohne US-Unterstützung stattfindende – Militäreinsätze durchführen können. Dies erfordere umfassende militärische Kapazitäten, die nur durch eine potente Industrie bereitgestellt werden könnten: „Die europäischen Anstrengungen auf dem Gebiet der Sicherheit und der Verteidigung sollten die EU in die Lage versetzen, autonom zu handeln [...] Die Mitgliedstaaten [benötigen] bei den militärischen Spitzenfähigkeiten alle wichtigen Ausrüstungen, um auf externe Krisen reagieren und die Sicherheit Europas aufrechterhalten zu können. Dies bedeutet, dass das gesamte Spektrum an land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten, einschließlich der strategischen Grundvoraussetzungen, zur Verfügung stehen muss. [...] Eine tragfähige, innovative und wettbewerbsfähige europäische Verteidigungsindustrie ist von wesentlicher Bedeutung für die strategische Autonomie Europas und eine glaubwürdige GSVP.“<sup>9</sup>

Mogherinis Implementierungsplan greift diese Ziele auf und benennt auch dieselben drei Bereiche wie die EUGS, in denen das Militär tätig werden können soll: Auslandseinsätze, Ausbildungs- und Ausstattungshilfe sowie die innere „Sicherheit“. Allerdings wird der Implementierungsplan, was die konkreten Einsatzszenarien anbelangt, deutlich konkreter als die Globalstrategie:

„Als Bereitsteller von Sicherheit sollte die EU ein weites Betätigungsfeld haben, sich dabei aber auf die Regionen in ihrer Nachbarschaft konzentrieren. [D]ie EU [sollte] daher in der Lage sein, die folgenden Arten ziviler Missionen und militärischer Operationen im Rahmen der GSVP außerhalb der Union durchzuführen, mehrere davon parallel, im Rahmen unterschiedlicher Szenarien, auch in Situationen mit erhöhtem Sicherheitsrisiko und bei mangelhafter Infrastruktur vor Ort:

- Gemeinsame Krisenbewältigungsoperationen in Situationen mit hohem Sicherheitsrisiko in den die EU umgebenden Regionen;
- gemeinsame Stabilisierungsoperationen, einschließlich Luftoperationen und Spezialeinsätze;
- zivile und militärische Krisenreaktion, einschließlich militärischer Krisenreaktionsoperationen, unter anderem unter Rückgriff auf die EU
- Gefechtsverbände insgesamt oder im Rahmen eines auf die Mission zugeschnittenen Streitkräftedispositivs;
- Ersatz/zivile Exekutivmissionen;
- Luftraum-Sicherungsoperationen einschließlich Luftnahunterstützung und Luftraumüberwachung;
- Operationen zur maritimen Sicherung oder Überwachung, einschließlich in der Nachbarschaft Europas auf längere Sicht;

- Missionen zum Aufbau ziviler Fähigkeiten und zur Reform des Sicherheitssektors (Überwachung, Begleitung und Beratung, Schulung), unter anderem mit Blick auf die Polizei, die Rechtsstaatlichkeit, das Grenzmanagement, die Terrorismusbekämpfung, die Abwehrbereitschaft, die Reaktion auf hybride Bedrohungen und die zivile Verwaltung, sowie zivile Überwachungsmissionen;
- Aufbau militärischer Fähigkeiten durch Beratungs-, Ausbildungs- und Begleitmissionen, einschließlich – wenn nötig – eines soliden Schutzes der Kräfte sowie militärische Überwachungs-/Beobachtungsmissionen.“<sup>10</sup>

Mit den aktuellen zivilen und militärischen Zielvorgaben (Headline Goals), die festlegen, über welche konkreten Kapazitäten die EU verfügen soll, sind diese Einsatzszenarien nicht zu „bewältigen“. Aus diesem Grund spricht sich Mogherini für eine Erhöhung der Zielvorgaben aus – in der EUGS fand sich die Forderung zwar auch schon, aber deutlich verklausulierter. Nun lautet gleich die erste Überschrift „Eine neue Zielvorgabe“, unter der dann ausgeführt wird: „Das vorgeschlagene neue Anforderungsprofil [...] zielt darauf ab, eine in Sicherheits- und Verteidigungsfragen stärkere Union hervorzubringen, die in der Lage ist, heutige Bedrohungen und Herausforderungen effektiver anzugehen, mit den erforderlichen Kapazitäten, Werkzeugen und Strukturen, um den Bürgern mehr Sicherheit zu garantieren.“<sup>11</sup>

Folgerichtig schlägt Mogherini daraufhin vor, in der kommenden Zeit „Fähigkeitslücken“ zu identifizieren und auf dieser Grundlage den sog. „Plan zur Kapazitätsentwicklung“, dessen Aufgabe genau im Schließen der deklarierten Defizite besteht, anzupassen. Vor allem drängt der Implementierungsplan aber darauf, das ambitionierte Vorhaben auch mit den „erforderlichen“ finanziellen Ressourcen auszustatten: „Die Zielvorgaben müssen durch die notwendigen Finanzmittel untermauert werden.“<sup>12</sup>

Diese drei Kernpunkte: Konkretisierung eines breiten Einsatzspektrums; Erhöhung der zivilen und militärischen Zielvorgaben; und eine „bessere“ Finanzausstattung wurden noch am selben Tag vom Europäischen Rat in seinen Schlussfolgerungen nahezu wortgleich übernommen und damit gebilligt. Allerdings blieben Implementierungsplan und Schlussfolgerungen, wie schon die Papiere zuvor, vor allem in dem – traditionell immer relativ heiklen – Finanzpunkt recht nebulös, was das konkret bedeuten soll. Dieses „Defizit“ wurde schlussendlich durch den „Verteidigungs-Aktionsplan“ behoben, den die EU-Kommission am 30. November 2016 vorlegte.

## Rüstungs-Aktionsplan: Kronjuwel „Verteidigungsfonds“

Die Ambitionen der EU-Kommission, EU-Interessen militärisch „schützen“ zu wollen, gehen aus diesem Statement des „Verteidigungs-Aktionsplans“ deutlich hervor: „Europa muss für den Schutz seiner Interessen, seiner Werte und der europäischen Lebensweise einstehen. [...] Die Kommission ist bereit, sich in einem bisher nicht gekanntem Ausmaß in der Verteidigung zu engagieren, um die Mitgliedstaaten zu unterstützen. Sie wird die der EU zur Verfügung stehenden Instrumente einschließlich EU-Finanzierungen und das volle Potenzial der Verträge ausschöpfen mit dem Ziel, eine Verteidigungsunion aufzubauen.“<sup>13</sup>

Aus dem Zitat wird auch ersichtlich, dass es – bislang zumindest – keineswegs selbstverständlich war, dass die EU-Kommission im Militärbereich eine wichtige Rolle spielt.

Abbildung 1: Weg zum Europäischen Verteidigungsfonds



Quelle: Verteidigungs-Aktionsplan, S. 7.

Tatsächlich sind Militärfragen im EU-Institutionengefüge intergovernmental geregelt und demzufolge allein Sache der Mitgliedsstaaten. Alle wesentlichen Entscheidungen werden deshalb vom Rat der Staats- und Regierungschefs gefällt, die Rolle der EU-Kommission, des Parlaments und damit auch des EU-Haushaltes ist eigentlich vergleichsweise gering. In diesem Zusammenhang wurde – nicht zuletzt lange auf Druck Großbritanniens – Artikel 41, Absatz 2 des Vertrags von Lissabon lange – zu Recht – so interpretiert, dass er jegliche militärrelevante Finanzierung aus dem EU-Haushalt ausschließt. Wörtlich heißt es darin: „Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Kapitels gehen ebenfalls zulasten des Haushalts der Union, mit Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“. Mittlerweile hat sich aber eine Neuinterpretation dieses Artikels durchgesetzt, derzufolge sich das Verbot ja nur auf „operative Ausgaben“ beziehe und damit ausschließlich Ausgaben für Militäreinsätze beinhalte – davon sei aber beispielsweise die Rüstungsforschung nicht betroffen.<sup>14</sup>

Die Kommission argumentiert nun u.a. im Aktionsplan, eine Verwendung von EU-Geldern für den Rüstungssektor sei eine notwendige Folge des EUGS-Anspruches auf die Fähigkeit zur eigenständigen Kriegsführung. Dieser sei ohne „ausreichende“ Investitionen in die Forschung und Entwicklung von Spitzentechnologie nicht realistisch. Da es den Nationalstaaten aber seit Jahren nicht gelänge, genug Gelder in den Rüstungssektor zu pumpen, müsse eben die EU-Ebene „aushelfen“, so die Rechtfertigung für zusätzliche Maßnahmen auf EU-Ebene: „Dieser Aktionsplan ist eng verknüpft mit dem Umsetzungsplan für Sicherheit und Verteidigung aus der Globalen Strategie, in dem neue Zielvorgaben für die Union und Maßnahmen zu deren Erfüllung festgelegt sind [...]. Viele Mitgliedstaaten haben ihre Verteidigungsbudgets in den letzten 10 Jahren gekürzt. [...] Ohne nachhaltige Investitionen in den Verteidigungsbereich läuft Europas Industrie Gefahr, nicht über das erforderliche technologische Know How zu verfügen, um die nächste Generation entscheidender Verteidigungsfähigkeiten aufzubauen. Letztlich wird dadurch die strategische Autonomie der Union und ihre Fähigkeit, Sicherheit bereitzustellen, beeinträchtigt.“ (S. 3)

Vor diesem Hintergrund betont die Kommission gleich zu Anfang des „Verteidigungs-Aktionsplans“, es sei dringend erforderlich, dass die Europäer mehr „in die Entwicklung wichtiger Verteidigungsfähigkeiten investieren.“ (S. 3) Zu diesem

Zweck solle ein „Europäischer Verteidigungsfonds“ mit zwei Komponenten eingerichtet werden: einem „Forschungsfenster“ und einem „Fähigkeitenfenster“.

*Forschungsfenster:* Schon im Februar 2016 hatte eine aus Rüstungslobbyisten und Militärpolitikern besetzte und von der EU-Industriekommissarin einberufene „Gruppe von Persönlichkeiten“ einen Bericht vorgelegt, in dem die Einrichtung eines EU-Rüstungsforschungshaushaltes im nächsten EU-Haushalt (2021-2027) im Umfang von 500 Mio. jährlich gefordert wurde.<sup>15</sup> Diese Zahl wurde im Anschluss von einem Bericht des EU-Parlaments aufgenommen<sup>16</sup> und fand nun auch einen Eingang in den Verteidigungs-Aktionsplan der EU-Kommission. Dem Rüstungsforschungshaushalt soll mittels einer „Vorbereitenden Maßnahme“ im Umfang von 90 Mio. Euro der Weg geebnet werden: „Angesichts der Bedeutung der Investitionen in die Verteidigungsforschung, der Größe der nationalen Verteidigungsforschungshaushalte und der hohen Entwicklungskosten für Spitzenverteidigungstechnologie könnten für ein solches ‚Fenster‘ schätzungsweise Mittel von jährlich 500 Mio. EUR erforderlich sein, um eine substantielle Wirkung zu erreichen.“ (S. 8)

*Fähigkeitenfenster:* Während sich die Einrichtung eines EU-Rüstungsforschungshaushaltes leider schon länger abzeichnete, ist die zweite Komponente des vorgeschlagenen „Europäischen Verteidigungsfonds“ gänzlich neu. Noch nicht einmal in Junckers Rede zur Lage der Europäischen Union vom 14. September 2016, in der von Kommissionsseite erstmals die Einrichtung eines EU-Verteidigungsfonds vorgeschlagen wurde, fand das sog. „Fähigkeitenfenster“ Erwähnung. Im Gegensatz zur Forschung, will man hier einen beträchtlichen Schritt in Richtung einer (Ko)Finanzierung länderübergreifender Beschaffungsprojekte durch die Europäische Union gehen: „Es [das Fähigkeitenfenster] würde die gemeinsame Finanzierung der Entwicklung und Beschaffung im Bereich der strategischen Prioritäten bei den Fähigkeiten sicherstellen. [...] Der Schwerpunkt dieses ‚Fensters‘ soll auf den Phasen im Anschluss an FuT liegen, d. h. Prototypen sowie die Entwicklung und Beschaffung von Gütern und Technologien. Nach ersten Schätzungen könnte ein Referenzbetrag von 5 Mrd. EUR pro Jahr als Zielmarke dienen. Dies entspricht 2,5 % der gesamten nationalen Verteidigungsausgaben in der EU und 14 % der nationalen Ausgaben für Verteidigungsfähigkeiten.“ (S. 10)

### Politisch-rechtlicher Eiertanz

Wie gesagt, vonseiten der Mitgliedsstaaten besteht zwar ein großes Interesse, EU-Gelder für militärische Belange „locker“ zu machen. Gleichzeitig wollen sie aber keine Kompetenzen an die suprastaatliche EU-Ebene abtreten. Auch der Kommission ist dies bewusst, weshalb sie versucht, möglichen Bedenken der Mitgliedsstaaten, dass sie die Kontrolle über politisch wie wirtschaftliche wichtige Rüstungsbeschaffungsprozesse verlieren könnten, gleich offensiv entgegenzutreten. Unmissverständlich wird deshalb betont, dass die Mitgliedsstaaten hier den Hut aufhaben sollen: „Die Ermittlung von Prioritäten und die Eigentumsrechte an den Fähigkeiten würden eindeutig bei den Mitgliedstaaten verbleiben, welche derartige Fähigkeiten auch betreiben. [...] Die finanziellen und operativen Entscheidungen in Bezug auf konkrete Projekte und ihre Finanzierungsmodalitäten verbleiben bei den Mitgliedstaaten, die sich am jeweiligen Projekt beteiligen, im Rahmen der auf der Ebene der Dachstruktur festgelegten Regeln.“ (S. 11)

Die Finanzierung des „Fähigkeitenfensters“ soll einerseits durch die Mitgliedsstaaten erfolgen, wobei diesbezügliche Aufwendungen weder den Beschränkungen des Stabilitätspaktes noch sonstigen fiskalischen Strangulierungsmaßnahmen der Troika unterliegen sollen. So zumindest dürfte diese Passage des „Verteidigungs-Aktionsplans“ zu verstehen sein: „Die nationalen Kapitalbeiträge zum ‚Fähigkeitenfenster‘ werden als ‚einmalige Maßnahmen‘ im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspakts betrachtet und belasten somit nicht die strukturellen Konsolidierungsanstrengungen, die von den Mitgliedstaaten erwartet werden.“ (ebd.)

Auf der anderen Seite betont die Kommission aber auch unmissverständlich ihre Bereitschaft, EU-Gelder für den Verteidigungsfonds heranziehen zu wollen: „Die Kommission wird sämtliche Möglichkeiten der Finanzierung des ‚Fähigkeitenfensters‘ aus dem EU-Haushalt prüfen, die mit den Verträgen im Einklang stehen. Sie ist außerdem bereit, das ‚Fenster‘ mit ihrer finanziellen und technischen Fachkenntnis zu unterstützen.“ (S. 12) Ein Vorschlag, den die Kommission in diesem Zusammenhang macht, besteht darin, hierfür die EU-Struktur- und -Investitionsfonds anzuzapfen. Über sie werden in den nächsten drei Jahren insgesamt satte 315 Mrd. Euro ausgeschüttet, wobei aber bislang Militärausgaben ausgeschlossen waren: „Die EU-Struktur- und -Investitionsfonds (ESI-Fonds) können von den Mitgliedstaaten im Verteidigungssektor in Anspruch genommen werden, sofern damit ein Beitrag zu den Zielsetzungen des jeweiligen Fonds geleistet wird [...]. Die Verteidigungsindustrie kann einen Beitrag zu den in den ESI-Fonds festgelegten Zielen leisten und etwa die wirtschaftliche Entwicklung auf regionaler Ebene als Multiplikator für hohe Investitionen in Kompetenzen, Arbeitsplätze und die technologische und wirtschaftliche Entwicklung fördern.“ (S. 14)

Tatsächlich gibt es kaum einen wirtschaftlichen Sektor, in dem Geld unproduktiver angelegt wäre, wie diverse Studien bestätigen<sup>17</sup>, das hält die Kommission jedoch nicht davon ab, wie hier unablässig das Gegenteil zu behaupten. Brisant ist das „Fähigkeitenfenster“ jedoch vor allem, weil es endgültig die Axt am Finanzierungsvorbehalt aus Artikel 41(2) anlegt. Sollte nach der Forschung auch die Anschaffung von Rüstungsgütern aus dem Verbot ausgeklammert werden, ist der Weg zu einem voll ausgebauten EU-Beschaffungshaushalt, über den dann noch einmal ganz andere Milliardenbeträge in den Rüstungssektor geleitet werden können, frei.

Noch sind viele Details unklar und die Kommission ist sich offensichtlich des politischen und rechtlichen Eiertanzes bewusst, den sie zwischen Begehrlichkeiten der Mitgliedsstaaten und den Bestimmungen des EU-Vertrages (oder ihrer Umgehung) vollführen muss. Die Energie, mit der sie dabei aber neuerdings zu Werke geht, lässt befürchten, dass sie in der Lage sein könnte, diese Probleme aus dem Weg zu räumen. Lange will man sich beim „Fähigkeitenfenster“ etwa in jedem Fall nicht Zeit lassen, um die Sache auf den Weg zu bringen: „Mit einem solchen Fenster sollten jährlich Mittel in der Größenordnung von etwa 5 Mrd. EUR mobilisiert werden können. Die ersten Schritte sollten 2017 unternommen werden. Die Kommission wird 2017 unverzüglich eine Vorstudie einleiten, um diesen Schätzwert genauer festzulegen.“ (S. 12)

## Anmerkungen

- 1 Optenhögel, Uwe: Brothers in Arms. Trotz Brexit wird in der europäischen Verteidigung zusammenwachsen, was zusammengehört, *Internationale Politik und Gesellschaft*, 18.01.2017.
- 2 Siehe Wagner, Jürgen: Bratislava-Agenda: EU-Rüstungsschub nach dem Brexit, - in: *AUSDRUCK* (Oktober 2016).

- 3 Küster, Kai: Mehr Sicherheit mit einer europäischen Armee?, *Deutschlandfunk*, 14.11.2016.
- 4 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Dezember 2016 zur Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (2016/2036(INI)).
- 5 Juncker, Jean-Claude: Rede zur Lage der Union: Hin zu einem besseren Europa – Einem Europa, das schützt, stärkt und verteidigt, *Straßburg*, 14.09.2016.
- 6 Weltmacht! Echt jetzt?, *Zeit Online*, 17.11.2016. Gezeichnet von Jochen Bittner, Georg Blume, Gerhard Gnauck, Angela Köckritz, Matthias Krupa, Jörg Lau, Michael Thumann, Gero von Randow, Heinrich Wefing und Ulrich Ladurner.
- 7 Wagner, Jürgen: NATO. Aufmarsch gegen Russland, Berlin 2016, S. 65ff.
- 8 Implementation Plan on Security and Defence, Brüssel, 14. November 2016 (14392/16).
- 9 Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, *Brüssel*, 28.06.2016.
- 10 Der Implementierungsplan liegt nicht in deutscher Übersetzung vor. Die zitierte Passage wurde aber wortgleich in die *Schlussfolgerungen des Rates* vom 14. November 2016 übernommen.
- 11 Implementation Plan on Security and Defence, S. 2.
- 12 Ebd., S. 18.
- 13 Europäischer Verteidigungs-Aktionsplan, Brüssel, 30.11.2016 (COM(2016) 950 final), S. 23. Alle folgenden Seitenangaben im Text beziehen sich auf dieses Dokument.
- 14 Siehe zur Argumentation u.a. des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages Lösing, Sabine/Wagner, Jürgen: *Kreative Kriegsfinanzierung*. Rüstungsforschung, Ertüchtigung und das Ende des zivilen EU-Haushalts, IMI-Studie 2016/03.
- 15 Report of the Group of Personalities on the Preparatory Action for CSDP-related research, EUISS, Paris, Februar 2016.
- 16 Siehe den am 22. November 2016 angenommenen Bericht des Europäischen Parlaments zur „Europäischen Verteidigungsunion“ (2016/2052(INI)), in dem festgestellt wird, dass „für das Forschungsprogramm der EU im Bereich Verteidigung in diesem Zeitraum ein Gesamthaushalt von jährlich mindestens 500 Mio. EUR benötigt wird, um glaubwürdig zu sein und Wesentliches zu erreichen“.
- 17 Siehe zum Beispiel eine Untersuchung, die zu dem Ergebnis gelangt, dass in keinem Bereich weniger Arbeitsplätze pro investierter Milliarde entsteht, als im Rüstungssektor: Hartung, William D./Peterson, Natalie: Minimum Returns: The Economic Impacts of Pentagon Spending, Center for International Policy, February 7, 2013, S. 5.



isw-report 107/108  
 Februar 2017  
 Herausgeber:  
 isw – Institut für  
 sozial-ökologische  
 Wirtschaftsforschung e.V.  
 Informationsstelle  
 Militarisation  
 IMI e.V.  
 Preis: 4,50 EUR  
 Bestellbar unter  
<https://isw-muenchen.de/>

# FRIEDEN STATT NATO NEIN ZUM KRIEG!

GEGEN DIE NATO-“SICHERHEITS”KONFERENZ

**DEMO**  
**SA, 18. FEB.**  
**MÜNCHEN 2017**

**13<sup>00</sup> STACHUS**  
**UMZINGELUNG**  
des Tagungsortes der  
**NATO-Kriegs-Strategen**  
**15<sup>00</sup> MARIENPLATZ**  
Schlusskundgebung



#ANTISIKO

**AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ**  
[www.sicherheitskonferenz.de](http://www.sicherheitskonferenz.de)

Verantwortlicher Sinne des Presserechts: Claus Schaefer, Joh.-v.-Werth-Str. 5, 80653 München, Eigenruck im Selbstverlag, Gestaltung: Web und Verwendung eines Motivs von Thomas J. Rother



**IMI** Informationsstelle  
Militarisierung e.V.

Herausgeber des AUSDRUCKs ist die  
**Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.**  
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die  
Auffassung der Informationsstelle wieder.  
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,  
[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de), e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de),  
Tel. 07071/49154

**AUSDRUCK**